

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Unsere Farbe

Jene, die sich beim Verfassungsschutz mit dem „RotFuchs“ befassen, verfügen augenscheinlich über unzureichende analytische Fähigkeiten. Im jüngsten Zentralbericht des Inlandsgeheimdienstes ist unter der Rubrik „Linksextremismus“ von „neostalinistisch gestimmten DKP-Mitgliedern um die Zeitschrift ‚Rot-Fuchs‘“ die Rede. Schlecht recherchiert. Erstens hat der RF mit Linksextremismus nichts zu tun. Marx, Engels und Lenin, an deren einheitlicher Theorie wir uns orientieren, haben festgestellt, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung politisch links und gesellschaftlich radikal sein muß, nicht aber „linksradikal“. Lenin hat den „linken“ Radikalismus sogar als „Kinderkrankheit des Kommunismus“ diagnostiziert. Zweitens stellen „neostalinistisch gestimmte DKP-Mitglieder“, sollte es sie geben, kein „RotFuchs“-Problem dar. Unsere Zeitung und ihr Förderverein sind nicht an eine Partei gebunden. Sie setzen sich für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage ein. Das schließt ein solidarisches Verhältnis zu Mitgliedern verschiedener linker Parteien ein, darunter auch zu Genossen der DKP. Im Kreis der Zeitungsmacher und der mehr als 10000 ständigen Leser, im Förderverein und seinem Vorstand befinden sich diese jedoch deutlich in der Minderzahl. Die meisten „RotFuchs“-Bezieher sind derzeit parteilos, sehr viele gehören der PDS oder ihrem Umfeld an, auch linke Sozialdemokraten haben den RF bestellt oder ihm im Interview zur Verfügung gestanden. So rief ein SPD-Genosse aus Ratingen bei uns an. Er war etwas zögerlich, schließlich abonnierte er die Zeitung. „Ich weiß nicht, ob Ihr meine Farbe trifft“, schränkte er ein. Wir schickten ihm die neuesten Ausgaben. Bald darauf teilte er mit: „Ihr seid meine Farbe.“ Die Entdeckung des „Neostalinismus“ beim „RotFuchs“ zeugt von schlechter Beobachtungsgabe. Bekanntlich schreiben wir aus marxistisch-leninistischer Sicht, veröffentlichen aber auch Artikel und Diskussionsbeiträge von Nichtmarxisten. Den Pseudobegriff „Stalinismus“ kennen wir nicht. Dabei handelt es sich um eine Erfindung der antikommunistischen Propaganda, die seit den 20er Jahren in Gebrauch ist. Und was Stalin betrifft, halten wir uns streng an den historischen Materialismus: Wir ordnen sein Wirken unter den Bedingungen der 20er bis 50er Jahre ein, weisen Schmähung und Glorifizierung gleichermaßen zurück, sehen ihn mit Licht und Schatten, mit bleiben den Verdiensten und Verbrechen, die der Sache schweren Schaden zugefügt haben. Die Stalin-Renaissance überlassen wir anderen.

Jetzt begeht der RF-Förderverein schon seinen dritten Jahrestag. Im Juli 2001 waren es 21 Gründer, die sich im Garten des Mühlefeldt-Hauses versammelten. Heute sind wir über 700. Viel Gutes ist gewachsen. Unlängst berichtete Prof. Harry Milke, er sei bei den „RotFüchsen“ in Halle – einer unserer inzwischen 14 Regionalgruppen – gewesen und habe dort nicht nur ein großes Publikum, sondern auch eine Atmosphäre harmonischen Miteinanders angetroffen. Menschen mit gemeinsamer Wurzel, deren Wege nach 1989 auseinandergegangen seien und die heute der PDS, der DKP, der KPD oder gar keiner Partei angehörten, hätten sich nicht gestritten, sondern zusammen nach Antworten gesucht. Während die Wurzeln im Osten DDR, SED und befreundete Parteien heißen, liegen die Dinge im Westen komplizierter. Unsere Hamburger Regionalgruppe, in der Frauen und Jüngere dominieren, liefert indes den Beweis, daß auch dort die Einheit unterschiedlicher Linker möglich ist. Einheit um jeden Preis? Manchmal schreiben uns besorgte Genossen aus der PDS, wir sollten doch um des Zusammenhalts willen die Polemik gegen bestimmte Führer ihrer Partei einstellen. Aber kann man gegenüber Leuten schweigen, die die DDR verleugnen, sich für deren Politik beim Klassenfeind entschuldigen, im Kapitalismus angekommen sind, programmatisch kapitulieren, sogar bei Bush zu Kreuze kriechen? Solche aus ehrlichem Herzen geschriebenen Briefe haben wir bewußt veröffentlicht. Wir müssen den Absendern aber aus Gründen der Fairneß sagen, wo wir stehen. Wir kommen aus dem Sozialismus, der nicht gescheitert ist, wie manche behaupten, sondern durch eine Konterrevolution zerschlagen wurde, an deren Sieg Mängel im eigenen System, Fehler der Führung, das Überlaufen nicht weniger DDR-Bürger und vor allem auch die verräterische Haltung Moskaus unter Gorbatschow beteiligt waren. Wir stehen zur DDR als unserer größten historischen Errungenschaft, wobei wir deren Schwachstellen weder verkennen noch verklären. Und was die Zukunft betrifft: Wir kämpfen für Sozialismus in Deutschland, Europa und der Welt, der bei aller Unterschiedlichkeit der Formen und Wege vor allem zwei Fragen lösen muß: Macht und Eigentum. Ohne Vergesellschaftung der grundlegenden Produktionsmittel, ohne im revolutionären Kampf errungene politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten wird es keinen Sozialismus geben. Er allein aber sichert das Überleben der Menschheit.

Klaus Steiniger



INHALT

Ein „Forscher“ aus Leipzig	S. 2
Theoretisches Rüstzeug	S. 3
Respekt für alle Hitler-Gegner	S. 4
Wie sich DDR und BRD zu den Männern des 20. Juli 1944 verhielten	S. 5
Gefährliche Halbwahrheiten	S. 6
Zerstörung der UdSSR – ein Verbrechen	S. 7
Der Weg des Rotarmisten Stefan Doernberg	S. 8
Was ich als Kriegsgefangener der U. S. Army erlebte	S. 8
Metallarbeiter, Spanienkämpfer u. DDR-Minister: Heinrich Rau	S. 9
Buchenwald-Häftling Herbert Thomas: Auf Solidarität kommt es an!	S. 10
Finsterer Negroponte	S. 10
IWF, WTO und Weltbank – die Würgeeisen des Imperialismus	S. 11
Der „Exportweltmeister“	S. 12
Das Kapital kennt keine Selbstzivilisierung	S. 12
Ein übler Trick	S. 13
Findlinge	S. 14
Marxisten und Wahlen	S. 15
Die Zweifel des Dr. Singh	S. 16
Fragen einer Frau vom Jahrgang 38	S. 17
Engels über drei Arten von Sozialisten	S. 17
Gewerkschaftsführer Bleicher	S. 18
Der Gaswagen-Konstrukteur	S. 19
Bubenstück „Grotewohl-Expresß“	S. 20
Edward Gierak als Favorit	S. 21
Gedanken eines Slowaken zur EU	S. 22
Fidel Castro über Osvaldo Guayasamín	S. 23
Aznars ETA-Lüge	S. 24
Warten auf ein „katastrophales Ereignis“	S. 25
Alles o. k. in Guantanamo Bay	S. 25
Mit Brecht in Havanna	S. 26
MoMA: Zwei Außenminister als Schirmherren	S. 27
Zum 80. Geburtstag des DDR-Schriftstellers Kurt David	S. 27
¡Presente!	S. 28
Neruda: Gesang für Stalingrad	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Wie der Renegat Klaus Kinner den Kommunismus „aufarbeitet“

Ein „Forscher“ aus Leipzig

In fast 15 Jahren seit der Zerschlagung des Sozialismus in Europa gelang es den Kräften des Kapitals und ihren pseudo-linken Sekundanten nicht, die kommunistische Bewegung auszulöschen. Das revolutionäre Selbstvertrauen wurde im Ergebnis der erlittenen Niederlage zwar schwer erschüttert, aber nicht zerstört, auch wenn viele absprangen oder sich enttäuscht zurückzogen. Inzwischen beginnen sich, differenziert in den einzelnen Ländern, Kommunisten und Sozialisten wieder zu sammeln und politisch aktiv zu werden. Noch hat die Entwicklung bei uns die Masse, vor allem der Jüngeren, nicht spürbar erfaßt. Wenn wir aber über das eigene Land hinausblicken, dann gibt es eine Reihe von marxistisch-leninistischen Parteien und Kräften, die eine wachsende Zahl aktiver, theoretisch gebildeter, klassenkampferfahrener Genossen besitzen, Sektengeist ablehnen und die Aktionseinheit mit anderen Linken suchen. Griechenlands KKE, die bei den Europawahlen auf 9,4 % kam, gibt ein Beispiel.

Infolge der extremen Verschärfung der Ausbeutung der Volksmassen im Weltmaßstab ist eine weitere Zuspitzung des Klassenkampfes zu erwarten. Auch in der BRD. Unter diesen Umständen wird das Entstehen einer revolutionären Partei mit Masseneinfluß immer mehr zu einer objektiven Notwendigkeit. Nur sie kann die Zersplitterung der antikapitalistischen Kräfte mit einer wissenschaftlichen Weltanschauung, mit einer exakt begründeten Strategie und Taktik überwinden. Einen solchen Part dürfte die erst kürzlich gegründete „Partei der Europäischen Linken“ wohl kaum übernehmen, hat sie doch mit Marxismus und Sozialismus nichts im Sinn.

Zur politischen Strategie des Kapitals gehören Geschichtsfälschungen großen Stils. Verstärkter „linker“ Geschichtsrevisionismus bildet eine Variante der Untergrabung des neuen Selbstverständnisses der Kommunisten und soll das wenig entwickelte Klassenbewußtsein der Arbeiter noch zusätzlich schwächen. Eine besonders gefährliche Rolle spielen dabei Renegaten aus den eigenen Reihen, die als „Erneuerer“ auftreten. Einer von ihnen ist Klaus Kinner, einst ein besonders geförderter Historiker und Parteifunktionär an der Leipziger Karl-Marx-Universität. Heute befaßt er sich mit der „Aufarbeitung“ der Geschichte des Kommunismus in Deutschland. Er produziert beflissen zeitgeistliche Verfälschungen der historischen Wahrheit. Seine Mutation zum Antikommunisten ist beschämend. Dabei wenden wir uns nicht gegen ein kritisches Hinterfragen der Geschichte. Daß eine fundierte marxistische Analyse des Wirkens der kommunistischen Bewegung die Kritik an Fehleinschätzungen, Versäumnissen und Verirrungen einschließen muß,

steht außer Frage. Aber wir stimmen mit Kurt Gossweiler darin überein, daß eine noch so scharfe Selbstkritik nichts gemein haben kann mit jenem Denunziantentum, das einem aus Kinners Machwerken entgegnet. Es ist unschwer zu erkennen, daß es sich hier um eine totale Abkehr vom marxistischen, historischen Denken handelt. Schon Kinners Vokabular ist dem Kompendium antikommunistischer Literatur entnommen. Offensichtlich bildet die Totalitarismusdoktrin seine neue „ideologische Basis“. Hinter allem und jedem vermutet er „Stalinismus“. Sein Ziel ist es, durch massiven Gebrauch dieses von der Bourgeoisie geschaffenen Begriffs „die Kommunisten totzuschlagen“ und ihrer Geschichte zu entfremden, wie Hans Heinz Holz formuliert.

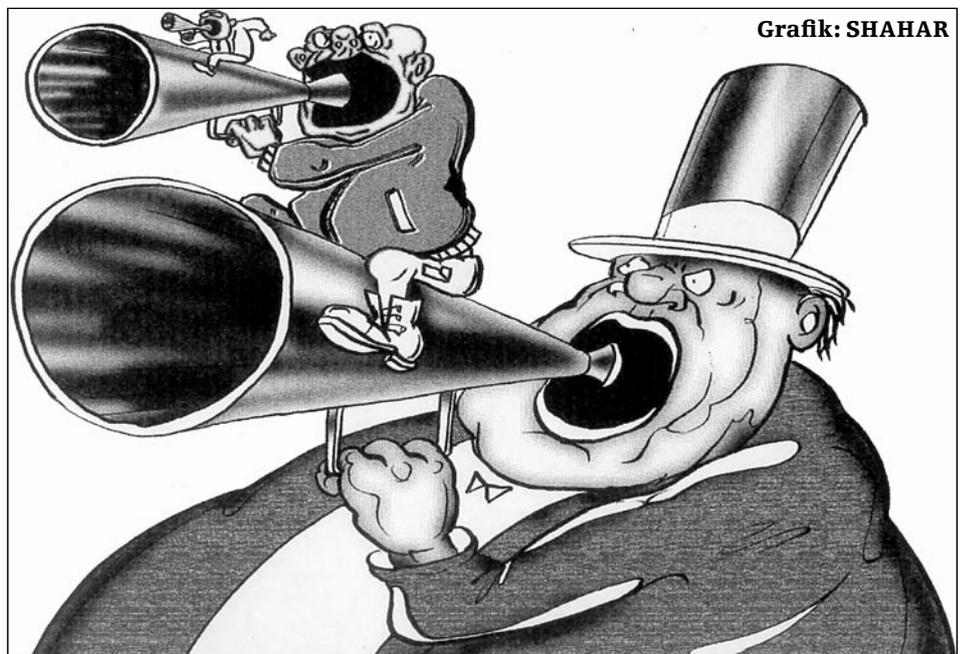
Kinners Methoden sind bekannt. Was mit dem Anspruch „wissenschaftlicher Analyse“ daherkommt, ist in Wahrheit nichts anderes als eine Ansammlung hinlänglich aus der antikommunistischen Literatur bekannter ideologischer Normteile, die lediglich modifiziert worden sind. „Autoritäten“, auf die er sich stützt, sind fast ausnahmslos bürgerliche Geschichtsschreiber oder Renegaten. Sich inhaltlich näher damit zu befassen, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Es wäre auch nicht des Aufwandes wert.

Die Problemkreise Kinnerschen Denunziantentums zielen auf zeitgeschichtliche Bezugspunkte. Es geht um die Herabsetzung des historischen Gewichts der Oktoberrevolution und ihrer Charakterisierung als Epoche-Beginn. Die Leninsche Parteitheorie soll in Verruf gebracht und als gescheitert betrachtet werden. Das Wirken der durch Lenin begründeten Kommunistischen Internationale wird als „stalinistische Fremdsteuerung“ herabgesetzt. Die Strategie und Taktik der

KPD im antifaschistischen Kampf, die ungeachtet ihrer Fehler in der Bündnispolitik konsequent und klassenmäßig war, wird verzerrt und als „desorientierter Antifaschismus“ abgetan. Das ist mit der gezielten Demontage der Rolle Ernst Thälmanns verbunden, der zum Symbol heroischen Kampfes und unerschütterlicher kommunistischer Standhaftigkeit wurde. Das Thälmannsche ZK, die eindeutig beste Führung der deutschen Partei in damaliger Zeit, wird als „Thälmann-Legende“ diffamiert. Thalheimer und Brandler aber gelten für Kinner und andere als große Arbeiterführer. Sie sollen als eigentliche Begründer von Antifaschismus und Einheitsfront ins Spiel gebracht werden.

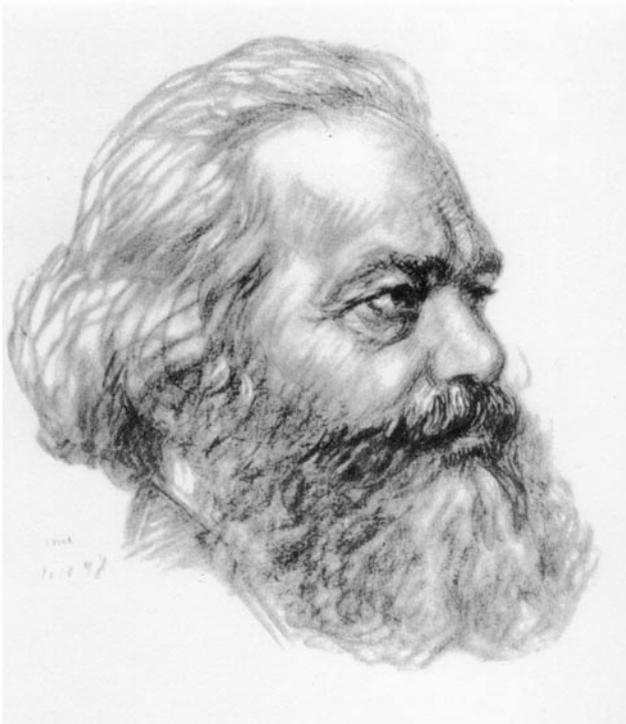
Die Umbewertungen historischer Ereignisse des vergangenen Jahrhunderts, besonders der Ergebnisse des 2. Weltkrieges, durch die bürgerliche Geschichtsschreibung, die die Befreiung vom Faschismus jetzt als Werk der Westmächte deklariert, haben vielerlei Gestalt. So geht es auch um den Versuch, dem „demokratischen Sozialismus“ und seinem Parteityp eine Art „geschichtliche Wurzel“ zu verschaffen. Genug davon! Man kann vorhersagen, wie Kinners Auslassungen über spätere Perioden kommunistischer Geschichte aussehen werden. „Die Besinnung auf die theoretischen Grundlagen des historischen Materialismus und die materialistische Dialektik tut not“, fordert Hans Heinz Holz. Sie sind unsere Waffen gegen Verfälschungen der Geschichte und deren Klitterung. Wir müssen die Erinnerung an die historischen Leistungen der kommunistischen Bewegung und an unsere im Kampf gefallenen Genossen hochhalten, den Blick nach vorn richten und Lehren für die Zukunft ziehen.

Dieter Itzerott, Kurt Walther



Prof. Hans Heinz Holz sprach zum Thema „Marxismus heute“

Theoretisches Rüstzeug



Grafik: N. N. Shukow

Prof. Dr. Hans Heinz Holz aus San Abbondio (Schweiz), prominenter marxistischer Philosoph, emeritierter Hochschullehrer der Universität Groningen und Mitglied der DKP-Programmkommission, sprach im März 2004 auf mehreren Veranstaltungen, zu denen der RF-Förderverein eingeladen hatte. Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus seinem Vortrag in Neubrandenburg.

- Der Marxismus hat nichts von seiner Bedeutung und Aktualität eingebüßt. Das gilt sowohl in bezug auf seine Fähigkeit, historische und gesellschaftliche Zusammenhänge richtig zu erkennen, als auch auf die weltverändernden Schlussfolgerungen, die er daraus für die Überwindung des menschenverachtenden und friedensunfähigen Kapitalismus abgeleitet hat. Rückschläge und Mißerfolge bei der Umsetzung einer Theorie bedeuten nicht das Ende dieser Theorie.

- Revolutionäre Bewegungen und Situationen können und werden auch heute und künftig als Ergebnis der Verelendung breiter Volksmassen entstehen. Die objektiven Chancen für einen erfolgreichen revolutionären Kampf sind um so besser, je höher der Entwicklungsstand der Produktivkräfte am jeweiligen Ort des Geschehens ist. Unter diesem Gesichtspunkt muß eingeräumt werden, daß es im vorrevolutionären Rußland 1917 noch keine optimalen Bedingungen für die sozialistische Revolution gab.

- Eine Revolution zeichnet sich gegenüber einem Putsch oder partielle Widersprüche lindernden „Reformen“ dadurch aus, daß sie die vorhandenen gesellschaftlichen Grundstrukturen in ihrer Gesamtheit negiert und damit zwangsläufig

zu neuen, die verelendeten Massen befreienden gesellschaftlichen Verhältnissen führen muß. Mit Ausbruch und Sieg der Oktoberrevolution blieb also deren Führern z. B. gar keine andere Möglichkeit, als den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in einem Land in Angriff zu nehmen, auch wenn die Voraussetzungen dafür nach heutigen Erkenntnissen nicht die besten waren.

- Marxistische Parteien in der kapitalistischen Gesellschaft sind keine Mehrheitsparteien. Auf Grund ihrer theoretischen Ausstattung sind sie aber befähigt und berufen, die revolutionsbereiten Massen in die Revolution und im revolutionären Prozeß nach der unmittelbaren Eroberung der Macht zu führen. Avantgarde zu sein, ist kein Privileg der Kommunisten, sondern eine Herausforderung an sie. Es darf nicht vergessen werden, daß dieser Begriff ursprünglich dem Militärwesen entstammt und den dort in der Regel am meisten gefährdeten Vortrupp bezeichnet.

- Die wachsende Widersprüchlichkeit der Welt von heute macht deren Analyse ständig komplizierter. Das führt u. a. auch weltweit zu Problemen bei der Bestimmung der Programmatik linker Parteien. Ausdruck dessen sind nicht nur die gegenwärtigen Programmdebatten in der DKP, sondern auch der gesamte Entstehungsprozeß des neuen PDS-Programms und dessen Ergebnis. Der Marxismus besitzt mit den Erkenntnissen über die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten das theoretische Instrumentarium zur Analyse der jeweiligen Epoche und zur Bestimmung von deren Charakter.

- Die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft sind in ihrer konkreten Erscheinungsform zeitlich und örtlich unterschiedlich und sie wandeln sich auch dementsprechend. Bewertungsmaßstab bei ihrer Analyse müssen für den Marxistischen stets die Grundsätze seines theoretischen Rüstzeugs sein. Dann wird klar, daß sich ein Übergang zum Sozialismus zum heutigen Zeitpunkt und aus einer voll entwickelten kapitalistischen Gesellschaft heraus in ganz anderen Strukturen vollziehen würde, als das beispielsweise nach der Oktoberrevolution oder nach dem 2. Weltkrieg in den europäischen Volksdemokratien und in Ostdeutschland geschah. Und wenn sich erneut eine sozialistische Revolution in weniger entwickelten kapitalistischen Strukturen vollziehen sollte, dann wird auch das mit ganz anderen Widersprüchen und Problemen verbunden sein.

- Die heutige Überproduktionskrise des Kapitalismus ist Ausdruck seiner allgemeinen Krise. Wachstum der Arbeitsproduktivität führt zur Verelendung breiter Kreise der betroffenen Völker und kann damit revolutionäre Situationen auslösen. Vielfältige Beispiele belegen, daß sich die Mächtigen zuvor zur Abwehr solcher Situationen zunächst faschistoider Herrschaftsformen bedienen, deren Vorstufe Notstands- und Ausnahme Gesetze sind.

- Der Marxismus ist für den Friedenskampf elementar wichtig. Konkurrierende Monopole, die auf dem Weltmarkt einen gnadenlosen Verdrängungskampf führen, sind Wesensmerkmal des modernen Kapitalismus. Dabei ist es nie auszuschließen, daß dieser Wirtschafts- und Handelskrieg unter Instrumentalisierung der Staaten in bewaffnete Konflikte mit oder ohne Kriegserklärung eskaliert. Da gibt es keine dauerhaften Partnerschaften zum gegenseitigen Vorteil. „Kollektiver Imperialismus“ ist Unsinn. Länger anhaltende „Verbrüderung“ gab es nur unter den Bedingungen eines relativ starken sozialistischen Weltlagers. Die Risse traten auf, als dieses zunächst einmal besiegt schien.

- Reformbestrebungen und Reformen vermögen nicht, das Wesen des Kapitalismus zu ändern, denn die Eigentümer der Produktionsmittel werden die Verfügungsgewalt über dieses Eigentum nie freiwillig aufgeben. Ebensowenig führen die kleinen Erfolge, die z. B. auf kommunalpolitischer Ebene errungen werden, zu Veränderungen des Charakters dieser Gesellschaft, sondern bestenfalls zu befristeten graduellen Zugeständnissen. Trotzdem sind auch solche Bestrebungen Mittel des Klassenkampfes, deren Wirkung u. a. auch darin besteht, daß sich die Ausgebeuteten wieder ihrer Kraft und ihrer Möglichkeiten bewußt werden.

Referiert von Wolfgang Mäder

Respekt für alle Hitler-Gegner



Jeder ehrliche Mensch wird den Mut und die Tapferkeit der Männer des 20. Juli, die einen „soldatischen Aufstand“ versuchten, ehren und ihnen Respekt zollen. Sie haben ihr Leben riskiert und es verloren. Sie gehören zu den Gegnern Hitlers aus allen Lagern. Im Unterschied zu vielen anderen Widerständlern trugen sie den Vernichtungskrieg mit und wurden erst aktiv, als sich die Niederlage deutlich abzeichnete. Sie wollten die Macht für das Kapital und den Adel im „heiligen“ Deutschland bewahren und eine bedingungslose Kapitulation verhindern. War der Attentatsversuch wirklich ein „soldatischer Aufstand“?

Heute wissen wir: Zum inneren Führungskreis zählten 30 Männer. Darunter befanden sich 25 Offiziere, 16 gehörten dem ansonsten faschismustreuen Adel an. Zu ihnen zählten Generaloberst Ludwig Beck, General Friedrich Olbrich, Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim, Oberleutnant Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Oberleutnant von Haefen, Marinestabsrichter Berthold Graf Schenk von Stauffenberg, die Generalfeldmarschälle Erwin von Witzleben, Erwin Rommel, Hans Günther von Kluge, die Generalmajore Hennig von Tresckow, Hellmuth Stieff, die Generale Heinrich von Stülpnagel, Erich Hoepner, Paul von Hase, Hans von Boineburg-Lengsfeld, Oberleutnant Cäsar von Hofacker. Sie alle hatten Hitler Treue geschworen. Einen Eid zu brechen, das war für die zu blindem Gehorsam erzogenen Offiziere und Generale keine Kleinigkeit. Sie wollten den „Führer“ töten, um einen eidfreien Zustand zu schaffen.

Einer der Wichtigsten und Mutigsten im Widerstandskreis war der Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres, Oberst Graf von Stauffenberg, einst ein glühender Anhänger des Faschismus und

Adolf Hitlers. Er entstammte einem Adelsgeschlecht, das Staat und Kirche stets gedient hatte. Er wurde 1943 in Afrika schwer verwundet, verlor eine Hand und ein Auge. Von der linken Hand konnte er nur drei Finger gebrauchen. Doch kaum war er wieder zur Besinnung gekommen, diktierte er einen Brief an General Olbrich: Man könne damit rechnen, daß er in einem Vierteljahr wieder zur Verfügung stehe, hieß es darin. Seinem Freund Generalmajor Hennig von Tresckow verdankt er die Entwicklung von einem ehrgeizigen Offizier zu einem ent-

schlossenen Widerständler.

Der Hergang des Attentats und das Scheitern des Staatsstreichs sind bekannt. Die Sprengladung hat Hitler nicht getötet. Die Information, daß der Anschlag erfolgt sei und eine entsprechende Operation ausgelöst werden sollte, erreichte erst nach drei Stunden die Bendlerstraße, also Generaloberst Beck, so daß der Plan „Walküre“ zu spät begann. Offiziere, die Teile von ihm umzusetzen hatten, waren nicht erreichbar. Es wurden kein Sender besetzt und keine Minister verhaftet. Als Generaloberst Fromm gegen 23.15 Uhr wieder das Kommando in der Bendlerstraße hatte, trieb er Generaloberst Beck noch in der gleichen Stunde zum Selbstmord. Um 01.20 Uhr ließ er General Olbrich, Oberst Graf von Stauffenberg, Oberst Ritter Mertz von Quirnheim und Oberleutnant von Haefen im Hof des Bendlerblocks erschießen. Der Volksgerichtshof sprach am 8. 9. 1944 die ersten Todesurteile über die Verschwörer. Es wurden 76 Menschen hingerichtet. Mit den registrierten Morden und Selbstmorden stieg die Todeszahl der unmittelbar Beteiligten auf 147. Unter ihnen befand sich Generalmajor von Tresckow. Es gab Hunderte Verhaftungen. Betroffen waren mehr Nichtbeteiligte als Mittäter, die meisten unbekannt und namenlos.

Schon seit langem wird der 20. Juli in der BRD beinahe als nationaler Heldengedenktag begangen. Aber der Widerstand gegen Hitler hatte viele Gesichter. Es gab einzelne wie Georg Elser, Gruppen wie die „Weiße Rose“ und den Kreis um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack. Dessen Mitglieder wurden 1943 verhaftet, 91 von ihnen angeklagt und 48 ermordet.

Über das „Nationalkomitee Freies Deutschland“, ein Zentrum der deutschen Antifaschisten, zu dem General von Seydlitz, Erich Weinert, Wilhelm Pieck, Oberst Steidle, Wilhelm Florin, General Dr. Korfes, Walter Ulbricht, Hermann Ma-

tern, Generalmajor Lattmann und viele andere gehörten, die den Sturz des Hitlerregimes, den sinnlosen Krieg beendenden und ein antifaschistisches, demokratisches Deutschland schaffen wollten, wird auch die offizielle BRD-Geschichtsschreibung eines Tages mehr sagen müssen.

Zum Widerstand gehören die antifaschistischen Künstler und Intellektuellen, die im Exil gegen Faschismus und Krieg auftraten – Heinrich und Thomas Mann, Bertolt Brecht, Hanns und Gerhart Eisler, Anna Seghers, Friedrich Wolf und viele andere.

Die Kommunisten kämpften am konsequentesten gegen die braune Diktatur. Nicht weniger als 150 000 Mitglieder der KPD wurden in den zwölf Jahren des „Tausendjährigen Reiches“ verfolgt, inhaftiert und in Konzentrationslager geworfen, Zehntausende von ihnen kamen zu Tode. Ihre Partei brachte die größten Opfer.

„Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg“, hatte Ernst Thälmann gewarnt. SPD-Funktionäre aber riefen ihre Anhänger auf, für Hindenburg zu stimmen. Sie lehnten nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler den gemeinsamen Generalstreik mit den Kommunisten ab. Alle bürgerlichen Parteien unterstützten das faschistische Ermächtigungsgesetz. Als der Reichstag am 27. 2. 1933 brannte, wurden bereits 10 000 Menschen verhaftet, zumeist Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten und linke Intellektuelle. Unter den Verschleppten befanden sich Ernst Schneller, Egon Erwin Kisch, Erich Mühsam und Carl von Ossietzky. Die „Annullierung“ der Mandate der am 5. 3. 1933 gewählten 81 KPD-Reichstagsabgeordneten kam Todesurteilen gleich. Allein bis Oktober 1935 waren in etwa 5400 Prozessen über 20000 Antifaschisten verurteilt worden, darunter 48 Mitglieder der KPD zum Tode, 397 Kämpfer wurden ermordet, 860 mit fast 4000 Jahren Haft belegt. Unvergessen sind der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid und der Kommunist Ernst Thälmann, der wie viele andere ohne Gerichtsurteil 11 Jahre in Einzelhaft saß, bevor er im August 1944 in Buchenwald erschossen wurde. John Scheer, Erich Steinfurth, Rudi Schwarz, Fiete Schulze, Edgar André, Eugen Schönhaar und viele andere fielen für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Hunderte verbrachten mehr als 10 Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern. Zu diesen gehörte auch der bei seiner Festnahme 22jährige Erich Honecker. Sie alle sind Inbegriff des Widerstands gegen Faschismus und Krieg.

Keine Einseitigkeit soll im Gedächtnis der heutigen und künftigen Generation fortleben. Auch der Mitverschwörer Stauffenbergs, Generalmajor von Tresckow, den ich als Kind selbst erlebte, gehörte zu den Hitler-Gegnern, die unseren Respekt besitzen.

Bernhard Wartke

Wie sich DDR und BRD zu den Männern des 20. Juli 1944 verhielten

„Mehr als der Ort bestimmt die Zeit die Existenz geschichtlicher Tatsachen“, schrieb Karl Kraus. Die Frage drängt sich auf: Verändern häufig dieselben politischen Kräfte das Geschichtsbild, das sie für ein bestimmtes Ereignis entworfen hatten, obwohl die Tatsachen die gleichen geblieben sind? Welche Ziele und Interessen stecken dahinter, wenn Geschichtsbilder propagiert und verändert werden? Prüfen wir das an einem Beispiel: der Darstellung des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944. Immerhin verkündete der damalige sozialdemokratische Verteidigungsminister Rudolf Scharping am 20. Juli 1999 in Plötzensee: „Für die Auswahl zeitgemäßer Traditionen muß immer wieder gestritten werden... Wir sind unfrei in der Wahl der Geschichte, aber frei in der Entscheidung darüber, was wir als Tradition pflegen wollen.“

Und Helmut Kohl bestimmte am 3. Juli 2003 auf der Tagung zum zehnjährigen Bestehen des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden: Drei Daten müßten die Deutschen hochhalten – den 20. Juli 1944, den 17. Juni 1953 und die Zeit 1989/90. Dementsprechend der 20. Juli heute: Großer Zapfenstreich, Rekrutenvereidigung im Bendlerblock, Gedenkreden allerorten, eine Bücherflut über die Akteure von einst, „Dokumentationen“ im Fernsehen und in Printmedien.

Die Literatur über das Attentat auf Hitler ist kaum überschaubar, dessen Synonyme auch „Aufstand des Gewissens“, „gescheiterter Putsch“, „Palastrevolte“, „Verrat der Generäle“ heißen, womit oft schon der politische Standort des Erfinders erkennbar wird. Der 20. Juli 1944 ist zu einem zentralen Gedenk- und Erinnerungstag avanciert. Mit welcher Begründung? In welcher Absicht? Mit welcher Wirkung? Ehe wir uns den Wandlungen im offiziellen BRD-Geschichtsbild über den 20. Juli zuwenden, sei ein Hinweis auf die Wertung durch KPD und DDR erlaubt. Drei Tage nach dem Attentat, am 23. Juli 1944, schrieb Walter Ulbricht: „Es wäre unverzeihlich, wenn ein Antifaschist aus Mißtrauen gegen Generäle beiseite stünde... Beurteilen wir die Menschen nach ihren heutigen Taten gegen Hitler. Solidarität aller Hitlergegner ist das oberste Gesetz des Handelns.“ Die möglichst rasche Beendigung des Krieges lag objektiv im Interesse der meisten Deutschen wie der Völker der Sowjetunion und ihrer Verbündeten. Für die Würdigung der Attentäter in der DDR genügt ein Hinweis auf Karl-Eduard von Schnitzlers Buch „Der rote Kanal“: „Auch der Lauterkeit der Putschisten vom 20. Juli 1944 wurden wir als erste gerecht – aus meiner Überzeugung: Wer auch nur einen Finger gegen Hitler und den Krieg gerührt hat, aus welchem Motiv und mit welcher Zukunftsabsicht auch immer, er

gehört in die Ahnengalerie der deutschen Geschichte.“ (S. 71)

Der Respekt vor den Hitlergegnern blieb eine Konstante in der DDR-Politik und Geschichtsschreibung. Doch 1990 begann auf Weisung Schäubles eine rabiate Abrechnung mit dem „von der SED-Führung verordneten Antifaschismus“.

In der BRD war die Wertung der Männer des 20. Juli abhängig von den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen. Es war Johannes Rau, der das vor Historikern am 20. September 2002 unmißverständlich begründete: „Es gibt keine Identität ohne Geschichte, und es gibt keine Geschichte ohne Identität.“ Um die „Identität“ der Bundeswehr ging und geht es beim Streit um die Wertung der Attentäter vom 20. Juli 1944. Anfangs war das Bild von der Ächtung bestimmt, die noch von Hitler und Goebbels vorgegeben war: Feige Vaterlandsverräter seien der Front in den Rücken gefallen. Auch Graf von Stauffenberg wurde als solcher verfeimt. Das führte u. a. dazu, daß seine Witwe mit ihren vier Kindern (im Unterschied zu Offizierswitwen „treuer“ Offiziere) keine Witwenrente erhielt.

Erst mit dem beginnenden Aufbau bundesdeutscher Streitkräfte begann auf der Himmeroder Tagung im Oktober 1950 die Diskussion. Es ging um die Frage, ob und wie weit preußische und faschistische Militärtraditionen – auch gegenüber den Verbündeten – noch tragbar seien. Hitlergenerale wie von Manteuffel und Gunderian traten dafür ein, in der Tradition der Wehrmacht nur solche Leute aufzunehmen, die den Fahneid eingehalten hatten, d. h. Hitler bis zum bitteren Ende gefolgt waren. (Bei den ersten Generalen der Bundeswehr traf das auch zu.) Indessen wäre die ungebrochene Fortsetzung der Militärtradition der Wehrmacht aus vielen Gründen zum Hindernis bei der Aufrüstung geworden. Ende der fünfziger Jahre war die „Aufwertung“ der Attentäter so weit gediehen, daß sich die Tendenz „in Richtung einer Gleichwertigkeit von Widerstand und Loyalität“ abzeichnete.

Die heftigen Auseinandersetzungen sowohl inner- als auch außerhalb der Bundeswehr ließen es geraten erscheinen, einen „Kompromiß“ anzustreben, der 1965 im „Traditionerlaß“ mündete: Das Attentat sei in dieser „Ausnahmesituation“ sittlich gerechtfertigt gewesen, die Tat könne aber für Bundeswehrsoldaten keinen Normcharakter tragen.

Forschungen und Veröffentlichungen über die Verbrechen der Wehrmacht, die Tatsache, daß auch Verschwörer an den Verbrechen beteiligt gewesen waren, sowie innen- und außenpolitische Veränderungen zwangen den sozialdemokratischen Verteidigungsminister Hans Apel, den „Traditionerlaß“ von 1965 durch „Richtlinien zum Traditionsverständnis und der Traditionspflege“ zu ersetzen, die seit

1982 gelten. Damit war der Streit um die Traditionslinien der Bundeswehr und ihre Anwendung nicht abgeschlossen. Aus der „Traditionsunwürdigkeit“ der Wehrmacht, wie sie Graf Baudissin postuliert hatte, wurde inzwischen „Achtung und Respekt“ vor den Leistungen und Opfern der Wehrmacht.

Besonders abschreckende Beispiele des Mißbrauchs der Männer des 20. Juli lieferten die Verteidigungsminister. Volker Rühle verstieg sich am 13. März 1997 im Bundestag zu der Behauptung: „Die Werte, für die die Frauen und Männer des Widerstands litten und starben, gehören heute zu den ideellen Grundlagen der Nation und zum moralischen Fundament der Bundeswehr. Es ist kein Zufall, daß der Bundesverteidigungsminister seinen Dienstsitz im Bendlerblock in Berlin genommen hat.“

Mit Verlaub: Welcher Aufgabe diene denn der Bendlerblock bis zum 20. Juli 1944 und danach? Rudolf Scharping postulierte am 20. Juli 1999 in der Gedenkstätte Plötzensee: „Der 20. Juli ist zum Inbegriff und Symbol des deutschen Widerstands geworden“, um dann zu folgern, daß es „unmoralisch“ sei, „in Plötzensee der Opfer von Gewaltherrschaft zu gedenken und zugleich die Opfer anderswo in Europa sich selbst zu überlassen“. Mit diesem ideologischen Salto mortale stellte Scharping die Männer des 20. Juli in den Dienst der verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Aggression gegen Jugoslawien – Straftaten, an denen er maßgeblich Anteil hatte. Und schließlich darf Peter Struck nicht fehlen. Er ging am 20. Juli 2003 in Plötzensee so weit, den inzwischen weltweiten Krieg der Bundeswehr – bis zum Hindukusch – in die Traditionslinie des 20. Juli einzubeziehen: „Die Abwehr von Terror und Gewalt ist eine Aufgabe, der sich Deutschland auch jenseits seiner Grenzen stellen muß.“

Der Widerspruch, daß die Männer des 20. Juli – mißbräuchlich – gewürdigt werden, kontrastiert mit der Tatsache, daß die Wehrmachtsdeserteure von jeder Würdigung ausgeschlossen sind, obwohl sie ebenso, meist früher, ihr Leben im Kampf gegen Hitler eingesetzt hatten.

In Torgau wurden durch die Wehrmachtsjustiz etwa 30 000 Deserteure zum Tode verurteilt, aber ein Denkmal zur Erinnerung an sie, für das Ludwig Baumann seit Jahren in bewundernswerter Weise kämpft, wird ihnen bis heute verweigert.

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider

Der Faschismus ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.

Die Erfinder der Malchower Stele wollen den Antisowjetismus schüren

Gefährliche Halbwahrheiten

In seiner letzten „Berliner Rede“ als Bundespräsident – einer Art „politischem Vermächtnis“ – warnte Johannes Rau, „daß halbe Wahrheiten oft schlimmer sind als ganze Lügen“. Obwohl er es vermied, jene beim Namen zu nennen, die solche Halbwahrheiten als politisches Instrumentarium mit Vorliebe benutzen: Ganz eindeutig zielt das auf „zeitgeistgemäße“ Geschichtsinterpretationen und -aufarbeiter, also insbesondere bestimmte Historiker, Journalisten, Juristen, notorische Verwerter von Beuteakten.

Diese – mit Verlaub – politischen Meinungsbildner bedürfen derartiger Halbwahrheiten, um große Lebenslügen an sogenannte Zielgruppen heranzubringen. Indem sie Folgen beklagen, deren Ursachen jedoch verschweigen, sollen Ansprüche auf juristische Ahndung der „Verbrechen“ oder auf „Wiedergutmachung“ begründet und – nicht zuletzt – heranwachsenden Generationen alte „Feindbilder“ als Orientierung vermittelt werden. Vorrangige Absicht: die „Grundtorheit unserer Epoche, den Antikommunismus“ (Thomas Mann), als allgemeine Geisteshaltung zu verankern.

Verleumdung der DDR und purer Antisowjetismus sind Grundelemente dieser Ausrichtung. Das geschieht nicht bloß mittels großer Kampagnen. Inzwischen fehlt es auch nicht an lokalen Aktivitäten, die darauf abzielen. Ein Einzelbeispiel, dennoch symptomatisch für das Gesamtproblem, fand ich im mecklenburgischen Malchow.

Diese kleine und sympathische Stadt hat nach der Liquidierung der DDR viel verloren. Von ihrer Teppichindustrie, für deren Qualitätsprodukte sie einst berühmt und die ihr wirtschaftliches Rückgrat war, ist nichts mehr vorhanden. An diese Seite ihrer Vergangenheit erinnert nur noch der denkmalgeschützte Fabriksschornstein, um den eine neue Reha-Klinik gebaut wurde, die allein eine nennenswerte Anzahl von Arbeitsplätzen bietet. Immerhin jedoch wurden nicht, wie andernorts, alle Spuren gelöscht, die an das sozialistische Kapitel der Geschichte Malchows erinnern. Hier findet sich noch das Ehrenmal für die gefallenen Sowjetsoldaten. Hier tragen noch Straßen die Namen sozialistischer Vorkämpfer – auch die Wilhelm-Pieck-Straße heißt noch so. Und im ehemaligen Kino haben geschichtsbewußte Malchower ein ganz besonderes Museum eingerichtet: Es gibt ohne Häme allein mit

Sachzeugnissen Auskunft über vieles, was DDR war.

Neuerdings jedoch trifft man auch auf ein „historisches Zeugnis“ von der „Halbwahrheiten“-Art.

In der Gartenstraße liest man auf der Kupferplatte einer Stele:

IN DIESEM HAUS BEFAND SICH VON 1945-1947 DIE SOWJETISCHE ZIVILKOMMANDANTUR. VON HIER BEGANN FÜR VIELE JUGENDLICHE UND ERWACHSENE MALCHOWERINNEN UND MALCHOWER DER WEG IN LEIDVOLLE HAFT, FÜR MANCHE IN QUALVOLLGEWALTSAHMEN TOD. IHR SCHICKSAL MAHNT!

Diese Botschaft ist so emotionsträchtig wie gefährlich. Sie ist vor allem für jene inzwischen herangewachsenen Generationen Gift, die weder Krieg noch erste schwere Nachkriegsjahre miterleben mußten. Ihnen wird unterschlagen, was der „halben Wahrheit“ vorausgegangen war. Denn bevor es in deutschen Städten sowjetische Kommandanturen geben konnte, waren doch wohl Deutsche in den Uniformen der Hitlerwehrmacht mordend und brennend in die Sowjetunion eingefallen. Über 25 Millionen tote Sowjetbürger stehen auf deutschem Schuldkonto! Nicht von Moskau, sondern von Berlin aus wurde der Aggressor in Marsch gesetzt. Ihm mußte schließlich auf seinem eigenen Boden – in Deutschland – der Garaus gemacht werden.

Die das in den Uniformen der Rotarmisten zuwege brachten, hatten dazu einen opferreichen Weg zurückzulegen. Auf ihm verloren auch jene, die dann in der Malchower Kommandantur Besatzungsmacht ausübten, Hunderte ihrer Freunde und Kampfgefährten. Bevor sie Mecklenburger Boden betreten konnten, mußten sie sich durch ihr eigenes, von Deutschen verwüstetes Land, durch zerstörte russische, ukrainische und belorussische Städte und Dörfer kämpfen, vorbei an Massengräbern Gemeuchelter, an Galgen mit aufgehängten Partisanen. Mit der Malchower Stele aber wird ihnen, die durch so unermeßliche, von deutschen Oberen angerichtete Unmenschlichkeit zu gehen hatten, vorgeworfen, sie hätten sich danach als Sieger nicht „korrekt“, geschweige denn nachsichtig, verhalten.

Abgesehen davon, daß sich hier zum Richter aufschwingt, wem Nachdenklichkeit angesichts eigener Geschichte besser anstünde: Waren die angeblich „vielen“ Malchower (ihre wirkliche Zahl bleibt – warum wohl? – ungenannt), die damals verhaftet wurden, wirklich samt und sonders oder wenigstens überwiegend Opfer sowjetischer Willkür? Oder handelte es sich nicht doch bei den meisten um Naziaktivisten oder gar Beteiligte an Kriegsverbrechen?

Natürlich – es gab in Malchow sicher wie anderswo auch Inhaftierte, die ohne persönliche Schuld waren und zu Opfern von Denunziationen, Mißtrauen, vereinzelt

wohl auch von Rachegeleuten wurden. Daß sie es wurden, ist zwar nicht zu rechtfertigen. Es aus den damaligen Umständen zu erklären, sollte man sich jedoch nicht ersparen. Auch beim Blick auf das bedauernswerte Einzelschicksal schuldlos Betroffener darf die Sicht auf die historischen Ursachen nicht unterbleiben. Kaum 18jährig in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten, hörte ich ältere Mitgefangene oft sagen: „Wenn die Russen so mit uns verfahren, wie wir mit ihnen – dann wehe uns!“

Sie zahlten uns nicht mit gleicher Münze heim, was ihnen von Deutschen angetan worden war. Und bei allen Entbehrungen und Härten, die Kriegsgefangenschaft mit sich brachte: Erniedrigung oder gar Folter, wie sie in Guantanamo oder irakischen Gefängnissen von „hochzivilisierten“ amerikanischen und britischen Militärs gegenüber Gefangenen gang und gäbe sind, kann ich aus sowjetischem Gewahrsam nicht bezeugen.



Grafik: Oliver Harrington

Wolfgang Clausner

Preisgabe der UdSSR und ihrer Bruderländer war ein Verbrechen

Ein Strafantrag aus dem Februar 1992

Während hierzulande viele Linke dem angeblichen Visionär Gorbatschow nachtrauerten und jede Kritik an ihrem entmachteten Idol als angeblich altes und überholtes Denken diskreditierten, hatten russische Kommunisten den konterrevolutionären Charakter von Perestroika und Glasnost sowie deren Hauptvertretern schon ausgelotet und entsprechend benannt.

Über den Oberjustizrat I. Schechowzew wurde im Februar 1992 an den Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation ein Antrag auf Einleitung eines Strafverfahrens gegen Michail Gorbatschow (früher Präsident der UdSSR und Generalsekretär der ZK der KPdSU), Eduard Schewardnadse (früher sowjetischer Außenminister, Mitglied des Präsidialrates, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU) und Alexander Jakowlew (Mitglied des Präsidialrates, Berater des Präsidenten, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, „Architekt“ und ideologischer Anführer der Perestroika) übergeben. Diese Personen wurden „besonders schwerer Staatsverbrechen“ nach den Paragraphen des noch gültigen Strafgesetzbuches der Russischen Föderation beschuldigt: „§ 64: Vaterlandsverrat, § 69: Sabotage, § 70: Verbreitung verleumderischer Lügen mit dem Ziel der Untergrabung der Sowjetmacht, der Verunglimpfung des sowjetischen Staats- und Gesellschaftssystems und § 73: besonders gefährliche Verbrechen gegen andere Staaten der Werktätigen.“ Dieser Antrag entsprach „den zunehmenden Forderungen der Sowjetmenschen, die erschüttert sind über die Zerstörung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates und der sozialistischen Gemeinschaft in der Welt, die beschuldigten Personen aus der höchsten Führung der Sowjetunion zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen“.

Im Antrag wurde davon ausgegangen, daß es sich bei der Zerschlagung der UdSSR um eine vorsätzliche Straftat der Beschuldigten handelte. „Um dieses Ziel zu erreichen, wichen sie von den Prinzipien der Parteiführung ab, organisierten dies unter dem Deckmantel der Glasnost und des Pluralismus der Meinungen, förderten und richteten eine Propagandakampagne aus, deren Ziel es war, den Anschein zu erwecken, sie wollten den Sozialismus verbessern; tatsächlich planten sie, ihn zu beseitigen. Um dieser Kampagne günstige Bedingungen zu verschaffen, wurde die vom Strafgesetzbuch der Unionsrepubliken vorgesehene Verantwortung für antisowjetische Agitation und Propaganda, ausgerichtet auf die Schwächung und Untergrabung der Sowjetmacht, sowie auf die Verbreitung von Verleumdungen und Verunglimpfungen des Gesellschafts- und Staatssystems (§ 70 Strafgesetzbuch der RSFSR) vorsorglich aufgehoben.“

Im Zusammenhang mit dem § 64 (Vaterlandsverrat) hieß es: „...holte Gorbatschow als seine nächsten Berater Jakowlew und Schewardnadse in die Schlüsselpositionen von Partei und Staat. Sie waren für ihre antisowjetischen Ansichten bekannt, neigten zu Opportunismus und Prinzipienlosigkeit und erwiesen sich als fähig, die öffentliche Meinung zu manipulieren, die Zerstörung des Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus durch das Programm der Perestroika theoretisch zu begründen. Sie bildeten eine stabile, durch die Einheit von Überzeugungen und Ansichten zusammengeschweißte Gruppe im Politbüro des ZK der KPdSU und im Präsidialrat, um praktisch die Ideologie für die Innen- und Außenpolitik der UdSSR zu formulieren, den Sozialismus und seine Hauptinstitutionen zu zerstören; dabei agierten sie mit den Methoden von Verschwörern, die ihre wahren Ziele vor dem Volk verbargen.“

Hierbei spielten die strafrechtlich relevante „Verbreitung verleumderischer Lügen“, „die von den Verschwörern persönlich wie auch nach deren Anweisung von den Massenmedien verbreitet wurden“, eine Schlüsselrolle. Nach ihrer Vorgabe diskreditierten die Massenmedien das sowjetische Staatssystem, indem ihm Etiketten angeheftet wurden wie „Kasernensozialismus“, „totalitäres System“ und „administratives Kommandosystem“. Sie verleumdeten „die allergrößte Errungenschaft des Sozialismus – die Freundschaft der Völker, indem sie die Sowjetmenschen davon zu überzeugen suchten, daß die zuvor durchgeführte Nationalitätenpolitik die Völker auseinandergetrieben habe und die blutigen Konflikte der Nationalitäten in den Jahren der Perestroika deren Folge gewesen sei. Mit ihrer massiven Verleumdungskampagne haben die Verschwörer das angestrebte Ziel erreicht: Die Zerstörung der kommunistischen Werte, die moralische Leere und geistige Verarmung des Menschen, den Zustand der Indifferenz und die Bereitschaft, den Kapitalismus und die bürgerlichen Wertvorstellungen zu übernehmen.“

Zu den Folgen der „konterrevolutionären Tätigkeit der Verschwörer“ zählten in erster Linie: die Aufhebung des verfassungsmäßig fixierten Volkseigentums; die Untergrabung der Macht der Sowjets der Volksdeputierten; die ohne Referendum eingeführte kapitalistische Ordnung; die Kapitulation vor den imperialistischen Staaten durch eine sogenannte Entideologisierung der sowjetischen Außenpolitik; die Untergrabung der Militärmacht und der Sicherheit des Landes durch Diskreditierung der Armee und des KGB; die drastische Senkung der Aktivität und die ideologische Zersetzung der KGB-Kader; „die Zerstörung der KPdSU als führender Kraft der sowjetischen Gesellschaft; der

Verzicht auf den ideell-theoretischen Widerstand gegenüber dem Kapitalismus unter dem Deckmantel Pluralismus der Meinungen und Demokratisierung der Gesellschaft; die Schaffung von Parteien und Gruppierungen, die das Hauptziel der Verschwörer, die Restauration des Kapitalismus durch die Zerstörung des Sozialismus, unterstützen“; die Untergrabung der territorialen Integrität, des Staatssystems und der Sowjetunion überhaupt usw.

Dieser antisowjetischen Clique wurden auch Straftaten gegenüber anderen sozialistischen Staaten vorgeworfen (§ 73). „Indem sie ihre wahren Ziele verbargen, haben Gorbatschow und Komplizen das Sowjetvolk und die Völker der Länder Osteuropas mit Erklärungen über ihren Einsatz für die Sache des Sozialismus getäuscht. Ihre heuchlerische und doppelzüngige Politik ist besonders am Beispiel der DDR ersichtlich. Dieses Land widerstand der ihm aufgezwungenen Perestroika hartnäckiger als andere Länder, um seine sozialistischen Errungenschaften zu behaupten. Buchstäblich drei Monate vor dem Verrat der DDR durch die Verschwörer hat Gorbatschow Honecker und der DDR ‚große Erfolge beim sozialistischen Aufbau‘ gewünscht und ihn als einen Genossen aus alten Zeiten bezeichnet. Aber zugleich wurde der erste sozialistische Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden verraten und verkauft.“ Es versteht sich, daß die drei Beschuldigten unter dem konterrevolutionären Jelzin-Regime nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Allerdings könnte der Hinweis auf die dargestellte Strafrelevanz bei einer grundlegenden Änderung des politischen Kräfteverhältnisses in Rußland dazu führen, daß sich die Verräter eines Tages doch noch strafrechtlich verantworten müssen. Die juristische Grundlage dafür bietet u. a. auch die am 12. Dezember 1991 vom UdSSR-Komitee für Verfassungsaufsicht veröffentlichte Erklärung zum sogenannten Minsker Abkommen, das das Ende der Sowjetunion symbolisieren sollte. Darin hieß es: „Die Feststellung im Abkommen, daß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als Subjekt des Völkerrechts und geopolitische Realität ihre Existenz eingestellt hat, kann nur als politische Bewertung der Situation betrachtet werden, die keine Rechtskraft besitzt.“

Der wiedergegebene Strafantrag ist auch insofern aufschlußreich, da hier erstmals nach der Zerschlagung der UdSSR von russischer Seite der Versuch des Ansatzes einer marxistisch-leninistischen Analyse der Konterrevolution in der UdSSR unternommen wurde. Manches ist sicher diskussionswürdig, doch mit den Grundeinschätzungen kann man wohl übereinstimmen.

Bernhard Majorow

Der Weg des Rotarmisten Stefan Doernberg

Lieber, verehrter Stefan Doernberg, mit Deinem Lebensbericht „Fronteinsatz“ wirst Du das Herz vieler Leser bewegen.

Wir, Stefan, sind uns – wie so viele, die Du nennst – immer wieder begegnet, im Institut für Gesellschaftswissenschaften Anfang der sechziger Jahre, bei Historikertagungen und Konferenzen über die internationalen Beziehungen, nach 1990 im „Rat der Alten“ und bei Tagungen zur Geschichte beider deutscher Staaten. Seit über vierzig Jahren stehen uns Arbeiten aus Deiner Feder im Kampf zur Seite. Immer warst Du ein Drängender, Dein ganzes Leben ist ein „Fronteinsatz“, wie Dein Verlag mit Deiner Zustimmung Deine Erinnerungen nennt. Du standest immer auf der Seite des Antifaschismus, des Sozialismus, des Friedens, also auch an der Seite der Sowjetunion.

Die Spannung beim Lesen dieses Buches ergibt sich in erster Linie aus Deinem Leben selbst: Nach 1933 Emigration nach Moskau, Zeuge der Stalinschen Repressionen, von denen auch der Vater betroffen wurde, Absolvent der Karl-Liebknecht-Schule, aus der später viele bewährte DDR-Politiker hervorgingen, einer der wenigen Deutschen, die von 1941 bis 1945 als Rotarmisten Anteil an der Befreiung Deutschlands vom Faschismus hatten, der vermutlich letzte lebende Zeuge der Kapitulation des Nazi-Feldmarschalls Keitel in Karlshorst, der Historiker und Botschafter der DDR in Finnland. Wer hat eine so faszinierende Biographie? Du verkörperst „die Geburt eines neuen Deutschland“, über die Du schriebst, und Du stehst auch heute zu ihr. Du verteidigst die Politik der DDR und Deine Biographie gegen die Lügen und Verleumdungen bezahlter „Klopffechter der Bourgeoisie“ und Renegaten. Du bezeugst, daß die Sowjetarmee sich nicht zu Racheakten hinreißen ließ, wie es verständlich gewesen wäre, sondern die Weisungen Stalins (S. 72) und Marschall Shukows (S. 62) befolgte, die Kriegsschäden und -auswirkungen (auch für Kriegsgefangene) zu minimieren: „Nicht wenige (deutsche, H. S.) Soldaten wußten, welcher Verbrechen sich auch die Wehrmacht vornehmlich in der Sowjetunion schuldig gemacht hatte. Wenn nunmehr das Pendel zurückschlug und sich die Russen so benähmen, wie es zuvor die deutschen Okkupanten getan hatten, dann konnte wohl niemand mit Gnade rechnen.“ (S. 68) Stefan, Du berichtest, wie Du die Befreiung Berlins erlebtest, und nur Du hast als Deutscher in der Uniform des sowjetischen Leutnants die Kapitulation hautnah miterlebt. Akteur und Berichterstatter über eines der schicksalhaftesten Ereignisse für die Welt in einer Person! Bisher wußte ich nicht, daß Du mit Deiner Einheit Ende Mai 1945 nach Dresden abkommandiert wurdest und hier den Neubeginn und die Bildung der Landesregierung unter Dr. Friedrichs miterlebtest, den Beginn jener Phase, die jetzt ein dreister „Totalitarismusforscher“ in einem dickleibigen Buch „Diktaturdurchsetzung in Sachsen“ nennt. Du urteilst: „Die Vereinigung von SPD und KPD war ein deutsches Projekt, mit dem historische Lehren beherzigt werden sollten. Das galt auch für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung. Das Klischee einer ‚Sowjetisierung oder Installation einer zweiten Diktatur‘, dazu einer fremdgesteuerten, ist und bleibt verlogen.“ (S. 134/135)

Es ist Tatsache, daß diese Prozesse unter schwierigen Bedingungen und bei Anwesenheit einer Besatzungsmacht stattfanden. Dennoch bleibt für Dich: „Dafür müssen weder sie noch ihre Erben sich entschuldigen.“ (S. 136)

Du bist wie kaum ein anderer befugt, über die sowjetische Deutschlandpolitik zu urteilen. Du verteidigst sie als Friedenspolitik: „Die Vorstellung, daß die Russen Krieg wollten, war ... absurd. Schon deshalb, weil das Land vom letzten derart erschöpft und ausgeblutet war, daß jeder weitere Waffengang selbstmörderisch gewesen wäre. Im Kreml saßen keine Abenteurer.“ (S. 146)

Für manchen, jedenfalls für mich, ist überraschend, daß Du das berühmte Telegramm Stalins an die neu gegründete DDR-Regierung vom Urtext so übersetzt hast, daß es sprachlich besser wirkte, aber nicht mit dem russischen Original übereinstimmte. Der Platz läßt nicht zu, Deinen „Fronteinsatz“ im Dienste der DDR umfassender zu würdigen. Bemerkenswert, des Merkens wert, sind Deine begründeten Urteile über Lenin als den „bedeutendsten Denker und Revolutionär des 20. Jahrhunderts“ (S. 179) und die Funktion des Terminus „Stalinismus“: „Dieser Begriff wurde nur von der antikomunistischen Propaganda strapaziert. Er wurde nicht erst 1956 geprägt und schon früher als Schlagwort zur Verunglimpfung des Sozialismus verwendet.“ (S. 188/189) Auch Deine Wertungen zum 17. Juni 1953 und zum 13. August 1961 sollte mancher bedenken, der ohne Kenntnis dem „Zeitgeist“ Konzessionen macht. Für Dich ist die Wirkung einer Handlung für Frieden und Sicherheit stets der entscheidende Gesichtspunkt. Manche Deiner Urteile greifen in den Streit um heutige Wertungen ein, so z. B. zur Stellung der Juden (zu denen der Autor gehört) in der DDR (S. 220) und zur aktuellen Diskussion

über den Begriff Faschismus: „Der heutige Zeitgeist bestätigt die Neigung, den Begriff des Faschismus zu verdrängen und lieber vom ‚Nationalsozialismus‘ zu sprechen. Seine Verwendung erleichterte es auch, ein verlogenes Gleichheitszeichen zwischen ‚Nationalsozialismus‘ und ‚Realsozialismus‘ zu setzen.“ (S. 253)

Manches Urteil ist verblüffend aktuell. Du kritisierst zu Recht die Kaderpolitik der SED: „Es war ein offenes Geheimnis, daß Kandidaten bei jeglichen Wahlen, ob in der Partei selbst oder zu den Volksvertretungen, im voraus von der übergeordneten alten Leitung nominiert wurden ... Unter diesen Bedingungen war eine demokratische Erneuerung, die diesen Namen verdiente, unmöglich.“ (S. 249) Das Erschreckende: Wo ist das heute anders? Du brichst Deine Erinnerungen mit der „Wende“ abrupt ab und resümiert: „Eine Rückkehr in die Vergangenheit kann es nicht geben. Nicht Nostalgie ist gefragt. Jedoch eine unvoreingenommene Analyse der wichtigsten Neuerungen im 20. Jahrhundert und damit der positiven Erfahrungen des sozialistischen Projekts. Die DDR wird nicht als Fußnote in die Geschichte eingehen.“

Unsereins darf gespannt sein, wie „unabhängige“ Publizisten mit Deinen Erinnerungen umgehen. Wenn wieder Denunziationen wie „unbelehrbar“ und „unverbesserlich“ auftauchen, erschrickst Du nicht. Dir sind beim „Fronteinsatz“ ganz andere Kugeln um die Ohren gepfiffen. Zu wünschen ist Dir und uns, daß Dein Buch vor allem Jugendliche erreicht. Für manchen wird es eine Offenbarung.

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider
Stefan Doernberg. *Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters. edition ost, 2004, 288 Seiten, 14.90 Euro, ISBN 3-360-01052-3*

Als Kriegsgefangener der U.S. Army

Was sich gegenwärtig in Irak, Guantanamo und Afghanistan abspielt, ist schändlich. Mich bewegt das auch aus sehr persönlichen Gründen. Immer wieder denke ich an die Zeit zurück, als ich mich selbst 17 Monate lang in USA-Kriegsgefangenschaft befand. Ich habe einige der schlimmsten „Hungerlager“ in Frankreich kennengelernt, darunter Attichy. Bei der Verpflegung, meist handelte es sich um Wassersuppe, gab es nach dem Essen sogenannten Nachschlag. Die Reihenfolge wurde festgelegt. Wenn ein Gefangener sich das zweite Mal angestellt hatte, wurde er sehr hart bestraft. Er erhielt ein Schild mit der Aufschrift umgehängt: „Ich habe mir einen Nachschlag ergaunert.“ Der Delinquent mußte sich damit auf einen Pfahl stellen, bis er – oft in brennender Sonne – ohnmächtig in den Lagerzaun fiel.

Auch folgendes Erlebnis hat sich mir tief eingepägt: Es war Ende Februar, Anfang März 1946. Gemeinsam mit drei anderen Gefangenen versuchte ich zu flüchten. Auf dem Güterbahnhof von Le Havre wurden wir von USA-Soldaten aufgegriffen, verhört und eingesperrt. Drei Wochen Gefängnis, lautete das Verdikt. Während der Verhöre wurde ich wiederholt geschlagen. Was dann

geschah, wäre eigentlich unbeschreiblich, gäbe es nicht Guantanamo: Wir wurden in ein Drahtgitter, etwa 1 Meter hoch, eingepfercht. Eine unmenschliche Behandlung. Nachts war es kalt. Vor dem Verhau stand die ganze Zeit ein Posten mit Maschinenpistole, um uns zu bewachen. Damals glaubte ich nicht, diese Tortur zu überleben.

Zu unserem Glück besichtigte eine Kommission des schwedischen Roten Kreuzes unsere „Unterkunft“. Wir wurden fotografiert, das Bild erschien in einer Zeitung. Die Schweden erklärten uns, die Behandlung, vor allem die Unterbringung in einem Drahtkäfig, widerspreche der Genfer Konvention. Das Rote Kreuz veranlaßte, daß wir in eine Baracke verlegt wurden.

Solche Erlebnisse vor 58 Jahren haben mit dazu beigetragen, meine Überzeugung zu formen. Ich wurde Kommunist und bin es ein Leben lang – jetzt 81jährig – geblieben. Ich war viele Jahre 1. Sekretär der SED-Kreisleitungen Arnstadt, Weimar und Sömmerda. Heute bin ich Mitglied des RF-Fördervereins und ständiger Bezieher unserer Tribüne, für die ich überall werbe.

Helmut Lindenlaub, Sömmerda

Metallarbeiter, Spanienkämpfer und DDR-Minister: Heinrich Rau

Berlin, 12. Oktober 1949. Im Steinsaal, in dem sich vor fünf Tagen der Deutsche Volksrat zur Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik konstituiert hat, stellt Ministerpräsident Otto Grotewohl die von ihm berufene Regierung des soeben gegründeten Staates vor. Achtzehn Minister sind es, acht gehören der SED an, vier der CDU, drei der LDPD, je einer der DBD und der NDPD, einer ist parteilos. Sie alle erhalten das Vertrauen der 330 Abgeordneten. Minister für Planung wird der Schwabe Heinrich Rau, Mitglied des Parteivorstandes der SED. Von Beruf ist er Metallarbeiter, Stanzer und Metallpresser.

Als Heinrich Rau diese Funktion übernimmt, ist er 50 Jahre alt. Ein ereignisreiches, kampferfülltes Leben liegt schon hinter ihm. Geboren am 2. April 1899 in Feuerbach bei Stuttgart, erlernt er seinen Beruf in der Schmiede der Robert-Bosch-AG. Von den Eltern sozialdemokratisch erzogen, tritt er mit Beginn der Lehre dem Metallarbeiterverband bei, kurz darauf auch dem Sozialistischen Arbeiterjugendverband. Ehrensache für ihn, an Streiks teilzunehmen, auch wenn er dafür gemaßregelt wird. Aber nicht nur das. Die kapitalistischen Bosse veranlassen seine Einberufung zum Kriegsdienst, auch wenn sich die militärische Niederlage ihres Regimes schon abzeichnet. Im Infanterieregiment 126 soll er an der Westfront für Kapital und Kaiser notfalls sein Leben geben. Ein Granatsplitter, der seine Lunge schwer verletzt, beendet aber den Waffendienst.

Von dieser Verwundung gerade genesen, greift er dennoch wieder zum Gewehr, freiwillig nun. Es ist November 1918 – Revolution in Deutschland. Auch in Stuttgart-Zuffenhausen übernehmen Arbeiter und Soldaten die Macht, formieren eine bewaffnete Einheit und stellen Heinrich Rau an deren Spitze. Die revolutionären Ereignisse im ganzen Lande und besonders die von der rechten SPD-Führung angeführte Konterrevolution vermitteln dem jungen Arbeiter wichtige Einsichten und Erfahrungen, so daß er zu denen gehört, die 1919 in Zuffenhausen die Ortsgruppe der Kommunistischen Partei gründen. In dieser Zeit schließt er enge Freundschaft mit dem ehemaligen Vikar, nunmehrigen KPD-Funktionär und Wirtschaftsfachmann Edwin Hoernle.

Dieser holt den Württemberger Rau in den 20er Jahren nach Berlin, und das ZK der KPD überträgt ihm die Leitung der Abteilung Land. Bald gilt er als Experte auf dem Gebiet der Agrar- und Ernährungswirtschaft, der an der Seite Ernst Thälmanns maßgeblich an der Ausarbeitung des Bauernhilfsprogramms der KPD mitarbeitet, das am 16. Mai 1931 in Oldenburg verkündet wird.

Nach dem Verbot der KPD ist es Heinrich Rau nicht lange vergönnt, illegal in Hessen, in der Pfalz und im Saargebiet



zu arbeiten. Am 23. Mai 1933 fällt er den Faschisten in die Hände. „Ich wurde bis auf Hose und Hemd entkleidet. Einer der SS-Männer legte mir eine Schlinge um den Hals, hielt das Ende des Strickes in der einen Hand, während er mit der anderen Hand in die Haare faßte und mich über einen Tisch zog. Drei weitere SS-Männer begannen, mit verschiedenen Instrumenten, Gummiknüppel, Ochsenziemer und einer Art Reitpeitsche, auf mich einzuschlagen. Die Folterungen wurden mehrmals durch kurze Pausen unterbrochen, sei es, weil ich ohnmächtig wurde, sei es, weil die Prügelnden erschöpft waren.“ So beschrieb er später eines der Verhöre. Nach mehr als zwei Jahren kommt Heinrich Rau frei. Über die Tschechoslowakei und die Sowjetunion führt ihn der Weg Ende 1937 nach Spanien. Dort wird die XI. Internationale Brigade nach schweren Kämpfen vor Madrid, am Jarama und bei Guadalajara aufgefüllt und reorganisiert. Als neuer Kommissar wird Heinrich Rau eingesetzt. Seine Aufgabe sieht er nicht nur darin, die militärische und politische Kampffähigkeit der Antifaschisten aus verschiedenen Ländern ständig zu verbessern, sondern sich auch um die unter den Kriegsereignissen leidende spanische Zivilbevölkerung zu kümmern. „Der Politikkommissar der Brigade, Heiner, ein Mann mit einem väterlichen Herzen, hat ein von einem spanischen Granden verlassenes Schloß bei Madrid als Kinderheim einrichten lassen ... In ihm, dem Politikkommissar, sehen sie alle ihren Vater. Die Kinder hängen mit besonderer Liebe an Heiner“, berichtete Erich Weinert. Später überträgt man dem erfahrenen Kommunisten das Kommando über die Brigade. Kurt Vogel, ehemaliger Inter-

brigadist, übermittelte diese Episode: „Heinrich Rau befahl alle Kompanieführer zu sich. Mit Ruhe und Bestimmtheit schilderte er die völlig unerwartete Situation, in die die Brigade geraten war. Alle Anzeichen wiesen darauf hin, daß die Faschisten nur darauf warteten, uns einzukesseln, um uns mit überlegenen Kräften schnell zu vernichten. Heinrich Rau befahl den Kompanieführern, sich kompanieweise einzeln in Richtung östliches Ebroufer durchzuschlagen, dort Stellung zu beziehen und jeden Versuch des Gegners, den Ebro zu überqueren, mit allen Mitteln zu verhindern.“ Der Rückzug gelingt, die Brigade kann den Kampf fortsetzen.

Im Mai 1938 wird Heinrich Rau schwer verwundet und nach Frankreich gebracht. Statt ihm Asyl zu gewähren, stellt ihn die französische Regierung vor ein Kriegsgericht und sperrt ihn für Monate in das berüchtigte Konzentrationslager Le Vernet ein. Schließlich liefern ihn die Vichy-Franzosen nach Deutschland aus, wo man ihn in das KZ Mauthausen bringt. Weder im französischen noch im nazideutschen Konzentrationslager gibt Genosse Heiner seine politische Aktivität auf. Dort wie hier schließt er sich den kommunistischen Parteioptionen an, beteiligt sich an Solidaritätsaktionen, und in Mauthausen ist er als Mitglied der geheimen Militärorganisation des Lagers am Aufstand für die Befreiung von der SS beteiligt.

Juli 1945. Mit einem Autotransport kommen in Berlin über hundert ehemalige KZ-Häftlinge an, unter ihnen Franz Dahlem, Horst Sindermann, Heinrich Rau. Wilhelm Pieck, selbst gerade erst aus Moskau zurückgekehrt, empfängt sie, schildert ihnen die Lage. Ohne sich eine Erholungspause zu gönnen, gehen die Genossen an die Arbeit. Zu tun gibt es genug. Der Krieg hat überall im Lande und bei seinen Bewohnern unübersehbare Schäden und Verluste hinterlassen. Heinrich Rau geht in die Landesverwaltung Brandenburg und ist hier als 2. Vizepräsident für die Landwirtschaft, für die Versorgung der Bevölkerung, auch für die Berliner, mit Lebensmitteln verantwortlich. Ganz klar, daß das Gesetz über die Bodenreform in diesem Land auch seine Unterschrift trägt. Dann geht er zurück nach Berlin und übernimmt den Vorsitz der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) für die gesamte sowjetische Besatzungszone. Später, nach Gründung der DDR, wird er mit verschiedenen verantwortlichen Funktionen im Wirtschaftsbereich betraut: Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, Minister für Maschinenbau, Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, zugleich viele Jahre Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates.

Am 23. März 1961 reißt ihn der Tod aus seiner verdienstvollen Tätigkeit.

Günter Freyer

Buchenwaldhäftling Herbert Thomas, 91: Auf Solidarität kommt es an!

Der Einfluß des Neofaschismus wächst. Nicht nur zahlenmäßig. Das zeigt ein Blick auf den Verfassungsschutzbericht, der in der Regel die Gefahr durch den „Linksextremismus“ hochspielt: Etwa 400 neue Rechtsextremisten. Anwachsen der Zahl rechtsextremistischer Organisationen und Personenzusammenschlüsse seit 2002 um 23 auf 169, zunehmende Zahl antisemitischer Gewalttaten und zwar von 28 auf 35. Frühere Ermittlungen und Umfragen haben ergeben, daß der Prozentsatz von Personen in den bürgerlichen Parteien, in der Polizei, der Armee, der Justiz usw., die für rechtsextremistische Auffassungen empfänglich sind, hoch ist. Bei den Europawahlen haben die Neofaschisten nicht wenig Stimmen bekommen: Republikaner 1,9 %, NPD 0,9 %.

Im Kampf gegen diese Gefahr ist Solidarität unerlässlich. Immer dreister nutzen die Neonazis die ihnen von den Gerichten gegebene Genehmigung zu Demonstrationen als eine Möglichkeit für ihre volksfeindliche Tätigkeit. Hier hilft nur solidarisches Handeln der Antifaschisten, die Organisierung von Gegendemonstrationen, um Aufmärschen der rechten Szene erfolgreich entgegenzutreten. Das Risiko: Wasserwerfer und die Schlagwerkzeuge der Polizei, wodurch die von den Gerichten genehmigten Demonstrationen der Neonazis durchgesetzt werden sollen.

Solidarität in der Zeit der Naziherrschaft war wesentlich risikvoller. Aus der Tiefe des Erinnerns möchte ich einige Aktionen des Widerstandes in die Gegenwart heben.

1933. Hitler war an die Macht geschoben worden. Viele Antifaschisten wurden in meiner Heimatstadt Hannover inhaftiert, geschlagen, gefoltert, ermordet. Meine Mutter, eine seinerzeit sehr bekannte Funktionärin des linken Flügels der SPD, beschloß, den im Polizeigefängnis inhaftierten Genossen, vor allem denen ohne Angehörige, unsere Solidarität zu beweisen. Sie sollten wissen, daß die Genossen an sie denken, daß sie nicht allein gelassen sind. Wir sammelten Lebensmittel, Kleidung und andere nützliche Sachen. Für den Transport benutzten wir mein Fahrrad. Wir zogen mit ihm durch die Stadt, bis wir in einer Nebenstraße, kurz vor dem Gefängnis, Halt machten. Vorher hatten wir Genossen informiert, die die Päckchen als „Bruder“, „Sohn“ oder sonstige Verwandte abgaben.

1938. Ich war als politischer Gefangener im Häftlingsrevier des KZ Buchenwald eingesetzt, gemeinsam mit sechs anderen Kameraden. Von morgens bis abends riß der Strom von kranken oder verletzten Mitgefangenen, die von uns ärztlich versorgt wurden, nicht ab. Meine Hauptaufgabe war, den ganzen Tag über Todesurkunden in vierfacher Ausfertigung auf der Maschine zu schreiben. Diese wurden mit preußischer Genauigkeit ausgefüllt.

Alle Angaben stimmten. Bis auf die Todesursache. Beispiel: Ein Häftling war von einem SS-Posten an den elektrisch geladenen Stacheldraht getrieben worden. Dann schoß er ihn ab. Todesursache in der Urkunde: Auf der Flucht erschossen. Oder: Ein anderer war erschlagen worden. Todesursache: doppelseitige Lungenentzündung. Manipulation auf Befehl der Lagerleitung.

Eine Tages befahl Lagerkommandant Koch als Strafmaßnahme für einen Tag Behandlungssperre. Der Kapo des Reviers, Walter Krämer, beschloß: Wir behandeln weiter. So geschah es. Mit dieser solidarischen Haltung wurde vielen Kameraden geholfen, manchem vermutlich das Leben gerettet. Wir gingen natürlich ein großes Risiko ein. Die Mißachtung eines Befehls des Lagerleiters hätte, falls entdeckt, für alle im Revier Tätigen zumindest bedeutet, auf den Bock gespannt zu werden und 25 Schläge mit dem Ochsenziemer zu erhalten. Doch es ging gut ab.

Offensichtlich gab es keine Kontrolle über die Durchführung des Befehls. Das war eine solidarische Aktion, die ihr Ziel erreichte. Es war nicht nur eine Hilfe für die kranken Kameraden, sondern zugleich auch Widerstand gegen die Lagerleitung. Ein anderes Mal haben wir die SS-Aufseher ebenfalls überlistet. Wir erhielten jeden Monat vom Lagerarzt eine Bestellliste für Medikamente, die im Revier verwendet werden sollten. Sie war vom Lagerarzt unterschrieben worden. Nicht enthalten waren Medikamente, die der SS zu teuer schienen, die wir aber für die Behandlung dringend brauchten. Nun befand sich zwischen der letzten Position und der Unterschrift des Lagerarztes ein leerer Raum. Diesen nutzten wir, um die teuren Medikamente dazuzuschreiben. Am nächsten Morgen übergaben wir die Liste dem für das Revier zuständigen SS-Mann, der sie weiterbeförderte. Auch diese Aktion verlief erfolgreich.

John Negroponte – ein „Diplomat“ der CIA Bushs Botschafter in Irak

John Negroponte – zeitweilig als USA-Chefdelegierter bei den Vereinten Nationen zwischengeparkt – ist der wohl versierteste CIA-Spitzenmann in diplomatischer Verkleidung, den Washington bereithält. Und er ist sicher auch einer der skrupellosesten und brutalsten. Mister N. war unter Reagan das Sturmgeschütz gegen die Sandinisten Nikaraguas und die Befreiungsfront El Salvadors. Beim Ausbrüten der berüchtigten Contras war er ebenso beteiligt wie an zig anderen Infamien gegen die Völker Zentralamerikas. Dieser berüchtigte Einpeitscher imperialistischer Politik, der bis vor kurzem am New Yorker East River dafür zu sorgen hatte, daß Bushs verbrecherischer Kurs dort abgenickt oder zumindest toleriert wurde, ist jetzt als Kolonialbotschafter ins unterworfenen, aber nicht befriedete Bagdad entsandt worden. Er soll die USA-Marionetten aus der „unabhängigen irakischen Regierung“ beaufsichtigen und abrichten. Damit tritt er an die Stelle des bisherigen Statthalters Paul Bremer, den ein bekanntes Blatt mit Himmlers Reinhard Heydrich verglich.

John Negroponte wird einen Stab von 3000 zur Unterdrückung des irakischen Volkes zusammengezogenen „Botschaftsmitarbeitern“ kommandieren. Diese Konzentration von „Diplomaten“ und „Technikern“ stellt einen Rekord dar! Aber wahrscheinlich ist die Lage so brisant, daß allein der Embassy Compound zu seiner Abschirmung 1500 Sicherheitsleute

benötigt, damit der Botschafter nicht in die Luft fliegt.

Negroponte heißt soviel wie schwarze Brücke: Achtung – Exzellenz! Die Pfeiler sind angesägt und die Planken morsch. Durch den Widerstand der Iraker, die – sieht man von domestizierten Lakaien der „Koalitionsmächte“ und machtbesessenen Kollaborateuren aus den CIA- und MI6-Kisten ab – nicht so schnell aufgeben werden.

S. R.



IWF, WTO, und Weltbank – die Würgeisen des Imperialismus

Das System hat unterschiedliche Namen, die alle dem einen Zweck dienen: Profit, Macht und absolute Menschenverachtung.

Der **IWF** (Internationaler Währungsfonds) ist die 1945 gegründete Sonderorganisation der UN zur Überwachung des Weltwährungssystems, von 180 Mitgliedsländern, die an der Kasse Schlange stehen. Seine Kreditvergabe ist mit wirtschaftspolitischen Auflagen verbunden, die auf Marktöffnung und Deregulierung zielen. Eine wundervolle Aufgabe für geübte Manager, die als Wölfe im Schafspelz ihren Dienst versehen. Der künftige Bundespräsident Köhler war zuletzt der Direktor dieser gefürchteten Institution.

WTO ist ein Kürzel für die in Genf ansässige Welthandelsorganisation mit 140 Mitgliedsländern. Sie ist auf die „Liberalisierung“ des Welthandels fixiert. Aber was heißt Liberalisierung? Befreiung von allen möglichen Pflichten, die von wohl-tätigen Samaritern übernommen werden, wenn man Zugang zum Tempel des goldenen Kalbs gefunden hat.

Die **Weltbank** schließlich ist mit 180 Bedürftigen ebenfalls den Vereinten Nationen verpflichtet. Natürlich sind diese Organisationen verschwistert, verschwägert, verhandelt. Seit der Schuldenkrise vergibt die Weltbank projektgebundene Kredite und Strukturpassungskredite zu marktüblichen Zinsen mit einer Laufzeit von 15 bis 20 Jahren. Die Verführung (siehe Mephisto und Faust in Gretchens Gemach) beginnt.

Zur Weltbankgruppe gehört ferner die IDA, die Internationale Entwicklungsorganisation, auch in Washington tätig, ebenfalls mit dem Wappen der Vereinten Nationen auf den Briefbögen und für 140 Mitgliedsländer die letzte Anlaufstelle, wenn niemand mehr pumpen will. Die IDA finanziert Projekte in den ärmsten Entwicklungsländern und verspricht sagenhafte Konditionen mit vierzigjähriger Laufzeit der zinslosen Kredite und Rückzahlung in eigener Währung. Inzwischen kann zwar viel passieren, und es passiert auch viel, wie die letzten vierzig Jahre mit ihren Bankzusammenbrüchen und gesellschaftlichen und staatlichen Katastrophen beweisen.

Übrigens wird der ganze Laden, eine Art Leihhaus für Staatenlenker, die ihre geborgte oder ererbte Macht in den Wohlstandstempeln vergolden lassen können, seit Bretton Woods, 1944 Gründungsort der gerade genannten Institutionen, vor allem von der Gruppe der Sieben (resp. Acht) beherrscht. Dazu gehören neben Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada und Japan vor allem die USA. Und seit 1994 auch Rußland. Aber Rußland hat inzwischen so viele bittere amerikanische Pillen schlucken müssen und so enorme Staatsschulden angehäuft und sich so sehr einkreisen lassen, daß

es weltpolitisch kaum eine Rolle spielt und der Gruppe der Acht wohl nur als Feigenblatt dient. Den Reibach machen die anderen.

Unter der „Obhut“ der Kreditinstitute erleben wir die Entmachtung der Abhängigen und die Allianz der Reichen mit fortschreitender Globalisierung der Armut, mit profitsicherer Umweltzerstörung und sozialer Apartheid, mit Rassismus und ethnischer Zwietracht. Ein Ausverkauf der Werte, die doch eigentlich unser Leben bestimmen sollten. Große Teile der Weltbevölkerung fallen in eine wirtschaftli-

Dollar. 1998 betrug die Gesamtverschuldung eben dieser Länder 2 Billionen, 32-mal so viel wie 1970. Während die Warenpreise fielen und zu einem Rückgang der Exporterlöse führten, floß ein immer größerer Teil davon in den Schuldendienst. Daß Deutschland allein über eine ähnliche Schuldenlast verfügt und sie von seinen Bürgern tragen läßt und andererseits einzelne Milliardäre ganze Erdteile kaufen könnten, zeigt die Situation im real existierenden Kapitalismus.

Das schöne Wort Privatisierung macht auch bei uns die Runde, Privatisierung

„Klar, Kinder, ich weiß, daß Ihr hungrig seid, aber wir Burschen vom Militär müssen unsere Stärke erhalten, um Euch schützen zu können.“

**Grafik:
Ollie Harrington**



che und soziale Krise, die brutaler als die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre ist. Volkswirtschaften brechen zusammen, Arbeitslosigkeit und Elend nehmen überhand und stempeln den Menschen ab, machen ihn in einer Welt voller nützlicher Aufgaben zu einem schattenlosen Wesen, dessen Wert in Cents gemessen wird, denn immerhin haben wir es geschafft, hat es die Menschheit unter US-Ägide geschafft, daß Kriege wieder führbar sind, Demokratie ein wertloses Markenzeichen ist und die Freiheit als ein Gut erscheint, in dem sich jeder mit angewinkelten Ellenbogen seinen Platz an der Sonne erobert und den Nachbarn vom rettenden Floß stoßen kann.

Mit anderen Worten: Souveräne Länder geraten durch ihre Schulden unter die Vormundschaft internationaler Finanzorganisationen. 1970 beliefen sich diese Verbindlichkeiten in den Entwicklungsländern (Geldgeber staatliche und private Quellen) auf annähernd 62 Milliarden

und Investition. Für die WTO ist „Investition“ geradezu ein Schlüsselbegriff. Ein dehnbares Wort, das man wie ein Gummiband erweitern und mit neuen Inhalten ausfüllen kann. Das Konzern- und Bankkapital lechzt förmlich nach dem Ausverkauf staatlicher Werte. Die Welt ist eine private Welt. Sogar der Mond ist in private Parzellen aufgeteilt. Vielleicht wird man die Arbeitslosen einst in „concentration camps“ auf dem Mars unterbringen. Bis es soweit ist, möchte man jedoch alles Erreichbare dem privaten Machtbereich zuordnen, was sich zuordnen läßt, zum Beispiel die öffentlichen Versorgungseinrichtungen, Fluglinien, Telefongesellschaften und Eisenbahnen, natürlich auch das Gesundheits- und Erziehungswesen, alles, alles läßt sich unter den Hammer bringen und weiterverkaufen. Es ist die Schleimspur des Geldes, die sich durch dieses Szenarium zieht.

Gerhard Schmidt

Der „Exportweltmeister“

Die neuen Zahlen der Welthandelsorganisation (WTO) und der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) zeigen: Der deutschen Industrie, den Global Players aus der Bundesrepublik, geht es wunderbar! Das trifft sogar für den angeblich enorm gefährdeten „Standort Deutschland“ zu! Seit 1990 hat die BRD im Jahr 2003 erstmals wieder den imaginären Titel eines Exportweltmeisters errungen. Die WTO weiß es genau: 2003 wurden Waren im Wert von 748,8 Milliarden US-Dollar ausgeführt (etwa 624 Milliarden Euro nach aktuellem Kurs). Die USA erreichten trotz einer Steigerung um 4 % auf Platz zwei nur Warenexporte im Wert von 724 Milliarden Dollar.

Wichtig ist aber auch die Tendenz! So jammert DIHK-Präsident L. G. Braun, wenn nicht konsequent „reformiert“ würde (Löhne und Gehälter runter), dann ginge es scharenweise ab in die Billiglohnländer ... BDI-Chef M. Rogowski sieht vor allem den störenden Umweltschutz bei der freien Entfaltung der Unternehmerpersönlichkeiten in old Germany ... Die WTO berichtet, trotz eines expandierenden Weltmarktes (der internationale Handel nahm um 4,5 % zu) habe Deutschland Marktpositionen zurückerobert können. Sein Anteil sei um 22 % gewachsen. Er

betrage jetzt sagenhafte 10 %. Da können die Berufspessimisten aus dem Unternehmerlager sowie ihr unlängst geohrfeigter Regierungschef noch so sehr stöhnen. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Nach Inflationsberücksichtigung und Exportwert-Angabe in der Landeswährung stiegen die deutschen Ausfuhren immer noch um 4,9%, die der USA nur um 1,4%. Unter den großen Industrienationen konnte lediglich Japan bei 4,8% Ausfuhrsteigerung mithalten.

Wie vermochte also die deutsche Exportmeisterschaft so unerwartet vom Himmel zu fallen, trotz Brauns Industrie-Orakel, trotz Rogowskis Umweltbeschwerden, trotz Eurokursmaxima?

Wie kam es, daß alle, die diesen gewaltigen Warenberg schufen, plötzlich in einem abgetakelten „Sozialstaat“ leben, auf Ansprüche aus Erworbenem verzichten sollen? Die Antwort liefert die OECD: Seit 1970 (mit wenigen Ausnahmen) sind im Kohl-Schröder-Land die Lohn- und Gehaltssteigerungen niedriger als im EU-Durchschnitt ausgefallen. Genauso ist es im Vergleich mit den USA. Nur zu Beginn der 90er Jahre gab es im „geintem“ Deutschland ein paar Jahre lang höhere Zuwächse als in den Vereinigten Staaten.

Liegt das an den „bescheidenen“ und gezähmten Gewerkschaften?

Wie fühlt sich das Kapital des In- und Auslandes in diesem Exportparadies? Das weiß UNCTAD: Im Jahre 2002 stiegen ausländische Direktinvestitionen in Deutschland um 50% auf 35,635 Milliarden Euro (Platz 4 in der Welt!). Dieses Geld kam nicht in erster Linie aus den USA, sondern aus der EU, vor allem aus den Beneluxländern. Aber vielleicht ist man sich dort nicht darüber im klaren, wie es in Deutschland aussieht?

Berücksichtigt man noch, wohin das deutsche Kapital abfloß (der zuletzt erreichte Handelsbilanzüberschuß betrug rund 122 Milliarden), dann ist man überrascht, daß es sich nach Westeuropa und auf die USA orientierte. Von einer Hauptabflußrichtung Osteuropa oder ostasiatische Billiglohnparadiese kann trotz erheblicher Investitionen auch dort nicht die Rede sein.

Es fällt wirklich schwer stillzuhalten, wenn man die offiziellen Zahlen von WTO, OECD, UNCTAD usw. betrachtet und mit dem vergleicht, was die „Sparer“ und „Reformer“ so tagtäglich beim Umverteilen von unten nach oben von sich geben. Man wundert sich, daß bisher nur einem – dem arbeitslosen Lehrer Jens Ammoser – die Hand ausgerutscht ist.

Herbert Ahlgrim

Keine Selbstzivilisierung des Kapitalismus

Die Rede ist hier von Dr. Ute Kaden und Wolfgang Herrmann. Bis 1993 arbeitete die Dresdnerin als EDV-Organisatorin. Heute ist sie freiberufliche Unternehmensberaterin. Wolfgang Herrmann stammt aus Großenhain, war u. a. an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, im Parteiapparat der SED und als Regierungsberater in Nicaragua tätig und betreibt jetzt ein Ingenieurbüro in der Uckermark. Beider Engagement galt der DDR, solange es sie gab. Ihre Überzeugung: „Es war die größte historische Leistung der DDR, daß sie die Herrschaft des Kapitals aufhob.“ Jetzt, „nach der Niederlage des europäischen Sozialismus, sieht der Kapitalismus wieder so alt aus, wie er in Wahrheit ist“. Grund genug, die Lage in Deutschland etwas genauer zu beleuchten. In ihrem bei edition ost erschienenen Buch „DDR kontra Agenda 2010“ widmen sie sich dieser brennend aktuel-

len Thematik. Ihre wichtigste Erkenntnis: „Eine Selbstzivilisierung des Kapitalismus wird es nicht geben.“ Alle, die darauf hoffen, daß sich die „Zeiten wieder zum Guten wenden könnten“, sind einer Illusion erlegen. Ute Kaden und Wolfgang Herrmann sehen in der „Agenda 2010“ das entscheidende Instrument dafür, die „Stabilisierung des bestehenden Systems zu gewährleisten“. Dieses „Reformpaket“ wurde eigens dafür erschaffen, „weniger den Menschen als vielmehr der besseren Entfaltung des Kapitals“ zu dienen.

Punkt für Punkt wird unter die Lupe genommen. Zahlen und Fakten – Tatsachen also – stehen im Mittelpunkt der Analyse. Ihr Anspruch: Das Gerede von der angeblichen Unausweichlichkeit des eingeschlagenen Weges zu widerlegen. Die Autoren haben sich die Mühe gemacht, Gegenvorschläge zur „Agenda“ zu erarbeiten. So findet der Leser z. B. einen „alternativen Haushalt“, nach dem eine Summe von mindestens 740 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stünde, wenn u. a. die Rüstungsausgaben reduziert, Bürokratie abgebaut, Rentenkassen entlastet würden.

Ihre Vorschläge kommen zu einem nicht geringen Teil aus einer „anderen Welt“ – der DDR. Dabei wollen sie, wie beide Verfasser betonen, keinen „Systemvergleich“ vornehmen, sondern einfach Wirtschafts- und Sozialdaten gegenüberstellen, wie sie aus antagonistischen Gesellschaftsformationen nun einmal erwachsen. Der ele-

mentare Unterschied liegt auf der Hand: In der DDR ging es um den Menschen, in der BRD um den Profit. Aber nicht nur das wird deutlich. Die Okkupation der DDR stellt in ihrer Dimension und Skrupellosigkeit einen geradezu beispiellosen Vorgang staatlich gelenkter krimineller Energie dar. Die Zahlen bezüglich des vereinnahmten DDR-Vermögens sprechen für sich: Grund und Boden – 511 Milliarden Euro, Produktivvermögen – 230 Milliarden Euro, Immobilien, Land- und Forstwirtschaft – 10 Milliarden Euro. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Trotzdem wird heute von „Sparzwang“, Schuldenlöchern, gar von Armut gesprochen. Im Osten Deutschlands schlägt diese besonders kraß zu Buche: Vernichtung von mehr als 3 Millionen Arbeitsplätzen in nur fünf Jahren, Liquidierung von gut 30 % der Industriebetriebe, Reduzierung des Wissenschaftspotentials um mindestens 60 % ... Aber ist das nun das Resultat des „Freiheitskampfes der ostdeutschen Bevölkerung“ oder das Ergebnis eines konterrevolutionären Prozesses? Diese und andere Fragen ließen sich vortrefflich anhand des Buches, das sich – wie im Titel erwähnt – als „Streitschrift für Alternativen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ versteht, diskutieren.

Bruni Steiniger

Ute Kaden, Wolfgang Herrmann. DDR kontra Agenda 2010. edition ost, Berlin 2004, 126 Seiten, 9,90 Euro, ISBN 3-360-01053-1

In unserem Beitrag „Konferenz der Heuchler“ (RF 77) mußte es natürlich heißen:

Das Gedenken an die ermordeten und verfolgten Juden stand **n i c h t** im Mittelpunkt.

Die Redaktion

Was es mit den angeblichen „Schuldenmachern“ aus dem Osten auf sich hat

Ein übler Trick

Bis vor kurzer Zeit war regierungsoffiziell kaum noch etwas über den Osten Deutschlands zu sehen, zu lesen oder zu hören. Erst die Veröffentlichung der sogenannten Dohnanyi-Studie hat die Schar der Talker und der Leitartikler, natürlich aber auch die Wirtschaftsweisen und selbsternannten Ostexperten auf den Plan gerufen. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit wurde durch Verweise auf die Höhe der West-Ost-Transfers und des Versickerns der Gelder in den unergründlichen Tiefen des Ostens aufgeschreckt. Bekannte Sprüche vom Faß ohne Boden und vom Mühlstein für den Standort Deutschland werden neu geklopft. Ein Teilstück dieser „Diskussionen“ mit so fatalen Schlußfolgerungen wie der angeblich notwendigen Schaffung einer Sonderwirtschaftszone, also eines arbeits-, tarif- und vergaberechtlichen Freiraums, ist der Vorhalt, der Osten habe enorme Schulden in die „Einheit Deutschlands“ eingebracht und den bestehenden Schuldenberg ständig vergrößert. Damit diese Behauptung als Wahrheit empfunden wird und sich die „Schuldenmacher“ auch schuldig fühlen, sind einige Tatsachen aus dem öffentlichen Bewußtsein zu tilgen. An dieser Stelle soll nicht aufgerechnet werden, daß die Einwohner der alten Bundesländer bekanntlich viel höhere öffentliche Schulden in die Einheit einbrachten, als es die Ostdeutschen je vermocht hätten. Auch das öffentliche Vermögen der Ostdeutschen pro Kopf der Bevölkerung soll hier nicht gegengerechnet werden.

Zum Aufbau der Legende von den „Schuldenmachern“ im Osten ist der Trick mit den Altschulden ausschlaggebend. Dabei geht es um jene angeblichen Schulden, die aus staatlichen Finanzzuweisungen an Betriebe, Kommunen und Genossenschaften der DDR konstruiert wurden. Um diesen Trick zu durchschauen, muß man der Frage nachgehen, was sich im sozialistischen deutschen Staat hinter dem Begriff Kredit verbarg. Als Antwort erhält man, daß es sich um eine Zuweisung aus dem Staatshaushalt, zumeist über die Staatsbank, handelte, um Investitionen tätigen zu können. Denn die Unternehmen mußten ja ihre Gewinne an den Staatshaushalt abführen. Die Höhe der Zuweisungen wurde durch den zentralen Plan bilanziert. Eigenständige Kreditverhältnisse gab es im wesentlichen nicht. Zugleich übernahm die Staatsbank die Kontrolle über die zugewiesenen Mittel.

Die oben aufgeworfene Frage ist also nur dahin gehend zu beantworten, daß in der Planwirtschaft weder Betriebe noch Kommunen Schulden im marktwirtschaftlichen Sinne machen konnten. Das wird bis heute ignoriert. Mit dem Verkauf der DDR-Banken durch die Treuhand wurden auch die sogenannten Altschulden an die westdeutschen Käuferbanken veräußert. Der Clou dabei ist, daß diese

zu unverhältnismäßig niedrigen Preisen abgegeben wurden. So „kaufte“ die West LB Altschulden in Höhe von 7 Mrd. DM für 430 Mio. DM. Die Bank für Gemeinwirtschaft „erwarb“ 6,5 Mrd. DM Altschuldenforderungen für 225 Mio. DM. Diese Aufzählung könnte fortgeführt werden. Insgesamt wurden zu einem Kaufpreis von 824 Mio. DM Altschuldenforderungen in Höhe von 44,5 Mrd. DM auf die westdeutschen Käuferbanken übertragen. Damit waren mit einem Schlag die ehemaligen VEBs mit rund 105 Mrd. DM und die Wohnungsgesellschaften mit ca. 50 Mrd. DM „verschuldet“. Doch damit nicht genug. Diese „Schulden“ mußten auch richtig drücken. Deshalb manipulierte man an den Zinsen. Dazu wurde 1991 das sogenannte Zinsanpassungsgesetz beschlossen. Dadurch vervielfachten sich die sehr niedrigen DDR-Zinssätze mit eher symbolischem Charakter. Man beging einen weiteren Rechtsbruch, denn auch in der Marktwirtschaft kann ein laufender Kreditvertrag nur einvernehmlich geändert werden.

Das bisher dargestellte Vorgehen fernab rechtlich gesicherter Geldwirtschaft und die damit verbundene Vernichtung des produktiven und wissenschaftlichen Potentials führte zu einem imaginären Schuldenberg, der regierungsamtlich mit ca. 210 Mrd. Euro beziffert wird. Vor diesem Hintergrund werden die so besorgt und weise klingenden Fragen aufgeworfen: Kann man diesen „Schuldenmachern“ immer noch mehr Geld zur Verfügung stellen? Sollte man nicht vielmehr zu besonderen Regelungen, sprich einer deregulierten Sonderwirtschaftszone, kommen? Es ist mehr als eine Vermutung, daß die „neuen Bundesländer“ der gesamtdeutschen Öffentlichkeit als Experimentierfeld vermittelt werden sollen. Dabei wird in den Debatten völlig ignoriert, daß sie zu einem großen Teil seit langem eine tariffreie Zone sind, in der auch das Arbeitsrecht vielfach gesondert geregelt wird. Den Menschen jedenfalls haben diese Maßnahmen bisher nicht geholfen. Aber darum geht es ja wohl auch nicht.

Dr. Ingo Kurtz

*Wieder gehen die herzlichsten Grüße
der Redaktion und des
Vereinsvorstandes an unsere Jubilare*

Elsa Bär aus Berlin
begeht am **15. Juli** ihren
85. Geburtstag.

**Auch die Gruppe der 75jährigen
erhält Verstärkung.**

Lothar Alkenbrecher
aus Burgwenden (**18. Juli**),

Lotte Klein
aus Berlin (**19. Juli**) und

Prof. Dr. Karl-Heinz Bintig
(**20. Juli**) aus Weißenborn/Berthelsdorf
stoßen zu ihr.

**Vier 70. Geburtstage gilt es zu feiern.
Unsere Glückwünsche gelten**

Arno Reinhold
(**6. Juli**) aus Schwerin,

Wolfgang Stuchly
(**9. Juli**) aus Berlin,
dem Opfer des Neofaschismus

Klaus Baltruschat
(**27. Juli**) aus Berlin und

Prof. Dr. Thomas Metscher
(**30. Juli**) aus Grafenau.

65 Jahre alt werden

Sieghard Kosel
(**3. Juli**) aus Guttau und

Hermann Baden
(**6. Juli**) aus Kassel.

In diesem Ensemble spielt

Katja Holst aus Berlin
die Juniorenrolle.
Sie wird am 21. Juli erst 50.



**Wir fühlen uns mit Euch verbunden,
liebe Genossinnen und Genossen.**

Wie sich „Bekehrung“ und Inquisition in der Sprache niederschlugen

Findlinge

Jeder kennt die unterschiedlich großen, zum Teil mächtigen Steinkolosse, die uns die letzte Eiszeit hinterlassen hat. Die urgeschichtlichen Gletscher haben sie bei ihrem Vordringen nach dem Süden vor sich hergeschoben und mit der Zeit rund und glatt geschliffen. Nur dem Kenner sagen sie etwas über ihre Herkunft. Von vielen werden sie einfach als sogenannte Findlinge bestaunt und gegebenenfalls auf Grünanlagen zur Schau gestellt. Etwas Ähnliches kommt auch in unserer Sprache vor. Zwischen unsere Sätze und Redeweisen, in Gespräche und Aufsätze schleichen sich manchmal auch solche „Findlinge“ ein, Wort- oder Redeformen, denen man das lange Geschiebe einer dunklen Geschichte nicht mehr anhört, aber denen man gleichwohl einmal nachspüren sollte. Ich kam neulich darauf, als ich in einem Artikel las, daß da jemandem

gegenwärtig so mächtig ins Zeug legen, um in der geplanten EU-Verfassung einen „Gottesbezug“ zu implantieren, oder wenn eine „christlich-demokratische“ Regierungsmehrheit in Sachsen im neuen Schulgesetz allen Unterricht künftig auf die „christliche Tradition“ gründen will, dann handelt es sich um eine nach praktisch-politischen Gesichtspunkten vorgenommene Selektion des religiösen Erbes Europas. Jedenfalls müssen wir ihre Verfechter deutlich fragen, ob sie darunter auch die menschenverachtenden, autoritären, frauenunterdrückenden, lustfeindlichen, antisemitischen und das freie Denken knebelnden Strukturen verstehen, die das abendländische Christentum zu verantworten hat. Um es gleich konkret zu machen: Soll dann künftig nicht mehr nur dem gesprochenen Wort (oder der durch ihn verpaßten Note)

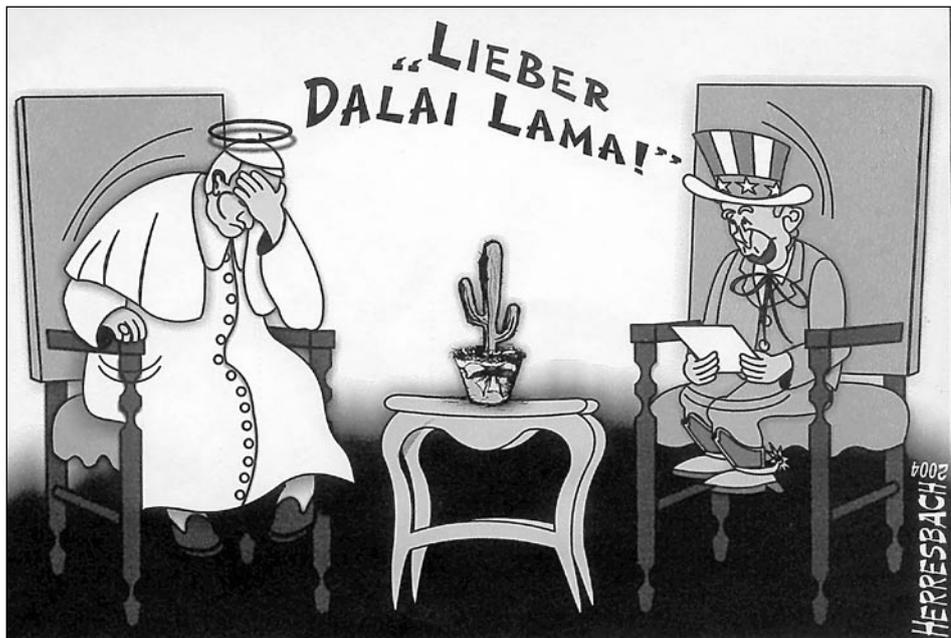
libal gebärdenden Fundamentalismus (zu dessen Anhängern der gegenwärtige, gerichtlich ernannte Präsident der USA zählt) und sekundiert durch die restriktiven und unterdrückerischen Kundgebungen und klerikalen Anweisungen des gegenwärtigen Papstes. Autoritätsgläubigkeit, Gehorsam und Denkverbote auf der Grundlage einer unkritischen und scholastischen Bibelauslegung sollen die moralischen Eckpunkte einer „atlantischen Wertegemeinschaft“ bilden, die im Moment gerade gegen den islamischen Fundamentalismus (einschließlich weiterer später zu benennender Ismen, vielleicht eines „chinesischen Asiatismus“?) in Stellung gebracht wird. Dabei wird nur im Großmaßstab jene Dummheit neu aufgelegt, von der sich bereits der arme Mann aus Nazareth abgrenzte, als die Pharisäer über sein Tun sagten: „Er treibt die bösen Geister nicht anders aus als durch Beelzebub, ihren obersten.“ (Mt 12,24) Wer islamischen mit christlichem Fundamentalismus überwinden will, führt die Menschheit nämlich nur vom Regen in die Traufe.

Um nach diesen grundsätzlichen Erörterungen noch einmal auf die verballhornte Redewendung zurückzukommen und gleich noch einige weitere Findlinge herbeizurufen:

* Wem „etwas auf den Nägeln brannte“, dem hatten die Folterknechte der Inquisition ihre glühenden Zangen aufgedrückt.
* Wer heute jemanden „auf die Folter spannt“, weil er mit einer unbekanntes Nachricht noch nicht herausrücken will, ist natürlich nicht mit jenem Vollstrecker einer peinlichen Befragung vor 600 Jahren zu vergleichen.

* Aber daß eine heutige Befragung in einem Abgeordnetenausschuß durchaus „hochnotpeinlich“ sein kann, können wir als Betrachter manchmal miterleben, wenn auch die „Pein“ heute eher eine seelische als eine körperliche ist. Manchmal ist die Pein auch mehr auf der Seite des ohnmächtigen Zuschauers, der miterleben darf, wie sich Diätenhaie und Träger „schwarzer Koffer“ aus der Verantwortung ungestraft davontreten dürfen.

* Immer mehr Menschen „müssen dran glauben“ in einer Gesellschaft, die vom Drang nach immer mehr Profit geprägt ist. Aber sind wir uns auch dessen bewußt, daß das mit dieser Wendung umschriebene Sterben-Müssen sprachlich verbunden ist mit dem Zwang, ein bestimmtes religiöses Bekenntnis anzunehmen? Es ist ganz sicher eine späte Reminiszenz an die massenhaften Zwangstaufen von „heidnischen“ Germanen und Slawen durch die inzwischen „christlichen“ fränkischen Herrscher. Wer nämlich nicht „freiwillig“ „dran glaubte“, der mußte kurzerhand „dran glauben“.



„etwas unter den Nägeln brennt“. Nachdem ich zuerst wegen des Vertauschens von auf und unter nur zusammengezuckt war, machte ich mir im weiteren Nachdenken klar, daß es sich bei dieser Wendung um einen solchen sprachlichen Findling handelt, dessen Abkunft beim Sprechen nicht mit überliefert wird oder dessen Sitz im Leben früherer Zeiten mit den Jahrhunderten einfach in Vergessenheit gerät. Dann entstehen solche „Verballhornungen“. Dabei können uns diese Wendungen eine Menge über unsere Sozial- und Geistesgeschichte verraten! Denn die Prägung der europäischen Geschichte durch Christentum und Kirche, wie sie gern von den C-Parteien als Goldfolie für ihre positive Selbstdarstellung reklamiert wird, hat eben auch Ablagerungen ihrer furchtbaren Negativbilanz hinterlassen, die von denselben gern kleingeredet wird. Wenn sich die Kapitaleigner und ihre christlich angestrichenen Galionsfiguren

des Lehrers gefolgt werden, sondern darf dann vielleicht auch einmal durch körperliche Berührung nachgeholfen werden? Nachzfragen ist nicht nur erlaubt, sondern dringend geboten, hörte man doch neulich von einem Juristen aus einem der westlichen Bundesländer, der laut darüber nachdachte, ob vielleicht künftig wieder ein bißchen gefoltert werden sollte, wenn es der Wahrheitsfindung dient. Diese und ähnliche Gedankengänge sind – egal, ob sich der einzelne dessen immer bewußt ist oder nicht – gerichtet auf die Wiedereinführung des Mittelalters durch die Hintertür. Schon seit Jahrzehnten gibt es den Aufbau einer ideologischen Frontlinie, die die Errungenschaften der Aufklärung verlassen und den weiteren Verlauf der Geschichte durch einen vor-aufklärerischen Normenkanon umsteuern möchte. Er wurde mitverursacht durch den Zulauf konservativer protestantischer Sekten in Nordamerika und einen sich evange-

Marxisten und Wahlen

Ein „Superwahljahr“ sei dieses 2004, erfährt man immer wieder aus den Medien. Ist diese Häufung der theatralischen Veranstaltungen für Kommunisten und Sozialisten ohne Bedeutung?

Dies soll kein Abriß jener Mittel und Methoden werden, mit denen das Kapital versucht, Kommunisten und andere konsequent antiimperialistische Kräfte aus seinen „Schwatzbuden“ herauszuhalten. Die Bevölkerung der „demokratischen Staaten“, so formulierte z. B. Willy Brandt die Linie der SPD, müsse „gegen den roten Bazillus immunisiert werden“: Kommunismus als Krankheit, daher Zwangsimpfung durch psychologischen Krieg. In kaum einem europäischen Land wurde das so konsequent getan wie in der BRD, wobei die 5-%-Sperrklausel eher als Absicherung für alle Fälle dient. Nach dem Verbot der KPD 1956, das deren Demimierung zum Ziel hatte, gelangte kein kommunistischer Kandidat mehr in ein Landes- oder das Bundesparlament des Westens. Ist das nun wirklich „Gradmesser“ für den Einfluß? Und wie verhält sich der Arbeitsaufwand für Wahlen, das Gefangensein in Wahlkampfstrategik und -ritual zu den Resultaten? Beispiele aus jüngster Zeit:

Am 29. Februar wurde in Hamburg eine neue Bürgerschaft gewählt. Gleichzeitig stand ein Volksbegehren gegen den Verkauf der landeseigenen Krankenhäuser zur Abstimmung, das noch von der SPD eingeleitet worden war – wovon sie im Wahlkampf nichts mehr wissen wollte. Über 75 % der Wähler stimmten dem Antiprivatisierungsantrag zu, aber die Parteien der Rechten von CDU (47,5 %) über FDP bis zu den Resten der Schilltruppe erhielten über 55 % der Stimmen! Die Linke „Regenbogen“-Liste kam auf 1,1 % – aber es war die Linke der Stadt, der hartnäckige Widerstand der Bauwagenbewohner, die breite Solidarität mit ihnen bis in Gewerkschaftskreise und die „Dauerdemos“, die maßgeblich zu Schills Ruin und dem Platzen des Rechts-Senats beitrugen.

In Spanien brachten weder die Massenproteste gegen Aznars Kriegspolitik noch der Generalstreik 2002 und auch nicht die unsäglichen und schamlosen Schlamperereien nach der Havarie des Tankers „Prestige“ das faschistoide Kabinett ins Wanken. Im Gegenteil, bei einigen Regionalwahlen konnte sich Aznars PP behaupten. Erst als sie versuchte, die Terrorakte vom 11. März der ETA anzuhängen und für die anstehende Parlamentswahl auszuschlachten, reichte es einer breiten Mehrheit des Volkes; mit einer Wut wie am Vorabend eines Aufstandes wählte sie Aznar und seine Minister aus den Sesseln. Und während die katalanischen Linksnationalisten wegen ihrer konsequenten Politik kräftig zulegten, wurde die „Vereinigte Linke“ – zu der auch die KP Spaniens gehört – aufgrund ihrer Anpassung an die Sozialdemokratie „halbiert“. Daß Letztere die Wahl klar gewann, hat einen Hauptgrund im Versprechen des

neuen Regierungschefs Zapatero, die spanischen Truppen aus Irak abzuziehen – was dem „No a la guerra“ der Millionen entgegenkam.

So hat sich die breite Antikriegsstimmung im Wahlergebnis ausgedrückt. Und auch wenn die übergroße Mehrheit Sozialdemokraten wählte, ist darin der Zusammenhang erkennbar zwischen einer Massenbewegung und ihrer Widerspiegelung in einem bürgerlichen Parlament. Ohne diese lebendige Dialektik zu begreifen, endet die Beteiligung proletarischer Parteien am „Wahlzirkus“ zwangsläufig im „parlamentarischen Kretinismus“, im Sumpf des Opportunismus. Für die großen und starken Parteien der Arbeiterklasse war das immer eine Selbstverständlichkeit. Ihre herausragendsten Vertreter, Führer wie Maurice Thorez, Palmiro Togliatti und Ernst Thälmann, waren ständig in den Kämpfen der Massen präsent. Unvergessen bleibt auch, wie Clara Zetkin, Ernst Schneller und andere deutsche Kommunisten das Rednerpult des Reichstags nutzten, um die herrschende Klasse und deren Politik, um Faschismus und Krieg anzuprangern. Und ist es nicht heute Ausdruck der tiefen Volksverankerung der KP Griechenlands, daß sie jetzt mit 12 Sitzen im Parlament vertreten ist? Dabei übersteigt ihr Einfluß in den Massenbewegungen bei weitem die 5,9 % Wählerstimmen, die sie erhalten hat. Daß die Kommunisten bei den Wahlen vom 3. April zulezten und bei den Europa-Wahlen am 13. Juni sogar 9,46 % bekamen (drei Mandate) beweist, wie wirksam konsequente antiimperialistische Opposition ist. Dies insbesondere im Vergleich mit dem permanenten Absinken des Wähleranteils derjenigen Parteien, die – wie Frankreichs FCF und Spaniens PCE – in Opportunismus und Reformismus abgeglitten sind.

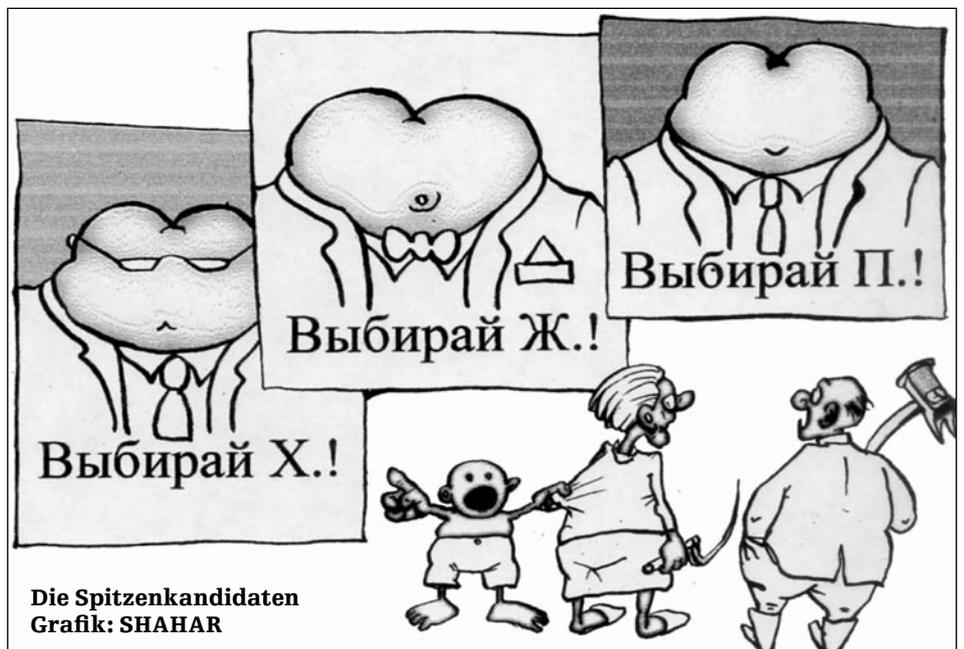
Nichts zu tun mit einem solchen Verständnis des Wechselverhältnisses von Massenkampf und Wahlbeteiligung hat ein

Denken, das nur auf den Stimmenanteil und die Erringung von Parlamentssitzen fixiert ist. Denn dabei erstarrt der Satz vom „Gradmesser des Einflusses“ zum Dogma und dient bloß der Rechtfertigung eines oft wenig sinnvollen Kräfteeinsatzes: Am Ende dessen wird selbst ein Verlust von Stimmen zum Erfolg umgedeutet ...

Erinnert sei hier an die Brandenburgische PDS, die sich angesichts niedriger Wahlbeteiligung zwar relativ hielt, aber absolut einbrach und viele Wähler verlor. Wir müssen uns über eins im klaren sein: Die bürgerliche Demokratie ist die für den Kapitalismus günstigste Herrschaftsform des Kapitalismus. Sie verhüllt am geschicktesten das auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln begründete Ausbeutungsverhältnis. Zu dem aber gehört auch der Besitz aller wesentlichen Medien und damit die Macht über „Hirne und Herzen“. Eine Partei des Proletariats kann dem nicht mit gleichen Waffen entgegentreten. Gewinnt sie dennoch in einer zugespitzten Klassenkampfsituation bedeutenden Einfluß, dann wirft die Bourgeoisie den Parlamentarismus sofort auf den Müll – wie 1933 in diesem Land. Oder 1939/40 in Frankreich, wo das Kapital und seine Parteien die mächtige PCF der Volksfrontjahre auch um den Preis der Kollaboration mit den Nazis bekämpften und illegalisierten: Es war ein Sozialdemokrat, der dort als Polizeiminister das Dekret über die Todesstrafe für verbotene „kommunistische Propaganda“ unterzeichnete ...

Das alles sind Faktoren, die wir bei der Bestimmung unseres Verhältnisses zu bürgerlichen Wahlen bedenken müssen. Eine wirklich revolutionäre Partei entwickelt sich nicht in erster Linie über Parlamentsdebatten und Diskussionsveranstaltungen zu einem Kampfforgan, sondern vor allem durch täglichen Einsatz, das Beispiel ihrer Genossen und zähe Kleinarbeit in den Betrieben, auf den Straßen, in den Wohngebieten.

Werner Hoppe



Die Spitzenkandidaten
Grafik: SHAHAR

Die Zweifel des Dr. Singh

Im RF 75 (April 2004) äußerte sich Hans Rehfeldt zu dem Thema „Wie die DDR das Menschenrecht auf Wohnen verwirklichte“. Im RF 76 kritisierte daraufhin Herbert Thomas aus Berlin, daß in den Ausführungen des Autors die in der DDR noch bestehende Wohnungsnot nicht angesprochen worden sei. Er schrieb: „Der Bedarf an Wohnungen blieb größer als das Angebot. (...) Solche Dinge müssen der Realität entsprechend dargestellt werden. Wir sollten jeden Anflug von Schönfärberei vermeiden.“

Tatsache ist, daß in der DDR jeder eine Wohnung (Unterkunft) hatte, wenn auch nicht immer entsprechend den persönlichen Bedürfnissen.

Ich möchte dieses Problem aus einer etwas anderen Sicht beleuchten. 1978 wurde ich im Rahmen eines Kulturabkommens zwischen der DDR und Indien, auf Anforderung Delhis, vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR zur Universität Ludhiana im Staat Punjab geschickt. Mein Auftrag war es zu erkunden, was unter der durch die Universität erbetenen Entsendung eines „Spezialisten für Bodenuntersuchung“ zu verstehen sei. Ging es um Baugrund, Wasserhaltigkeit, Nährstoffbilanz, Bergbau, Struktur oder anderes? Erst wenn das geklärt war, sollten entsprechende Fachleute in Marsch gesetzt werden.

Als Alleinreisender hatte ich viele Kontaktmöglichkeiten mit einfachen Bürgern der Stadt Ludhiana sowie Wissenschaftlern. Während eines Rundgangs durch die Universität mit Dr. Singh, der in Kanada studiert hatte und viel gereist war, entwickelte sich folgender Dialog:

Er: „Sagen Sie bitte, warum darf in der DDR nicht jeder soviel Wohnraum nutzen, wie er möchte?“

Ich: „Wie kommen Sie auf diese Frage? Ich verstehe den Sinn nicht.“

Er: „Auf meinen Reisen habe ich oft Leute getroffen, die aus der DDR geflüchtet waren, weil sie auf Anordnung des Staates in ihr Haus oder in ihre Wohnung fremde Menschen mit aufnehmen mußten. Das ist doch ein unmenschlicher Zwang. Da Sie der erste DDR-Bürger sind, den ich treffe und der wieder in sein Land zurückfahren will, möchte ich Ihre Meinung zu diesem Problem hören.“

Ich: „In der DDR gibt es trotz großer Anstrengungen seit dem 2. Weltkrieg noch nicht genügend Wohnraum, um jedem Bürger eine seinen Wünschen entsprechende Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Deshalb besteht eine staatliche Bewirtschaftung. Wer mehr Wohnraum besitzt, als ihm nach einer Kennziffer zusteht, wird aufgefordert, anderen Menschen Räume abzugeben. Dabei werden natürlich die örtlichen Bedingungen berücksichtigt. Keiner muß mit Fremden sein Schlafzimmer teilen. Sie werden in der DDR niemanden finden, der wie hier bei Ihnen in Parkanlagen oder auf dem Bahnhof schläft.“

Jeder hat zumindest ein Dach über dem Kopf, wenn es auch oft eng ist.“

Er: „Unter diesem Aspekt betrachtet, sieht die Sache schon ganz anders aus. Natürlich ist es für diejenigen, die sich einzuschränken haben, ärgerlich. Andererseits haben die Menschen den Vorteil, daß sie nicht auf der Straße schlafen müssen. Ein richtiges Bild von den Dingen erhält man nur, wenn man sie von mehreren Seiten betrachtet.“

Ich: „Damit haben Sie vollkommen recht. Trotzdem ist es oft entscheidend, unter welchen Prämissen man an ein Problem herangeht. Jedem gerecht zu werden ist eine Kunst, die niemand beherrscht. Gerade in dieser Frage sollten jedoch humane Gesichtspunkte eine größere Rollen spielen als monetäre.“

Er: „Aber ohne Geld kann man nicht leben. Alles muß bezahlt werden – die Schule der Kinder, der Arzt, die Wohnung und vieles mehr.“

Ich: „Das trifft auf Indien zu. In der DDR sind Schule und medizinische Betreuung kostenlos, Mieten und Tarife sehr niedrig. Mich interessiert in diesem Zusammenhang Ihre Meinung zu folgender Hypothese: Man erläßt Ihnen die Kosten für die medizinische Betreuung Ihrer Familie sowie für die Ausbildung Ihrer Kinder und garantiert Ihnen den

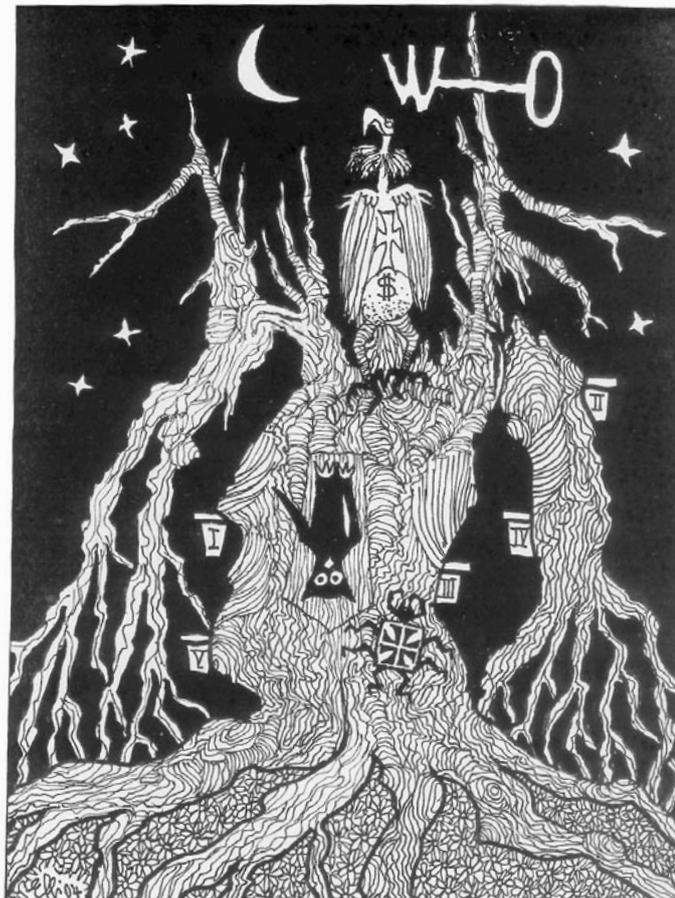
Arbeitsplatz. Auf welchen Anteil Ihres Einkommens würden Sie dafür verzichten?“

Er: „Ad hoc würde ich sagen: auf 50 Prozent.“

Ein solcher Dialog fand vor ca. 25 Jahren statt. Nach meinen letzten Informationen hat sich in Indien seit dieser Zeit in bezug auf das Wohnungsproblem und die soziale Sicherheit nichts geändert.

Für uns ehemalige DDR-Bürger stellt sich heute die Situation auch in dieser Hinsicht entschieden anders dar als vor einem Vierteljahrhundert. Es gibt im Osten der BRD nicht nur genügend Wohnraum, sondern ganze Wohnblöcke werden wegen Leerstands bzw. geringer Mieterträge abgerissen. Trotzdem leben Tausende auf der Straße. Ganz überwiegend sind sie arbeitslos, und es fehlt ihnen das Geld, um die Miete für eine Wohnung zu bezahlen. In der Bundesrepublik Deutschland kennt man kein einklagbares Recht auf eine Wohnung, wie das in der DDR der Fall war. Einen „Anflug von Schönfärberei“ zu kritisieren, weil in dem Beitrag Hans Rehfeldts nicht auf den noch vorhandenen Wohnungsmangel und die Bewirtschaftung in der DDR eingegangen wurde, halte ich für etwas übertrieben. Das Wichtigste ist doch, daß trotz teilweiser Wohnungsknappheit niemand obdachlos war. Das ist eine nicht wegzudiskutierende Leistung der DDR.

Dr. Manfred Graichen



HARTZ-WUNDERLAND

D

Gerlind Jäkel, in der DDR als „Held der Arbeit“ ausgezeichnet:

Fragen einer Frau vom Jahrgang 38

Rund 9000 Wohnungen sind in Brandenburg bis Ende 2003 abgerissen worden, 3000 mehr als noch im November geschätzt. Bis Ende dieses Jahres sollen 15000 Wohnungen vom Markt genommen werden. Für den Stadumbauprozeß stehen 2004 rund 70 Millionen Euro bereit. Spitzenreiter beim Abriß ist Schwedt. Dort wurden bisher 2550 Wohnungen entsorgt. Bis 2009 stehen für den Rückbau von Wohnungen 173 Millionen Euro zur Verfügung, meldete die Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ) am 10. Februar. Nach der Lektüre dieser Nachricht schrieb ich spontan die folgenden Fragen auf:

- Wer hat sie noch in Erinnerung – die Bombennächte in Hamburg, Dresden, Berlin ...?
- Gibt es friedliebende Menschen, bei denen Bilder der Ruinenfelder aus dem 2. Weltkrieg nicht Verzweiflung, Entsetzen und Wut hervorrufen?
- Wie viele Menschen in Deutschland vegetierten nach den Kriegsgreueln jahrelang zusammengepfercht in höhlenartigen Behausungen?
- Was empfanden Frauen, Kinder, Männer, als sie endlich in menschenwürdige, zunehmend besser ausgestattete Wohnungen einziehen konnten?
- Hängt das Glück der Menschen in erster Linie davon ab, ob ihre Wohnung aus Lehmziegeln, Holzbalken, Mauersteinen oder Betonplatten gefertigt wurde?

- Ist Zement ein Baustoff aus hochbasischen Verbindungen von Kalk mit Kieselsäure und Tonerde oder eine Sache mit Ideologie?
- Wer maß sich das Recht an zu entscheiden, welche DDR-Bauten „zurückgebaut“ werden?
- Wer verdient an deren Beseitigung?
- Geht von der DDR auch heute noch eine so große Wirkung aus, daß man unbedingt alle sichtbaren Erinnerungen an sie tilgen muß?
- Drängen sich Vergleiche auf zwischen Kriegeruinen und von der Abrißbirne ohne jede Kriegsnot zerstörten Häusern?
- Worin liegt der „Charme“ der Hinterhof-Zigarrenkisten in deutschen Großstädten?
- Wie viele Obdachlose gibt es heute in Deutschland, besonders im Osten?
- Wieviele Obdachlose gab es in der DDR?
- Wie viele der 410000 Wohnungslosen im Jahr 2003 in der BRD würden gern freiwillig eine der zentralbeheizten, warmwasserversorgten Neubauwohnungen zu DDR-Mietbedingungen bezogen haben?
- Wie hoch waren DDR-Bürger, die in Neubauwohnungen lebten, verschuldet?
- Wie hoch ist die Schuldenlast der Häuslebauer in den „neuen Bundesländern“?
- Gibt es Beweise dafür, daß DDR-Plattenbauten instabil waren und einfielen?

- Was ist demokratischer – ein Mietpreis von weniger als 10 % des Familieneinkommens oder einer, der fast die Hälfte der Einkünfte „auffrißt“?
- Welchen Nutzen haben die Mieter davon, wenn – wie in der BRD – die Mieten alle drei Jahre ohne Gegenleistung um bis zu 20 % erhöht werden dürfen?
- Wer/was trägt die Schuld daran, daß besonders junge Menschen zu Hunderttausenden gen Westen ziehen?
- Wer berechtigt wen zum „Vom-Markt-Nehmen“ der Neubauten im Osten Deutschlands?
- Haben die über 50 000 Bauschaffenden in Berlin bei der Errichtung der neuen Häuser in der Luisen- oder Leipziger Straße schlampiger gearbeitet als bei der Wiederherstellung der Staatsoper, des Doms oder des Schauspielhauses?
- Wie viele Wohn- und Geschäftsbauten, die nach 1990 im Osten errichtet wurden, stehen leer?
- Wie erstrebenswert ist das Ziel, die ostdeutsche Landschaft nach dem Vorbild des Westens zu zersiedeln?
- Haben die Bauleute/Architekten beim Abriß „ihrer“ DDR-Bauten die gleichen Gefühle wie die Schriftsteller, deren Bücher am 10. Mai 1933 verbrannt wurden oder wie die Autoren, deren Werke ab 1990 auf Müllhalden landeten?

Engels über drei Arten von Sozialisten

Friedrich Engels teilt in seiner im Herbst 1847 verfaßten Schrift „Grundsätze des Kommunismus“ unter Frage 24 („Wie unterscheiden sich die Kommunisten von den Sozialisten?) die Sozialisten in drei Klassen ein. Die erste nennt er die „reaktionären Sozialisten“, weil sie der durch den Kapitalismus zerstörten Feudalordnung nachtrauern und diese wiederherstellen möchten. Er fährt dann fort:

„Die zweite Klasse besteht aus Anhängern der jetzigen Gesellschaft, welchen die aus dieser notwendig hervorgehenden Übel Befürchtungen für den Bestand dieser Gesellschaft erweckt haben. Sie streben also danach, die jetzige Gesellschaft beizubehalten, aber die mit ihr verbundenen Übel zu beseitigen. Zu diesem Zwecke schlagen die einen bloße Wohltätigkeitsmaßregeln vor, die anderen großartige Reformsysteme, welche unter dem Vorwand, die jetzige Gesellschaft zu reorganisieren, die Grundlagen der jetzigen Gesellschaft und damit die jetzige Gesellschaft beibehalten wollen. Diese *Bourgeoisozialisten* werden ebenfalls von den Kommunisten fortwährend bekämpft werden müssen, denn sie arbeiten für die Feinde der Kommunisten und verteidigen die Gesellschaft,

welche die Kommunisten gerade stürzen wollen.

Die dritte Klasse endlich besteht aus demokratischen Sozialisten, welche auf demselben Wege wie die Kommunisten einen Teil der in Frage 18 angegebenen Maßregeln wollen, aber nicht als Übergangsmittel zum Kommunismus, sondern als Maßregeln, welche hinreichend sind, um das Elend aufzuheben und die Übel der jetzigen Gesellschaft verschwinden zu machen. Diese *demokratischen Sozialisten* sind entweder Proletarier, die über die Bedingungen der Befreiung ihrer Klasse noch nicht hinreichend aufgeklärt sind, oder sie sind Repräsentanten der Kleinbürger, einer Klasse, welche bis zur Erringung der Demokratie und der aus ihr hervorgehenden sozialistischen Maßregeln in vieler Beziehung dasselbe Interesse haben wie die Proletarier. Die Kommunisten werden deshalb in den Momenten der Handlung sich mit diesen demokratischen Sozialisten zu verständigen und überhaupt mit ihnen für den Augenblick möglichst gemeinsame

Politik zu befolgen haben, sofern diese Sozialisten nicht in den Dienst der herrschenden Bourgeoisie treten und die Kommunisten angreifen. Daß diese gemeinsame Handlungsweise die Diskussion der Differenzen mit ihnen nicht ausschließt, ist klar.“ (MEW, Band 4, S. 378/379)

Gefunden von Richard Georg Richter



„All they think about is money!“
 „Alles, woran sie denken, ist Geld.“

Willi Bleicher – ein unvergessener deutscher Gewerkschaftsführer

Wie muß eine neue Generation der Gewerkschaftsbewegung beschaffen sein, die keinerlei Zwischenphasen der Kapitulation und der Anpassung an die jeweiligen Machtverhältnisse kennt? Diese Frage drängt sich auf angesichts der Rolle, die die Gewerkschaften als Bollwerk gegen die Barbarei des Kapitalismus gerade jetzt zu spielen hätten. Einer, der schon zu Lebzeiten als Vorbild galt, dessen Name unter jungen Arbeitern fast ein Mythos gewesen ist, war der Kommunist und Antifaschist, der Metaller Willi Bleicher. Bruno Apitz hat ihm in seinem Roman „Nackt unter Wölfen“ ein Denkmal gesetzt. Willi Bleicher war der Kapo der Effektenkammer im KZ Buchenwald, der Retter des polnischen Kindes Juschu (Stefan Jerzy Zweig). Gemeinsam mit dem Kommunisten Robert Siewert, dem Gisela Karau ihren Roman „Der gute Stern des Janusz K.“ gewidmet hat, organisierte er die illegale Totenfeier für Ernst Thälmann, Rudi Breitscheid und die Hunderte Opfer der Häftlinge eines Bombenangriffs gegen die Rüstungswerkstätten im SS-Bereich. Die Trauerfeier wurde verraten, die Organisatoren – von der Gestapo bestialisch gefoltert – gaben keine Information preis. Immer fühlte sich Willi Bleicher, der am 23. 6. 1981 im Alter von 73 Jahren starb, dem Schwur der 21000 befreiten Häftlinge verpflichtet: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Er war ein Symbol der Kameradschaft und der Selbstlosigkeit. Emil Carlebach sagte über ihn: „Seht, so stellen wir uns wahre Helden aus dem Volke vor, Menschen, die Gefahr und Leid auf sich nehmen für andere. So wollen wir die Führer der Arbeiterbewegung sehen, die Kollegen und Genossen, die künftige Generationen in eine bessere, friedliche Zukunft führen.“ Die Trauerfeier für Willi Bleicher wurde von der IG Metall ausgerichtet, deren Bezirksleiter er von 1958 bis 1972 in Baden-Württemberg war. Die DGB-Spitze hatte ihn aber in der Zeit des Kalten Krieges degradiert, weil er damals der „falschen Partei“ angehörte. Tausende Metallarbeiter zogen auf den Hauptfriedhof am Steinhaldenfeld in Bad Cannstatt. Zu Beginn der Trauerfeier um 11 Uhr ruhte die Arbeit in den Metallbetrieben für eine Minute. Die Gewerkschaftsbewegung hatte einen großen Arbeiterführer verloren. Kämpfen um das Bewußtsein der Arbeiterschaft, das war der Lebenssinn von Willi Bleicher. Geprägt wurde er durch die Arbeiterbewegung der Weimarer Republik. Er war Mitglied und Funktionär der KPD, später der KP(O). Doch der Weg der KP(O) zur selbständigen Organisation erwies sich als Weg in die Isolierung. Willi Bleicher lernte, daß es falsch ist, sich in machtlosen politischen Gruppierungen – egal welcher Art – von der Mehrheit der-



jenigen zu trennen, deren Klassenbewußtsein es zu entwickeln gilt. Im Jahr 1945 wurde er erneut Mitglied der KPD, trat aber 1950 wieder aus. Um seine Funktion in der Gewerkschaft erfolgreich wahrnehmen zu können, wurde er Mitglied der SPD, ohne jemals seine kommunistische Überzeugung zu verleugnen. Im 72. Lebensjahr stellte er rückblickend fest, daß es der Niederlagen nicht wenige sind, die den Weg der deutschen Arbeiterbewegung säumen. Der tiefste Fall, „das Jahr 1933, war nicht nur bedingt durch die Uneinigkeit und Zerrissenheit, sondern durch das Nichtbegreifen, daß der Faschismus auch nur eine Herrschaftsform des Kapitalismus ist, zu der man greift, wenn mit den bisherigen Mitteln und Methoden der Demokratie seine ökonomische Herrschaft und die damit verbundene Profitmaximierung nicht mehr sichergestellt werden kann“. Die faschistische Barbarei hat ihn nie schwankend gemacht in seinem Wissen, „daß es nicht darauf ankommt, nur in dieser Welt zu leben, sondern viel wesentlicher: diese Welt lebenswerter zu gestalten. Ja, der Sozialismus ist ein geschichtliches Muß.“

Willi Bleichers Vermächtnis hat viele Namen, immer sah man ihn in vorderster Front – auch, wenn es um die Gewinnung der Jugend ging. Den Glauben an die Kraft der Arbeiterklasse hat er niemals verloren.

Die Gewerkschaften waren ihm keine „Lohnmaschinen“, sondern notwendige Organisationen für die Verwirklichung der sozialen und politischen Ziele seiner Klasse. Das Hauptarbeitsfeld nach 1945 war der Aufbau der Einheitsgewerkschaft, deren Existenz den Kampf gegen die bundesrepublikanische Staatsdoktrin des Antikommunismus einschloß; Hauptprinzipien der Gewerkschaftsarbeit waren für Willi Bleicher die Einheitlichkeit des Klassenkampfes und die Solidarität – der proletarische Internationalismus. Er war Streikführer im großen Arbeitskampf von 1963 und betonte, daß die Einstellung auf veränderte Kampfbedingungen in den Wirtschaftskrisen erfordert, die von Karl Marx entwickelten ökonomischen Gesetze des Kapitalismus als „Kompaß“ zu nutzen. Das deutsche Unternehmertum galt ihm als das brutalste und rücksichtsloseste im Kampf um den Maximalprofit. Seine letzte große Klassenschlacht waren der Streik und die Aussperrung von 1971. Streik, das war für Willi Bleicher, der die „Sozialpartnerschafts“-Theorie stets verurteilte, ein Machtkampf mit dem Kapital. Durchaus kritisch gegenüber dem realen Sozialismus, erklärte er nach einer Reise in die Sowjetunion vor seinen Kollegen wie umgewandelt: „In Moskau habe ich mein Mekka gefunden.“

Herbert Münchow

Aus Anlaß des 70. Jahrestages der Ermordung Erich Mühsams

im KZ Oranienburg findet am **10. Juli, um 17.00 Uhr**, in der Gedenkstätte Sachsenhausen eine Historische Stunde mit **Dr. Seltsam, Dr. Christel Wickert** von der Gedenkstätte Neuengamme, **Gerhard Leo** sowie **Corinne Douarre und Band** statt.

Am selben Tag wird um **20.00 Uhr** am Gedenkort **KZ Oranienburg**, Berliner Straße, eine Lesung „**Die Ermordung Mühsams**“ veranstaltet.

97000 Juden besetzter Länder starben in den Gaswagen der SS

„Konstrukteur“ Walther Rauff

Dem Verteidigungsminister Struck dürfte man aufgrund seines Geburtsjahres (1943) nicht unterstellen, den „alten Kameraden“ zugehörig zu sein. Dennoch erinnert sein Getöse an deren Geist, wenn ein mögliches Einsatzgebiet für die Bundeswehr den Erdball umfassen soll. Wie sangen sie einst: „Denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!“

In Marienfels im Taunus erinnert ein Denkmal an die 8. Kompanie der SS-Leibstandarte Adolf Hitler – ein Wallfahrtsort, zu dem alljährlich die Getreuen hinströmen. Nun aber wollte der Bürgermeister des Örtchens die Schande loswerden, doch die „Helden“ von einst jammerten öffentlich: „Ob die dafür verantwortlichen Behörden in Marienfels und Region sich wohl bewußt sind, wie sehr sie damit diese alten Menschen der Kriegsgeneration und somit auch ihre Väter und Großväter verletzen?“

Einer dieser „alten Menschen“ namens Walther Rauff lebte 1941 im vornehmen Villenviertel in Berlin-Lichtenrade, in der Wittelsbacher Straße. Dem exakt in Schwarz Uniformierten blickten die miteinwohnenden Witwen im Haus Nr. 12, Prinzessin zur Lippe und Frau von Stegemann und Stein, ehrerbietig nach, wenn er morgens, wie auch der vierte einwohnende Herr, Militärattaché Gonzalez, einen Dienstwagen bestieg. Walther Rauff war nach einer steilen Karriere im Dienste des 3. Reiches 1939 in den Stab des Reichsführers SS Heinrich Himmler berufen worden. Er dankte der von Hitler persönlich vorgenommenen Ernennung zum Obersturmbannführer mit der Lösung eines technischen Problems: Er entwickelte die fahrbare Gaskammer.

Immer wieder suchte er das markante Berliner Gebäude Unter den Linden 38 auf, den Zollernhof. Hier hatten sich die „Österreichischen Saurerwerke AG“ mit einem Büro einquartiert, während das weiträumige Firmengelände in der Kaiserin-Augusta-Allee 14–24 lag. Zudem führten ihn seine dienstlichen Wege regelmäßig in die Willi-Walter-Straße 32–38, unmittelbar am S-Bahnhof Neukölln gelegen. Hier residierte die Firma Gaubschat; sie inserierte 1942: „Aufbauten für Omnibusse und Spezialfahrzeuge; Lastwagenanhänger; Kommunalfahrzeuge“.

Genau dieses Unternehmen in Neukölln verwicklichte mit den Saurer-Werken die Ideen der Gruppe um Rauff, baute die „Spezialfahrzeuge“, die „Ghet-

toautobusse“, wie man sie intern auch nannte. Das äußere Bild der Aufbauten verriet nicht die todbringende Absicht, sondern ließ vielmehr hehre Zwecke vermuten. Aufgemalte Fenster, Gardinen und Fensterläden, auch ein aufgesetzter Schornstein unterstrichen den Anschein, es handle sich um Wohnwagen oder Ausflugsfahrzeuge. Mit den folgenden Worten eines SS-Offiziers köderte man manchmal die zur Liquidierung ausgesuchten jüdischen Menschen am Sammelplatz: „Ihr seid hierhergebracht worden, weil wir zu Euch mehr Vertrauen haben als zu den Russen. Ihr werdet auf unsere SS-Güter gefahren, um zu arbeiten. Ihr verbleibt dort bis zum Kriegsende, dann werden wir weitersehen.“

An anderen Bauvarianten der 5-Tonner-Vergasungswagen befand sich unter Mißbrauch des Genfer Abkommens das Rote Kreuz. Unter Vorspiegelung einer Desinfektion zwang die SS jüdische Kinder, Frauen und Greise, die Wagen zu besteigen.

Wenn sie voller Menschen waren, schlugen die Peiniger die eisernen Türen zu, gaben den Befehl zur Abfahrt. Die Motoren sprangen an, und das tödliche Auspuffgas strömte in das Innere.

Da die Chauffeure, um schneller mit ihrer grausigen Arbeit fertig zu werden, den

Motor auf höchsten Touren laufen lassen – vielleicht wollten sie auch nicht das Schreien der Unglücklichen hören – drang weniger Gas in das Wageninnere als vorgesehen, so daß die Menschen nicht vergast wurden, sondern allmählich erstickten. Ihr Todeskampf muß furchtbar gewesen sein, denn die Leichen wiesen ausnahmslos Spuren von Blut auf, das ihnen aus Augen, Ohren, Nase und Mund gedrungen war. Das geht aus Protokollen hervor.

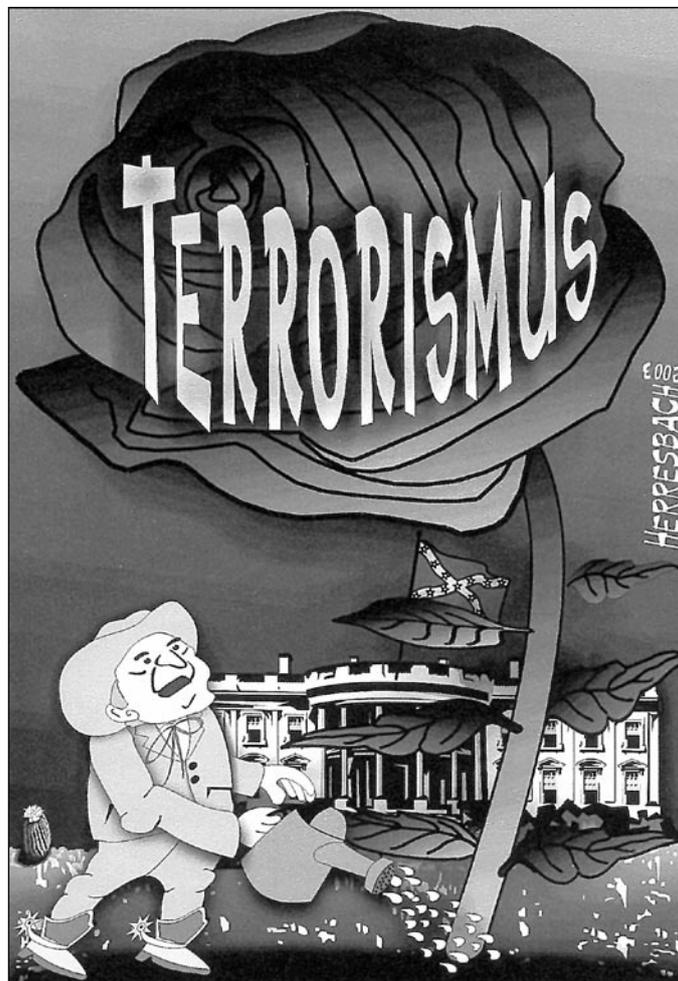
Einer von Walther Rauffs Leuten, SS-Untersturmführer Dr. Becker, berichtete am 16. Mai 1942 aus Kiew:

„Die Männer beklagen sich bei mir über Kopfschmerzen, die nach jeder Ausladung auftreten ... Die Vergasung wird durchweg nicht richtig vorgenommen. Um die Aktion möglichst schnell zu beenden, geben die Fahrer Vollgas. Durch die Maßnahme erleiden die zu Exekutierenden den Erstickungstod und nicht, wie vorgesehen, den Einschlafertod. Meine Anleitungen haben nun ergeben, daß bei richtiger Einstellung der Hebel der Tod schneller eintritt und die Häftlinge friedlich einschlafen.“ Rauffs Gaswagen fanden ihren Einsatz in der UdSSR, in Polen, Jugoslawien und Belgien. Bilanz: 97.000 Juden kamen so ums Leben.

Der damals 39 Jahre alte Massenmörder,

letztlich zum SS-Standardenführer ernannt, floh Ende Oktober 1945 mit noch vom SD gefälschten Papieren aus der Kriegsverbrecherhaft im italienischen Ancona, tauchte über Ekuador und Bolivien schließlich 1958 als auffallend reicher Importhändler in Chile auf. Ein 1962 von ihr endlich eingeleitetes Auslieferungsverfahren schmetterte Rauff mit dem Hinweis ab, bereits zuvor wiederholt unter seinem richtigen Namen unbehelligt in der BRD zu Gast gewesen zu sein. Die Junta sah später ihrerseits keinen Anlaß, den Mann auszuweisen, diente er ihr doch als „Hauptberater“ der DINA (Direktion für nationale antikommunistische Ermittlung). Im April fand in Stuttgart wieder eine Waffenbörse statt, bei der ausreichend Militaria im Angebot waren. Auch Erinnerungsstücke der Waffen-SS. Und die Kunden? „Alte Kameraden“ mit jungen Gesichtern, die der Idee von Großdeutschland nachhängen, gefördert von Kamerad Peter Struck, der die deutsche Freiheit auch am Hindukusch verteidigt.

Hans Horn



Bubenstück „Grotewohl-Expresß“

In der Nacht vom 11. zum 12. März wurde mit Hilfe von Schwerlastkränen ein Waggon der Deutschen Reichsbahn, der zu DDR-Zeiten dem Transport von Gefangenen diente, auf das Gelände der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt in Berlin gehievt, nachdem das Vorhaben gescheitert war, das Objekt in Bautzen unterzubringen. Der Vorgang war von einem orchestrierten Mediengetöse begleitet. In der Regel wurde in verleumderischer Absicht vom „Grotewohl-Expresß“ gesprochen.

Der Direktor der „Gedenkstätte“ verstieg sich dazu, den Waggon als „Abbild der angeblich demokratischen Gesellschaft“ zu bezeichnen. (Der Stacheldraht 3/2004, S. 4) Ein Herr Götz nannte den Zug „DDR-Knastwagen“. (Dresdner Neueste Nachrichten, 6/7. März 2004) In der pluralistischen Medienlandschaft ist noch mancher andere diffamierende Begriff für dieses Gefährt aufgetaucht.

Haben die „unabhängigen“ Journalisten vor ihrem Erguß auch die Fakten recherchiert? Seit April 1998 existiert in der „Stiftung Sächsische Gedenkstätten“ eine Studie, die von der „Forschungseinrichtung“ in Auftrag gegeben worden und vom Steuerzahler zu finanzieren war. Dr. Jan-Henrik Peters schrieb über „Einsatzgeschichte und Möglichkeiten der musealen Nutzung des Gefangenentransportwagens der Deutschen Reichsbahn“. Damals wollte das „Bautzen-Komitee“ den Waggon nach Bautzen haben, obwohl er dort nie gewesen ist. Rainer Dollmuth hatte 1997 unter dem Titel „Ja, das ist der Grotewohl-Expresß“ (Horch und Guck 2/1997, S. 49 f.) geschrieben und damit den Druck der „Opfer des Stalinismus“ erhöht. Was also fand Dr. Peters?

● Solche Zellenwagen hat es in Deutschland seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts (als „Bismarck-Expresß“?) gegeben, in der BRD auch in der Ära Adenauers.

● 1947 hatte der Generalstaatsanwalt der britischen Besatzungszone sogar die Idee, die Gefangenentransporte der sowjetischen Besatzungszone zu kopieren.

In der BRD liefen bis in 60er Jahre 14 Gefangenenzüge. Seitdem werden für Häftlingstransporte Kraftfahrzeuge benutzt.

● In der DDR gab es fünf solcher Züge, von denen der dritte – wenn auch schadhaft – erhalten ist.

● Aus Kostengründen wurden Gefangene in „Ringen“ über eine „zentrale Transportleitstelle“ in Magdeburg befördert.

● Das Modell, das jetzt Museumsstück ist, wurde 1978 als „langer Halberstädter“ konstruiert und nach 1980 gebaut. Da Otto Grotewohl 1964 verstorben ist, konnte er nur im Falle seiner Wiederauferstehung mit dem Waggon zu tun gehabt haben.

● Zur Qualität des Zuges sagte Dr. Peters, daß er das Modernste war, was die DDR damals produzierte. „Da der Zellenwagen aus Kostengründen von einem Serientyp abgeleitet wurde, kann schon aus diesen Gründen von einem absichtlich konzeptionell so angelegten ‚Folterwaggon‘ nicht gesprochen werden.“

● Heizung, Belüftung usw. entsprachen dem damals modernsten Standard, weshalb besondere schikanöse Bedingungen nicht existierten.

● Wenn die Obergrenze der geplanten Transportkapazität (5 Gefangene in einem Abteil) erreicht worden wäre, müßte

es eng geworden sein. Ob das je eintrat, ist nicht belegt. „Von Übergriffen seitens der Bewacher ist dem Verfasser in keinem Fall berichtet worden. Im Bundesarchiv konnte in den Aktenbeständen hinsichtlich von Häftlingsbeschwerden ebenfalls kein derartiger Vorgang ausgemacht werden.“

Dr. Peters veranschlagte die Reparaturkosten unter Berufung auf ein Ausbesserungswerk in Potsdam auf 25 000 DM.

Die Beschreibung der Schäden ist für diesen Bericht ohne Bedeutung. Wer für die Kosten der Reparatur und des Transports aufgekommen ist, kann der Presse nicht entnommen werden.

Das abschließende Urteil von Dr. Peters lautet: „Das bloße Vorhandensein von engen Zellenwagen bzw. deren Einsatz ... rechtfertigt aus sich heraus kaum ein extra Mahnmal, noch dazu, da während des Dritten Reiches tatsächlich menschenverachtende Transporte stattfanden.“

Dieser Hinweis führt uns zu einer Frage: Wo sind eigentlich jene Güterzüge und Viehwaggons zu besichtigen, mit denen die Opfer der faschistischen Repression, Aggression und Okkupation nach Auschwitz und Majdanek transportiert wurden?

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider

„RotFuchs“-Kessel in der Uckermark

„RotFuchs“-Freunde trafen sich am 15. Mai, um die Regionalgruppe Uckermark zu konstituieren. Sie begrüßten Dr. Klaus Steiniger und Armin Neumann, die aus Berlin nach Prenzlau gekommen waren. Aus der benachbarten Regionalgruppe Neubrandenburg nahm eine dreiköpfige Delegation des dortigen Vorstandes teil. Sie überreichte den Uckermärkern ein Video des Vortrags „Marxismus heute“, den Hans Heinz Holz am 22. März in Neubrandenburg gehalten hatte.

Klaus Steiniger sprach über das Anliegen der Zeitschrift und des Fördervereins. Der „RotFuchs“ verstehe sich als Sammelpunkt linker Kräfte. Er setze sich für deren Zusammenschluß auf marxistischer Grundlage ein. Gesellschaftliches Ziel sei der Sozialismus. Diesem Grundsatz, so der Referent, genüge die neu gegründete Partei der Europäischen Linken (EL) nicht. Sie klebe an der EU und sei keine Kraft für gesellschaftliche Veränderungen. Ihr Kampf sei nicht darauf gerichtet, dem Europa der Monopole eine Niederlage zu bereiten.

Die Beratung widerspiegelte den Willen der Teilnehmer, die bei vielen in der Region vorherrschende Resignation zu überwinden. Dafür gebe es auch in der Uckermark Potenzen. Wichtige Anliegen seien, die Vereinsmitglieder und Leser zusammenzuführen, das Einende in den Vordergrund zu stellen. In der Aussprache spielten Konflikte im Umgang von Anhängern linker Parteien miteinander eine Rolle. Die Frage wurde aufgeworfen, ob

man Genossen der PDS wegen der Politik ihrer Führung pauschal angreifen dürfe. Sind Menschen, die gegenwärtig keinen revolutionären Standpunkt vertreten, deshalb automatisch Reformisten? Einig war man sich darin, daß sich Linke mit unterschiedlichen Auffassungen nicht als Gegner betrachten sollten. Der gemeinsame Feind stehe rechts.

Die Regionalgruppe Uckermark will vor allem im Sinne der Verständigung wirken, die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit entwickeln, weitere Mitglieder und Leser gewinnen. Als ihr Vorsitzender wurde Wolfgang Herrmann gewählt. Ihm zur Seite steht Generaloberst a. D. Horst Brünner.

Die Veranstaltung war ein hoffnungsvoller Beginn der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch in der Uckermark – einem Landstrich, der nicht nur das Armenhaus Brandenburgs darstellt, wie es in einem Bericht über die sozialökonomische Situation der Region vom Ende des vergangenen Jahres hieß. Sie zählt auch zu den ärmsten Gebieten Europas. Seit dem Anschluß der DDR an die BRD verließen 25 000 Einwohner den Landkreis. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 30 Prozent. Infolge des Strukturwandels mehrten sich Insolvenzen, obwohl es kaum noch produzierendes Gewerbe gibt. Es bestehen also genügend Gründe, um mit vereinten Kräften zu kämpfen.

Wolfgang Herrmann, Dreesch

Herzlichen Glückwunsch!

Am 9. Juli vollendet unser verlässlicher Mitarbeiter, der Maler und Grafiker

Klaus Parche

aus Hintersee bei Ueckermünde, sein 65. Lebensjahr. Ein überzeugter Sozialist, fühlt er sich mit dem „RotFuchs“ fest verbunden und trägt seit langem durch seine eindrucksvollen Arbeiten zum Profil unserer Zeitschrift bei.

Klaus, wir zählen auf Dich!

Warum sich viele Polen nach sozialistischen Zeiten zurücksehnen

Gierek als Favorit

Völlig überraschend für die herrschenden Kreise Polens waren die CBOS-Umfrageergebnisse im Mai, von denen sich die führende rechte Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“, die Fernsehstation TVN und Radio ZET angesichts des jüngst erfolgten EU-Beitritts und der damit verbundenen Illusionen viel erhofft hatten. Unter der Überschrift „Komuna wróc“ (Kommune, komm zurück!) wurden am 26. Mai mit vielen Kommentaren die überraschenden und unbequemen Umfrageergebnisse in der „Gazeta Wyborcza“ veröffentlicht.

Auf die Frage, welcher führende polnische Staatsmann nach dem 2. Weltkrieg am meisten für das Land geleistet habe, entschied sich fast jeder zweite Pole (46 %) zugunsten von Edward Gierek. Er war in den Jahren 1970–1980 als 1. Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei die Nr. 1. Das Symbol der polnischen Konterrevolution, Lech Walesa, kam auf nur 39 %. Die Rechten sprechen von einem politischen Skandal.

Doch das war noch nicht alles: Bei einer Gesamtauswahl aller Präsidenten, Ministerpräsidenten und Parteichefs Polens seit 1944 entfielen auf die führenden Vertreter der PVAP (Edward Gierek, Wojciech Jaruzelski, Wladyslaw Gomulka und Boleslaw Bierut) zusammen 44 %. Weitere 17 % erhielten die Politiker der PDS-ähnlichen LSD Aleksander Kwasniewski und Leszek Miller. Somit votierten 61 % für „Linke“ im weitesten Sinne, wie man das im heutigen Polen versteht. 39 % entschieden sich für die Repräsentanten der Rechten (Lech Walesa, Tadeusz Mazowiecki und Jan Olszowski).

Die „Gazeta Wyborcza“ spricht von einem für sie nicht nachvollziehbaren Stimmungsumschwung, der auch in anderen Zahlen deutlich zum Ausdruck kommt. So sind heute 75 % der Bauern Edward Gierek dankbar, unter dem sie ihre beste Zeit gehabt hatten.

Besonders erschüttert ist die Reaktion über die sogenannte Volksrepublik-Polen-Nostalgie, die in den Umfrageergebnissen zum Ausdruck kommt und eine Widerspiegelung der gegenwärtigen Verhältnisse ist. 79 % hatten unter den Kommunisten mehr Geld und fühlten sich materiell sicherer. Demzufolge haben 61 % nun Schwierigkeiten, unter kapitalistischen Verhältnissen ihrem Leben einen Sinn zu geben. Das deckt sich weitgehend mit früheren Erhebungen, wonach 75 % unter sehr schlechten materiellen Verhältnissen bzw. in Armut leben. Hinsichtlich ihrer persönlichen Sicherheit fühlten sich 73 % in Volkspolen geborgen. Die Mehrzahl der Befragten beklagt gesellschaftliche Kälte. So verloren 71 % der Befragten unter den gewandelten Umständen einen Teil ihrer Freunde und hatten viel weniger Zeit für sich. Heute müssen sie wesentlich härter ran, um ihr Überleben zu sichern.

Erstaunen herrschte darüber, daß 71 % dem gegenwärtigen System Verlogenheit im politischen Leben zuordnen, während nur ein Viertel das für Volkspolen behauptete.

Zufriedenheit herrscht bei den Rechten darüber, daß ebenfalls 71 % Zugewinn an persönlicher Freiheit begrüßten. Doch das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrzahl der Einbezogenen in den wichtigsten Fragen für Volkspolen optierte. Das hat auch insofern Gewicht, da in der Volksrepublik stets eine starke prowestliche und antikommunistische Stimmung bestand, an der die Volksmacht schließlich zerbrach. 15 Jahre kapitalistische Praxis haben offensichtlich im Denken vieler Polen mehr bewirkt als 45 Jahre Sozialismus.

Dieser Stimmungswandel erfaßt in erster Linie, wie die polnischen Medien behaupteten, „nichtqualifizierte und arme Menschen sowie Landbewohner und Einwohner kleiner Städte“. Dem ist nicht ganz so. Immerhin sind 68 % derjenigen, die sich am meisten unwohl unter dem Kapitalismus fühlen, Menschen mit abgeschlossener Grundschulbildung bzw. mit Berufsschulabschluß. Es handelt sich also vor allem um Bauern und Arbeiter. Für Abiturienten ohne Hochschulabschluß trifft das nur bei etwas mehr als der Hälfte zu und für Hochschulabsolventen nur zu einem Drittel. Die meisten, die sich zu Volkspolen bekannten, sind heute 35 bis 64 Jahre alt.

Die Rechten setzten auf die Jugend und verkündeten, daß diese überwiegend für das bürgerliche System zu haben wäre. Aber die Fakten sprechen eine andere Sprache. Tatsächlich bejaht jeder zweite Jugendliche im Alter von 18 bis 24 Jahren das heutige Polen, und allein hier gibt es ein Übergewicht gegenüber den anderen Altersgruppen. Angesichts dessen, daß bei jüngeren Menschen zumeist Illusionen und Optimismus überwiegen, müßte es doch Bewunderer des Westens erstaunen, daß 43 % von diesen im neuen Polen keinen Platz für sich sehen. Insgesamt überwiegt unter den 18- bis 34-jährigen mit 52 % leicht die Ablehnung, also doch kein Grund zum Jubeln.

Den meisten Rückhalt besitzt das bürgerliche Polen unter den Hochschulabsolventen (55 %). Das ist ein Ergebnis unseliger Traditionen, mit denen auch Volkspolen nie fertig geworden ist. Vor allem aus dem Adel stammend und in seiner Kultur erzogen, war die Intelligenz die treibende Kraft des vor allem gegen Rußland gerichteten Unabhängigkeitskampfes und das Rückgrat des kapitalistisch-gutsherrlichen Zwischenkriegspolens. Ihr Patriotismus war allerdings häufig mit einem hartnäckigen Antikommunismus und anderen reaktionären Ideologien gepaart. Vor allem vom Haß gegen Rußland und die Sowjetunion getrieben, ließ sich die

Intelligenz immer wieder zu unrealistischen und abenteuerlichen Konzeptionen hinreißen. Die meisten ihr Zugehörigen haben sich mit der Existenz Volkspolens nie wirklich abgefunden. Alle Versuche, durch den gelenkten Zustrom von Arbeitern und armen Bauern die politische Grundhaltung dieser für die Erziehung des Volkes so wichtigen Schicht zu verändern, führten kaum zum Erfolg. Die Mehrzahl der Hochschulabsolventen blieb antisozialistisch, prowestlich und bildete die intellektuelle Kaderreserve der polnischen Konterrevolution. Vor allem aus ihren Reihen kamen diejenigen, die sich das Volkseigentum nach 1989 aneigneten oder es an westliche Konzerne verschleuderten. Sie sind die Neureichen, die sich in Banken, Industrie, Verwaltungen und in der Politik breitgemacht haben. Hierbei wurden sie auch vom katholischen Klerus unterstützt, der sich zur „humanistischen Intelligenz“ rechnete und bis heute und mit über 30 000 Amtsträgern in fast allen gesellschaftlichen Bereichen reaktionäres Gedankengut verbreitet. So ist auch ein großer Teil der Intelligenz unserer Tage eine „feste Burg“ des polnischen Antikommunismus.

Dennoch gibt es unter Intellektuellen zu 36 % Menschen, die sich in Volkspolen wohler fühlten als in der sogenannten III. Republik. Darunter fallen nicht nur etliche der 60 000 Berufssoldaten und Offiziere von Armee, Polizei und Staatsschutz, die sich zum Kummer der Kirchenführung nicht klerikalisieren ließen, sondern auch viele Lehrer aus der immerhin stärksten Gruppe der polnischen Intelligenz sowie Ingenieure, Wissenschaftler und Rentner. Aus ihnen rekrutiert sich das geringe, jedoch relativ stabile linke Wählerpotential dieser Herkunft.

Alles in allem ist das jüngste Umfrageergebnis ein ermutigendes Signal.

Stefan Warynski

Von ganzem Herzen
gratulieren wir Genossen
Helmut Dunkhase

aus Berlin, der am
19. Juli 60 wird.

Er zeichnet sich
durch großes
theoretisches Wissen,
ideologische Klarheit
und politische
Standhaftigkeit aus.

Alles Gute, lieber Helmut!

Bricht nach dem EU-Beitritt nun das goldene Zeitalter an?

Gedanken eines Slowaken

Bei uns in der Slowakei konnte man sich den Lobpreisungen auf die neue größere EU – verbreitet von einer schier Allmacht der übergroßen Mehrzahl der Medien – nicht entziehen. Die frisch gebackenen EU-Bürger wurden damit förmlich überschüttet. Immer wieder zeigte man Bilder von freudig jubelnden Menschen unter dem vielsternigen blauen Europabanner. Das fand auch seinen Niederschlag in Zeitungen und Zeitschriften. Darin unterschied sich die wahrnehmbare Öffentlichkeit der Slowakei nicht von der im „übrigen Europa“, das nur ein Teil von Europa ist.

Was aber fiel beim Betrachten der gelackten Bilder besonders auf? Der Altersdurchschnitt der Jubelnden lag deutlich unter 30. Bewußt wurden Schüler und vor allem Gymnasiasten zu gezielten Veranstaltungen vereinnahmt. Folgt man jedoch einschlägigen Statistiken, dann stellt diese Altersgruppe keinesfalls die Bevölkerungsmehrheit. Das aber hat etwas mit den in den vergangenen 14 Jahren dramatisch familienfeindlicher gewordenen Lebensumständen und dem erschreckenden Geburtenrückgang in den osteuropäischen Beitrittsländern zu tun. Die inhumaner gewordenen Daseinsbedingungen werden durch jubelnde Gesichter vorwiegend unwissender Kinder und Jugendlicher verdeckt. Was aber erwarten diese, worüber äußern sie sich vor Kameras und Mikrofonen?

Sie erhoffen sich ein schönes Leben. Sie möchten reisen, ein schnittiges Auto und selbstverständlich auch ein Haus haben ... und Geld, viel Geld, um all die Wünsche befriedigen zu können.

Diejenigen, die „jubeln lassen“, haben nicht nur die Macht, das alles zu veranstalten, sondern auch das Geld, wovon Millionen träumen!

In vielem ähneln die unschuldig klingenden Wünsche den aus heutiger Sicht blauäugigen Vorstellungen gar vielerormaliger DDR-Bürger, als sie – die D-Mark vor Augen – bereitwillig alles hinter sich

ließen, was zuvor ihr Leben bestimmt und abgesichert hatte.

Vielleicht schafft ein Blick auf die Realitäten im Gebiet, das jetzt „fünf neue Bundesländer“ genannt wird, Bezüge zwischen den Wunschträumen und dem, was Kapitalismus tatsächlich ermöglicht. War nicht damals von „blühenden Landschaften“ die Rede?

Im Vorfeld der EU-Osterweiterung klang es wohl ähnlich in den Ohren der Menschen hierzulande: Mit dem Beitritt winkte eine schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse an den westeuropäischen Wohlstand ...

Dem aber wird wohl kaum so sein. In den osteuropäischen Beitrittsstaaten ist der Prozeß der Verdrängung vor allem älterer Menschen aus der „Gesellschaft“ in vollem Gange. Ein Arbeitsloser dieser Kategorie bekommt in der Slowakei 2700 Kronen (67,50 Euro) Unterstützung, für seine Wohnung aber muß er allein 3450 Kronen (86,25 Euro) berappen ... oder ausziehen. Er hat ja die Freiheit, unter der Brücke zu schlafen!

In den vergangenen Wochen geisterten so einige Vergleichszahlen zu durchschnittlichen Löhnen oder Einkommen in den „Kern-EU-Staaten“ wie auch den Beitrittsländern durch die Medien. Da war u. a. davon die Rede, daß ein Ungar dem Unternehmen nur etwa 40 % der in Deutschland üblichen Arbeitskosten verursache (vor 8 Jahren sei das noch ein Achtel gewesen) – und gleich folgte auch der Hinweis, in der Ukraine lägen diese Parameter bei nur einem Dreißigstel der deutschen Vergleichszahlen. Konsequenz dieser „Logik“ folgend, verlagert Philips wesentliche Produktionskapazitäten aus dem inzwischen zu teuren Ungarn nach Ushgorod an der ukrainisch-slowakischen Grenze. Der in den alten Bundesländern, im norddeutschen Raum ansässige Aufzughersteller OTIS „transferierte“ schon vor langer Zeit wesentliche Teile seiner Produktion ins mährische Breclav, verbunden mit Arbeitsplatzverlusten in

Deutschland. Und heute verschiebt der Konzern seine Produktionsstätte weiter nach Osteuropa – ebenfalls in die Ukraine –, was Arbeitsplätze in der Tschechischen Republik vernichtet.

Allen, in deren Köpfen noch irgendwelche Illusionen über „Angleichung von Lebensverhältnissen“ herumspuken, sei wärmstens eine Fahrt nach Rumänien empfohlen, nach Arad oder Timisoara. Mit eigenen Augen kann man sich von boomenden Neuansiedlungen westeuropäischer, aber auch überseeischer Konzerne überzeugen. Neben Super-„Steuer“-Bedingungen zahlt der ausländische Investor dem rumänischen Arbeiter monatlich höchstens 150 Euro, ein Ingenieur erhält maximal 250 Euro und ein höherer Angestellter (Direktor) bezieht nicht mehr als 350 Euro.

Und wer profitiert von diesem Boom in Osteuropa, in Tschechien, Polen, Slowakei, in Rumänien oder zuvor in Ungarn, wo beispielsweise wesentliche Kapazitäten der Motorenfertigung für VW/Audi angesiedelt wurden, lange bevor mit Budapest Beitrittsverhandlungen aufgenommen worden waren? Etwa 15 bis 20 % der Bevölkerung. Für sie öffnen sich nicht wenige der Segnungen des gewöhnlichen Kapitalismus, sie haben Geld für Reisen, Autos und Häuser. Und die übrigen 80 %? Mit stramm steigender Tendenz haben mindestens 10 % von ihnen gar nichts, außer dem, was sie auf dem Leibe tragen. Vom „Rest“ werden täglich Tausende und Abertausende ins Nichts geschleudert. Dieser Prozeß verläuft ganz analog zu dem, was man in Deutschland beobachten kann, wo unverhohlen davon gesprochen wird, daß mindestens 30 % der Erwerbsfähigen in der Perspektive überflüssig sind. Die Unternehmen setzen auf Automation oder Verlagerung ins billigere Ausland.

Was heißt also Osterweiterung für die über 450 Millionen Menschen der EU? Die neue, größere Europäische Union ist formaler Ausdruck des (zeitweiligen) Sieges des Kapitals im Kampf gegen die gesellschaftspolitische Alternative. Diesen Sieg werden Konzerne wie Banken weidlich und ohne Hemmungen nutzen. Und zwar so lange, bis sich eines Tages Widerstand formieren und dem Kapitalismus Grenzen setzen wird. Ist das nicht der Fall, kommt es früher oder später zum ökologischen Kollaps.

Mein vor kurzem verstorbener Vater charakterisierte die EU-Osterweiterung so: Unter Führung des deutschen Kapitals, das sich als Vorreiter seiner europäischen Klassengenossen betätigt, wird nunmehr das vollendet, was der Faschismus mit Millionen Soldaten seinerzeit begonnen hatte: die uneingeschränkte Profitherrschaft über einen großen Teil des Kontinents, seiner Bewohner und Ressourcen.



Fidel Castro über den großen ecuadorianischen Maler Oswaldo Guayasamín

In Nr. 77 des RF brachten wir ein Fidel-Castro-Porträt des ecuadorianischen Malers Oswaldo Guayasamín. Heute veröffentlichen wir eine Ansprache des kubanischen Präsidenten bei der Einweihung der Man's Chapel in Quito, Republik Ecuador, am 29. November 2002.

Ich kann mich an jenes Mal ganz am Anfang der kubanischen Revolution erinnern, als inmitten der stürmischen Tage ein Mann mit Eingeborenengesicht, der schon bei unseren Intellektuellen bekannt war und bewundert wurde, hartnäckig und unruhig ein Porträt von mir machen wollte.

Ich sah mich das erste Mal der quälenden Aufgabe unterworfen. Ich mußte still dastehen, so wie man es mir sagte. Ich wußte nicht, ob das eine Stunde oder ein Jahrhundert dauerte. Ich habe nie jemanden sich so geschwind bewegen sehen, die Farben mischen sehen, die in Aluminiumtuben verpackt waren, wie Zahnpaste, sie zu vermischen, Flüssigkeiten zuzufügen, ausdauernd mit Adleraugen schauend, Pinselstriche aufs Geratewohl auf eine Leinwand zu geben im Zeitraum von einem Blitzschlag, und seine Augen erneut dem verwunderten lebenden Objekt seiner fiebrigen Tätigkeit zuzuwenden, stark atmend wie ein Athlet bei einem Wettrennen.

Am Ende beobachtete ich, was bei all dem herauskam. Das war nicht ich. Das war das, was er wollte, daß ich wäre, so wie er mich sehen wollte: eine Mischung aus Quijote und Merkmalen von berühmten Persönlichkeiten der Unabhängigkeitskriege Bolívars. Bei dem Ruf der Berühmtheit, der er sich schon damals erfreute, traute ich mich kein einziges Wort zu äußern. Vielleicht sagte ich ihm endlich, daß das Bild „ausgezeichnet“ sei. Ich schämte mich meiner Ignoranz in bezug auf die bildenden Künste. Ich befand mich in Gesellschaft eines großen Meisters und einer hervorragenden Persönlichkeit, die ich anschließend mit wachsender Bewunderung und tiefem Wohlwollen kennenlernen würde, in Gesellschaft keines Geringeren als Oswaldo Guayasamín. Er muß damals ungefähr 42 Jahre alt gewesen sein.

Dreimal machte ich dieselbe unvergeßliche Erfahrung während 35 Jahren, und das letzte Mal gleich mehrere Male. Er malte weiter auf dieselbe Art und Weise, selbst als sein Sehvermögen schon schwere und grausame Begrenzungen für einen Maler wie ihn erlitten hatte. Das letzte war ein Bildnis mit einem Gesicht mehr oder weniger den vorangegangenen ähnlich und langen, knochigen Händen, die das Bild des Ritters von der traurigen Ge-

stalt unterstrichen, den er, fast am Ende seines Lebens, noch in mir sah.

Guayasamín war vielleicht die edelste, durchsichtigste und menschlichste Person, die ich kennengelernt habe. Er schuf bei Lichtgeschwindigkeit, und seine menschliche Dimension hatte keine Grenzen.

Aus den mit ihm geführten Gesprächen lernte ich viel; sie bereicherten mein Bewußtsein über das schreckliche Drama der Eroberung, Kolonisation, des Genozid und der Ungerechtigkeiten, die gegen die Eingeborenenvölker dieser Hemisphäre begangen wurden: ein reißender Schmerz, den er ganz tief in seinen Gefühlen trug. Er war ein großer Kenner der Geschichte jenes Dramas.

Ich fragte ihn eines Tages, an dem wir in seinem Studio der Residenz hier in Quito waren, wieviel Eingeborenenleben seiner Meinung nach die Eroberung und Kolonisation gekostet hatten. Er antwortete sofort, ohne das geringste Zögern: 70 Millionen. Sein Verlangen nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die, welche den Holocaust überlebten, war die grundlegende Motivierung seiner Kämpfe. Aber für ihn war es notwendig, nicht nur um Gerechtigkeit für die Eingeborenen zu kämpfen, sondern auch für alle Völker von Nord-, Mittel- und Südamerika, deren Länder iberisch-amerikanische Kolonien in dieser Hemisphäre waren. Sie entstanden im Schmelztiegel des Martyriums und aus der Mischung von Tätern und Opfern, die zusammen mit den Nachkommen der unterworfenen Afrikaner und der Emigranten aus Europa und Asien die aktuellen lateinamerikanischen Gesellschaften darstellen. Ich erwähne nicht diejenigen, die englische Kolonien waren, weil es in ihnen weder Schmelztiegel noch Vermischungen gab; sondern Ausrottung.

Die sozialen Angaben, die sich auf Lateinamerika beziehen, bestätigt durch die am meisten bevollmächtigten internationalen Organismen, jagen Furcht ein. Es ist ausreichend, jene in bezug auf die Kinderarbeit und die sexuelle Ausbeutung der Kinder zu nennen. Es gibt 20 Millionen Kinder unter fünfzehn Jahren, die arbeiten, um zu überleben; die meisten sind Mädchen. Das trägt zur sexuellen Ausbeutung bei, der viele Mädchen und Jungen unterworfen sind. In einer zahlreichen Gruppe von Ländern beginnt fast die Hälfte der Mädchen – meistens sehr arm, die in ihren eigenen Heimen Opfer von Vergewaltigung und sexuellem Mißbrauch gewesen sind – das Sexgeschäft zwischen 9 und 13 Jahren, und zwischen 50 und 80 Prozent von ihnen verwenden Rauschgift – eine kleine Stichprobe unter den Dutzenden beschämender sozialer statistischer Referenzen davon, was es bedeutet, weltweit die Region mit der

schlechtesten Einkommensverteilung zu sein.

Nichts davon entging dem tiefgreifenden Denken, der Wärme und dem Sinn für Menschenwürde von Oswaldo Guayasamín. Er hat seine Kunst und sein Leben dem gewidmet, Bewußtsein herauszubilden, die negativen Tendenzen anzuprangern, zu bekämpfen und alles zu tun, um sie zu überwinden. „Ich male seit ca. drei- oder fünftausend Jahren, mehr oder weniger“, sagte er eines Tages. „Meine Gemälde“, gab er zu, „sind dazu da, das Herz der Menschen zu verletzen, an ihm zu kratzen und zu klopfen, um zu zeigen, was der Mensch gegen den Menschen tut. Malen ist gleichzeitig eine Art Gebet und ein Schrei (...) und ist die höchste Konsequenz der Liebe und der Einsamkeit“, urteilte er.

Guayasamín wollte seiner Eingeborenen-Ethnie, seinem mestizischen und vielrassigen Volk ein fortdauerndes Werk hinterlassen. Heute wird die erste Etappe eines seiner liebsten Träume eingeweiht: Die Man's Chapel, die majestätische Verkörperung der Wahrheit, der Geschichte und des Schicksals unserer Völker seit der Zeit vor der Entdeckung Amerikas bis in die Gegenwart.

Der Sohn von Ecuador, geboren vor 83 Jahren in Quito als Kind eines Eingeborenen-Vaters und einer mestizischen Mutter armer Herkunft, Ältester von zehn Kindern, hat in der von Bergen und Vulkanen umgebenen legendären Stadt gelernt, das zu sein, was er war: ein Genie der Plastik, ein Gladiator der menschlichen Würde und ein Prophet der Zukunft. Er hat sein Erbgut Ecuador, Amerika und der Welt zur Verfügung gestellt.

Ich hatte das große Privileg, seine Freundschaft besitzen zu haben. Ich kann seinen Mut bezeugen, der den Zorn des Imperiums hervorgerufen hat, und seine soziale Verpflichtung als fortgeschrittener Mensch, der mit den Armen der Welt eng verbunden war.

Das Sterben bedeutet die Reise fortzusetzen und 1988, als ich in gleicher innigster Atmosphäre bei kurzen Begrüßungsworten humorvoll auf den Tod anspielte, äußerte er sofort: „Wir werden schon nicht mehr sterben, wir werden schon nicht mehr sterben.“ Bei der Einweihung der Man's Chapel, der er seine letzten körperlichen Energien vor seinem Ableben gewidmet hat, ist es möglich zu bestätigen, daß das, was er in einer Minute der Euphorie und des brüderlichen Glücks geäußert hat, für den Autor dieser prophetischen Voraussage der Wahrheit entsprach.

Wir danken Dir, Oswaldo Guayasamín, inniger Bruder, für das Erbe, das Du der Welt hinterlassen hast!

Wie Aznar die „Täterschaft“ der ETA bei den Madrider Anschlägen kolportieren ließ

Wer zog die Strippen?

Kurz nach seinem Amtsantritt zog der neue spanische Ministerpräsident Rodriguez Zapatero die Truppen seines Landes aus dem Irak ab. Dies bedeutete die Umsetzung seines Wahlkampfversprechens und die Respektierung des Willens der großen Mehrheit der Bevölkerung. Vorgegangen waren die Ereignisse des 11. März sowie das damit untrennbar zusammenhängende Ende der achtjährigen Herrschaft des Halbfaschisten Aznar und seiner Volkspartei (PP).

Dieser Tage erschien in dem baskischen Verlag Txalaparta ein Buch, das sich mit den Hintergründen und Folgen des 11. März beschäftigt und nach der politischen Verantwortung fragt. „Drei Tage, die die Welt betrogen“ lautet der Titel der Arbeit von fünf namhaften Autoren, u. a. aus Italien und Portugal. Das Vorwort verweist auf die in Erinnerung bleibende Tragödie, aber auch auf „den Skandal der großen Lüge, die die Regierung von J. M. Aznar anzettelte, um ihre Verantwortung im Ursprung des Attentats zu zerstreuen“. Über seinen Größenwahn heißt es: „Als

Aznar in seinem Amt schwor, schwor er auch, seinem Land den alten Glanz, den Ruhm und die Ehre des alten Imperiums und seiner Macht zurückzugeben. Er verbündete sich mit Bush, schloß Spanien an die Geschichte an, und sofort wurden fast 200 Menschen in der Luft zerrissen. In seiner Rolle als Zauberlehrling entdeckte Aznar zu spät, mit welchen Kräften er spielte. Es fiel ihm keine bessere Ausrede ein, als mit dem Finger auf den Nachbarn zu zeigen: Er war es.“

Die Schuld auf die ETA abzuwälzen, entspricht langjähriger PP-Praxis und deren „Verfassungspatriotismus“, der sich eng an die US-Politik anlehnt, um der ganzen Welt Washingtons wirtschaftliches, gesellschaftliches und kulturelles Modell mit Gewalt aufzuzwingen. „Es ist die politische Kultur unserer Zeit, wie sie die demokratischen Länder des Westens teilen“, verkündete Aznar, laut „El Pais“ vom 19. Dezember 2001.

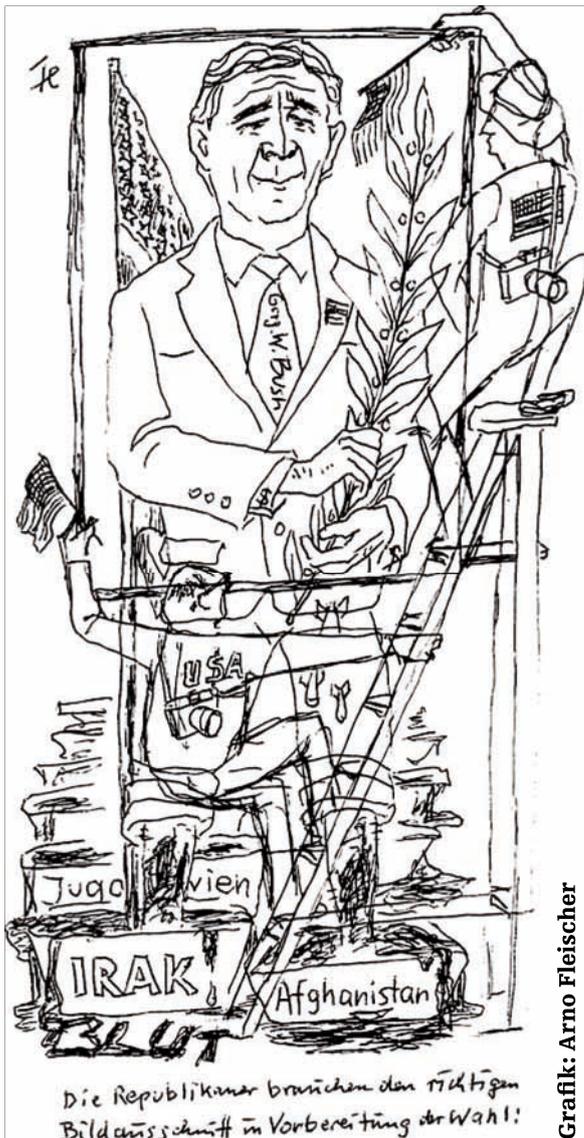
Der Geist der PP-Politik bestand in ihrer strikten Weigerung, den politischen Konflikt im Baskenland friedlich, mittels Dialogs zu lösen. Das Kapitel „Der andere Nerv des Krieges“ dokumentiert das erschreckende Ausmaß der Manipulation, die sich während der drei Tage bis zu den Wahlen am 14. 3. ins Maßlose steigerte. Die PP-Regierung spielte mit der Angst der Menschen, um diese, den lang geschürten Haß gegen das baskische Volk ausnutzend, in Wählerstimmen umzusetzen. Die Polizei wollte mit einer vertrauenswürdigeren Hypothese arbeiten, aber sie durfte es nicht. Ein hoher Kommissar der Antiterroristischen Aufstandsbekämpfung gegen die ETA drohte mit Rücktritt und hielt seine These aufrecht, daß es nicht die ETA gewesen sei. Ebenso klagten die Chefredakteure spanischer Zeitungen über den Druck, im Sinne der PP-Variante „zu informieren“. So bekam der Direktor von „El Pais“ einen persönlichen Anruf Aznars, wobei dieser ihm versicherte, daß es die ETA war. In einem offenen Brief an die Leserschaft entschuldigte er sich dann dafür, daß er Aznar auf den Leim gegangen sei. Dasselbe passierte dem Chefredakteur von „El Periodico de Catalunya“, der gleich zwei Anrufe Aznars erhielt mit den gleichen Folgen und seiner anschließenden Entschuldigung bei den Beziehern des Blattes.

Am 17. März veröffentlichte das „Europäische Geheimdienst- und Sicherheitszentrum“ in Brüssel einen Bericht, demzufolge der spanische Geheimdienst von seiner Regierung die Anweisung erhalten habe, die islamistische Spur zu leugnen und auf der ETA-Täterschaft zu beharren. Auch europäischen „Schwester“-Diensten wurden von Madrid falsche Informationen zugespielt, obwohl selbst Quellen aus dem Weißen Haus am 11. 3. mit 99%iger Sicherheit auf El Quaida „getippt“ hatten. Aber noch am 13. 3. wurden die Auslandskorrespondenten in der spanischen Hauptstadt bezüglich der Autorenschaft des Attentats angelegen. Das Angestellten-Komitee der in der Franco-Zeit für die faschistische Propaganda gegründeten und später über exzellente Verbindungen zur PP verfügenden Nachrichtenagentur efe beklagte ein Zensurregime, dem man nach dem 11. 3. unterworfen worden sei, um die inzwischen bekannten Fakten zu verbergen. Aznars Außenministerin Palacios erteilte den spanischen Botschaften Instruktionen, wie sie die ETA-Urheberschaft im jeweiligen Gastland zu vertreten hätten.

Ein spanischer Verfassungsrechtler veröffentlichte in der „El Pais“ am 20. 3. einen Artikel mit der Überschrift: „Antidemokratische Operation“, in dem er den Einsatz und Gebrauch aller Mittel, auf denen die juristisch-politische Ordnung des spanischen Staates ruht, hervorhebt. Der Autor zieht den Schluß: „Sie haben nicht die Wahlen verloren. Sie haben in einer unmißverständlich antidemokratischen Aktion versagt.“ Im Buch wird dies als Zusammenbruch des Prinzips von Legalität, Legitimität und Respekt vor der Demokratie bewertet. Die Massemedien erwiesen sich als bloße Vollstrecker des Willens der Herrschenden.

Der Journalist Ralf Streck schreibt in einem Beitrag über das Baskenland unter der Überschrift: „Berlusconisierung der Justiz: Mit dem Machtantritt der Konservativen in Spanien hatte auch ein Prozeß der Berlusconisierung der Justiz und der Medien eingesetzt. ... Wie für Berlusconi sind auch für die PP und Aznar beides wichtige Elemente, um ihre Macht zu sichern und auszubauen.“

Die Hintergründe des 11. März sind noch längst nicht aufgeheilt. Inzwischen soll eine von allen in den Cortes vertretenen Parteien eingesetzte Untersuchungskommission Licht ins Dunkel bringen. So auch über die Verwicklung von Polizeispitzeln in den Tathergang. Bleibt zu hoffen, daß der Truppenrückzug kein Trick war, um von fragwürdigen Machenschaften abzulenken, um Komplizenschaften der herrschenden Clique zu decken, sondern daß er der realen Situation in Irak, der Stärke des Widerstandes gegen die illegale Okkupation dieses arabischen Landes, Rechnung trug. **Isolda Bohler, Valencia**



Grafik: Arno Fleischer

Weshalb die USA den „Kampf der Kulturen“ in Szene setzten

Warten auf ein „katastrophales Ereignis“

Samuel P. Huntington ist Professor für Politikwissenschaft an der renommierten Harvard Universität, Berater des US-Außenministeriums und vieles mehr. Im Jahre 1992 referierte er vor einem handverlesenen Zuhörerkreis über „Die veränderte Sicherheitsumwelt und die nationalen Sicherheitsinteressen Amerikas“. Mit dem Ende des Kalten Krieges war den USA der Feind abhanden gekommen, und es fehlten gute Gründe, weiterhin die Rüstungsindustrie auf Hochtouren laufen zu lassen.

Huntingtons Gedanken waren so verlockend, daß er diese als Artikel formulieren und im Sommer 1993 in der Zeitschrift Foreign Affairs unter dem Titel „The Clash of Civilizations?“ (Der Zusammenprall der Kulturen?) veröffentlichte konnte. Vielbeachtet und heiß diskutiert führte der Weg zu einem 1994 und 1995 in Harvard abgehaltenen Seminar über die Eigenart der Zeit nach dem Kalten Krieg.

All diese Aktionen fanden Interesse bestimmter rechter Kreise in den USA, auf deren Anraten 1996 das Buch „The Clash of Civilizations“ – nun ohne Fragezeichen – erschien. Und das nicht nur in den USA, sondern kampagneartig in 20 Sprachen übersetzt; in der BRD unter dem Titel „Kampf der Kulturen“. „Das Buch“, so der Autor im Vorwort, „... will ein Gerüst, ein Paradigma für die Betrachtung globaler Politik liefern, das ... für die Macher der Politik nützlich ist.“ Im Lichte dieser Konflikttheorien bildete sich eine besonders rührige Gruppe US-amerikanischer Politiker, die ab etwa 1998 das „Neue amerikanische Jahrhundert“ plant. Und so nannte sie sich denn auch: „Project for the New American Century (PNAC)“.

Zum PNAC gehören viele Herren, die heute in der US-Regierung die Politik bestimmen, so z. B. Richard Perle, Richard B. Cheney, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Peter Rodman, Präsidentenbruder Jeb Bush (Gouverneur von Florida). Sie forderten in einem Brief an US-Präsident Bill Clinton am 26. Januar 1998 unter anderem eine Entmachtung Saddam Husseins und eine radikale Umkehr im Verhältnis der USA zur UNO. Der in ihren Augen zu lasche Clinton konnte die USA nicht in das neue amerikanische Jahrhundert führen. Und so folgten Studien, Gedanken-spiele (Think Tanks), Planun-

gen. Im Jahre 2000 kam das PNAC zu der Schlußfolgerung, daß sich der gewünschte Wandel in der Welt beschleunigen ließe, wenn „ein katastrophales Ereignis“ eintritt, „das als Katalysator dient – ein neues Pearl Harbor“. Darauf könnte dann eine „Krisen-Diktatur“ an die Stelle des Präsidenten treten.

Den zu „laschen“ Clinton wurde man bei der Präsidentenwahl los, bezeichnenderweise durch Merkwürdigkeiten im Bush-Staat Florida. Und mit dem Jahr 2001 begann das neue Jahrhundert, das nun das amerikanische werden sollte. Aber der neue Präsident Bush dümpelte mit seiner Regierung kraftlos vor sich hin und bewegte wenig.

Dann kam der 11. September 2001.

„Wir werden die Täter finden und sie in ihren Löchern ausräuchern“, forderte Präsident Bush von Camp David aus. Und Paul Wolfowitz betonte, ... es ginge darum, „die Zufluchtstätten der Terroristen zu entfernen, die Systeme, die sie unterstützen, zu beseitigen und Staaten, die sie fördern, auszulöschen“.

George W. Bush bekannte sich mit seiner Rede vom 20. September 2001 exakt zu dem von Huntington formulierten Programm des Kampfes der Kulturen. Und seine Worte fielen auf gut vorbereiteten Boden. Die Traumfabrik Hollywood hatte, wenn man mit dem Wissen von heute zurückschaut, ganze Vorarbeit geleistet. Filme wie „Armageddon“, „Soldiers of Fortune“, „Top Gun“, „Airforce One“, „Deep Impact“, „Pearl Harbor (!)“ und besonders „Independence Day“ transportierten starken Patriotismus und stellten die Gemeinschaft stets als Differenz zu einer wie auch immer gearteten fremden Bedrohung dar. Und die Lösung aller Probleme war in jedem Falle eine militärische! Zufälle? Nach dem 11. September, der fast wie eine Nachahmung von „Independence Day“ erscheint, wenig glaubhaft. Ebensowenig wie die offizielle US-Version der Ereignisse, die den Beginn des „neuen amerikanischen Jahrhunderts“ datieren.

Es ist endlich wieder ein Feind gefunden! Die Pläne des PNAC sind zur konkreten Politik geworden, Kriege lassen die Kassen der Rüstungsindustrie klingeln, dem Staatsterror nach außen folgt der Exitus der

Demokratie im ehemals „freiesten Land der freien Welt.“

Wen wundert es da noch, daß der Vereinte Generalstab der Streitkräfte der USA seit 1962 Pläne in der sprichwörtlichen Schublade hatte (Operation Northwoods), nach denen mittels ausgetauschter Flugzeuge ein Konflikt provoziert werden sollte? Zählt man also einfach einmal die Ideen des Professors Huntington, die Interessen der Rüstungswirtschaft, die Aktivitäten des PNAC, die Hollywood-Filme zur rechten Zeit zusammen, dann wird offensichtlich, daß all das dann mit dem Terroranschlag vom 11. September 2001 Begründete seit langem angedacht, geplant und erstrebt war.

Da ist es nur noch eine Art Illustration, daß das Vermögen der Bush-Familie auch aus

Geschäften mit den deutschen Faschisten stammt, daß die Bushs und Bin Ladens mindestens seit 1976 kommerzielle Verbindungen pflegten, daß Anthrax-Attacken letztlich einem maroden Impfstoffhersteller Nutzen brachten, daß mit Aktienoptionen von Insidern am 11. September bis zu 15 Milliarden US-Dollar verdient wurden. Die Aufzählung ist ebenso erschreckend wie unvollständig.

Offensichtlich hat ein Dritter Weltkrieg begonnen, der nunmehr wirklich die ganze Welt betrifft. Aber es ist kein „Kampf der Kulturen“, sondern der Versuch, die Weltherrschaft der USA zu etablieren und zu verewigen. Im Namen der Kultur müssen die Völker dies gemeinsam verhindern.

Richard Georg Richter

REINHARD MEY

Alles o.k. in Guantanamo Bay

8. März 2004. Am Abend sehe ich die Bilder wieder in der Tagesschau, am Morgen lese ich einmal mehr davon in der Zeitung – und kein Aufschrei der Empörung geht durchs Land. Ich werde verrückt, wenn ich mein Lied bis zur CD-Veröffentlichung zurückhalte. Hier ist der Text vorab:

Wir sagen schwarz ist schwarz und weiß ist weiß
Und wenn wir das so sagen, dann genügt das als Beweis.
Man weiß, die Bösen sind böse, die Guten sind wir,
Also stell'n Sie keine Fragen, wir stell'n die Fragen hier!
Gehn Sie hinter die Absperrung, bitte bleiben Sie nicht stehn,
Bitte gehen Sie weiter, hier gibt es nichts zu sehn,
Es ist alles o. k. in Guantanamo Bay.

Wir haben da ein vorbildliches Lager gemacht
Und jeder Vorbildvergleich ist völlig unangebracht.
Ein Lager, in dem es mit rechten Dingen zugeht,
Das Recht ist immer da, wo unsere Fahne weht.
Wir machen hier die Regeln, und wir sind das Gesetz,
Also erspar'n Sie uns Ihr weinerliches mitleid'ges Geschwätz!
Es ist alles o. k. in Guantanamo Bay.

Wir sind die Guten, und die andern sind die Schlechten,
So einfach ist das mit den Menschenrechten.
Was kümmert es uns, wenn Ihr uns anpinkelt und kläfft,
Kümmert Euch um Euer eigenes Geschäft.
Es ist alles o. k. in Guantanamo Bay.

Wir haben einen guten Stacheldrahtzaun
Sie sollen nicht drüberschaun, Sie sollen uns nur vertraun.
Auch wenn man nicht sieht, was dahinter geschieht,
Mit dem, der da mit verbundenen Augen niederkniet.
Wir haben ihn gefaßt, wir sind das Weltgericht,
Ob es der Weltöffentlichkeit nun mal paßt oder nicht,
Denn es ist alles o. k. in Guantanamo Bay.

Im Land der Tapferen und in der Heimat der Frei'n
Warten wir nicht auf Ihren Rat, mischen Sie sich nicht ein!
Keine Diskussion, keine Genfer Konvention,
Dieses hier ist Gottes eigene Nation:
We do it our way in Guantanamo Bay.
Es ist alles o. k. in Guantanamo Bay.

Ein deutsch-kubanisches Protokoll des Jahres 2004

Mit Brecht in Havanna

Beim Lesen in dem schmalen Büchlein, das „Mit Brecht in Havanna“ heißt und von einem seiner Schüler Verfaßt wurde, stelle ich fest, wie gräßlich aktuell Der listige Augsburgere noch heute und nicht nur In Kuba ist, aber gerade dort, wo man die Pariser Commune Schon seit etwas länger als 72 Tagen ausprobiert, Den Untergang der großen Sowjetunion, die Ständige Bedrohung durch die Vereinigten Staaten, Blockaden vieler Art und sogar den Besuch des Papstes, Des großen Kommunismuszerstörers, überstand Bis jetzt, ist er's besonders, und man spürt es, Liest man die alten Me-Ti-Texte aus dem Buch der Wendungen, Lieder, Keuner-Geschichten, Die Rede von Wekwerth und sein Gespräch mit Huhn, Dem Herausgeber dieses deutsch-kubanischen Protokolls Im Jahr 2004. Ach, wie sehr war er totgesagt In beiden Deutschländern, der über Deutschland, Die bleiche Mutter geschrieben und das Erbarmen Mit uns selbst eingefordert, vor den Kriegen gewarnt Lange bevor sie erneut vom Zaune gebrochen, und auf Die Unterdrücker immer erneut verwiesen hatte, Obwohl's keine davon mehr gab, angeblich, Im Lande des Wirtschaftswunders, erst recht keine Nazis. Und wir, in dem Lande, in dem die Kapitalisten

Und Nazis keine Macht mehr darstellten, glaubten Uns allzu sicher vor ihrer Macht, vor der uns aber Auch die Mauer auf Dauer nicht zu schützen vermochte, Und ihr Geld, liehen sie es uns, glaubten wir Ungestraft zum Aufbau unserer neuen Ordnung Gebrauch zu können; kein Zweifel an unserem Tun Vermochte unsere Gewißheit zu erschüttern; Brecht, ja, mein Gott, der war klassisch, Und das Klassische ist, was der Vergangenheit angehört! Aber jetzt, wo die Courage und die Heilige Johanna, Die Mutter, der Galilei, die Teresa Carrar, das Sezuan-Stück, Das vom Arturo Ui und manches andere uns zeigen, Was uns auf den Nägeln brennt, warum und wo Die Ursachen dafür zu suchen sind, schien es den Von der Konterrevolution Verprügelten sehr angebracht, In Havanna besonders das Lob des Zweifels zu betonen, Damit nicht das Selbstverständliche und von uns Mitunter zu wenig oder gar nicht Bezweifelte Vergessen oder unterdrückt oder belächelt wird. Gräßlich aktuell, meine Lieben, ist dieser Brecht, Und wer etwas anderes verkündet, den heißt mit Recht Einen toten Hund.

Armin Stolper



WILHELM-BUSCH-GESELLSCHAFT E. V.

Georgengarten · D-3000 Hannover 1 · Telefon 05 11 / 71 40 76 · Telefax 05 11 / 701 12 22

Auf den Busch geklopft

In Nr. 77 des RF haben wir einen Vierzeiler irrtümlicherweise Wilhelm Busch zugeordnet. (Wir reproduzieren hier die schon 1991 verfaßte Antwort der Wilhelm-Busch-Gesellschaft, Hannover, an unseren Leser Wolfgang Hilbert aus Kahla.)
Übrigens ist der Vers auf Worte Heinrich Heines zurückzuführen, was wir nicht wußten. Wir entschuldigen uns für Unachtsamkeit und Unkenntnis.

Die Redaktion

Herrn
Wolfgang Hilbert
Neustädter Str. 41

0-6906 Kahla

2. Juli 1991

Sehr geehrter Herr Hilbert,

nein, der zitierte Vierzeiler ist nicht von Wilhelm Busch. Es ist ganz offensichtlich ein "Busch von anderen", der in neuester Zeit entstanden ist. Obwohl man Wilhelm Busch bei seinem tiefen Einblick in das menschliche Wesen Erkenntnisse wie diese zutrauen könnte, hat er sich wenig zu aktuellen politischen Ereignissen geäußert, sondern auch da mehr die Summen gezogen. Außerdem fehlte ihm natürlich das Erleben einer Entwicklung, die dem von Ihnen zitierten Spruch zugrunde liegt.

Mit freundlichen Grüßen
Wilhelm-Busch-Gesellschaft
und Wilhelm-Busch-Museum
Hannover

(Dr. Herwig Guratzsch)

MoMA: Zwei Außenminister als Schirmherren

200 Kunstwerke aus dem Museum of Modern Art/New York sind für sieben Monate in Berlin, ausgestellt in der Neuen Nationalgalerie, die von 1962 bis 1968 nach den Plänen von Ludwig Mies van der Rohe in Westberlin gebaut wurde. Mies, der das von den Nazis 1933 zerstörte Denkmal für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde (1926–1927) entworfen hatte, und der als letzter Direktor des Bauhauses (1930–1933), dessen Mitglieder zumeist linksorientierte Sympathisanten waren, eine Entpolitisierung des gesellschaftlich determinierten Bauhausgedankens versuchte, konnte damit dessen Auflösung durch die Nazis nicht verhindern.

1937 emigrierte er selbst in die USA. Eng war seine Beziehung zum MoMA und zu seinem Begründer Alfred H. Barr jr., der sich dem Bauhausgedanken, den Begriff „Kunst“ auf wesentliche Bereiche des Lebens auszudehnen, verpflichtet fühlte, ohne jedoch „gegenwärtig“ d. h. „modern“, mit politischem Engagement zu verbinden. Das konnte er bei den Werken der klassischen Moderne nicht immer verhindern. Bei der neuen amerikanischen Malerei jedoch führte die Dominanz des Originellen häufig zu ihrer Sinnentleerung und Überbetonung ästhetisch-formaler Werte.

Bei jeglicher Erwähnung dieses Museums in der deutschen Presse dominiert grundsätzlich der Superlativ, und die Eintreibung der Unkosten dieser Ausstellung gleicht der üblichen Verkaufswerbung. Überschwenglich wurde der Einzug der Gemälde und Plastiken des MoMA in den Bau der Nationalgalerie hervorgehoben.

Nur wenige Besucher aber wissen, daß Mies van der Rohe die Bauidee, seine technische Planung bereits 1957 in der Schublade hatte als Projekt für ein Barcardi-Bürohaus in Santiago de Cuba. 1959 war die Revolution in Kuba. Nicht auszu-denken, und solche Träume seien erlaubt, die Bilder Monets, Vincent van Goghs und Gauguins, Cézannes, von Matisse und Picasso sowie Chagall und Leger und vielen als „entartet“ aus Nazideutschland vertriebenen Künstler sowie die nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Kunstwerke der amerikanischen Moderne würden in Kuba zu sehen sein. Wir könnten sicher sein, daß die Eintrittspreise und Kosten für Informationsmöglichkeiten nicht bildungsfeindlich wären. Wer nicht erst durch den Werberummel aufmerksam geworden, Menschen an die Kunst des 20. Jahrhunderts heranführen möchte, hat u. a. in Berlin viele Sonderausstellungen und Museen wie den Hamburger Bahnhof (Museum für Gegenwart) und die Sammlung Berggruen. Warteschlangen bilden sich hier nicht, die Eintrittspreise sind geringer, eine museumspädagogische Betreuung ist auch hier möglich. Es wird vor allem dem Betrachter ein Vergleich künstlerischer Arbeiten von unterschiedlichen Künstlern aus verschiedenen Ländern ermöglicht. Dieser Vergleich fällt allerdings noch recht einseitig aus, fehlt doch eine ständige Repräsentation von Kunst aus der DDR (die Sonderausstellung „Kunst in der DDR“ im gleichen Haus vor einem Jahr hat übrigens nur den zwölften Teil im Vergleich zu der des MoMA gekostet). Die nicht annehmbare Überlegenheit der amerikanischen Künstler und ihrer Werke, wie sie durch die Auswahl der

Kunstwerke in der MoMA-Ausstellung suggeriert werden soll und die in den Zeiten des Kalten Krieges bedeutsame kulturpolitische Waffe war (sozialistischer Realismus kontra gegenstandslose Kunst), erweist sich bei einem Vergleich als Überheblichkeit, die Superlative schwinden.

Es stellt sich die Frage, ob diese Arroganz in der Kulturpolitik, die der Kunst zwar Widerspiegelung gesellschaftlich untragbarer Befindlichkeiten zugesteht, es aber ablehnt, vom Künstler Ideen zu ihrer Überwindung zu fordern, nicht gewollt ist und dem Anspruch der USA, Demokratie und Freiheit weltweit anzubieten und sei es mit Waffengewalt, gleichkommt.

Dieser Kunstausstellung fällt selbstverständlich eine besondere Rolle zu. Zwei Außenminister wurden gebeten, die Schirmherrschaft zu übernehmen! Sollen wir beim Warten auf ein einmaliges Kunsterlebnis die Gegenwart und die kleine Unstimmigkeit zwischen den USA und der BRD bezüglich ihrer Außenpolitik, den Irak betreffend, vergessen? Haben wir nicht schon zu oft zu lange gewartet und dafür teuer bezahlt?

Dr. Ruth Strohschein

P. S. Wie inzwischen bekannt wurde, hat sich am 19. Mai ein „Freundeskreis ‚Kunst aus der DDR‘“ in der GBM konstituiert. Zu den Erstunterzeichnern eines entsprechenden Aufrufs gehören u. a. die Maler Heidrun Hegewald, Bernhard Heisig, Willi Sitte und Walter Womacka, die Kunsthistoriker Peter H. Feist und Peter Michel, der Arzt Moritz Mebel und viele andere Kunstinteressierte. Nähere Auskünfte unter: 030/5 57 83 97

Zum 80. Geburtstag des DDR-Schriftstellers Kurt David

Der Autor schrieb über seine Schaffensweise: „Immer gehe ich vom Stoff aus, von Problemen. Erst dann frage ich mich, wen interessiert das und warum? Wenn das für mich klar ist, beginne ich ganz gezielt zu schreiben für den Leser, den ich erreichen will.“ Kurt David wurde vor 80 Jahren am 13. Juli 1924 geboren. Bereits als Kind schrieb, malte und musizierte er mit Begeisterung. Zehn Jahre lang erhielt er eine solide musikalische Ausbildung, lernte Geige, Klavier und Orgel spielen. Eine Kriegsverletzung und deren Folgen gestatteten es ihm nicht, den Traumberuf eines Musikers auszuüben. 1946 kehrte er aus sowjetischer Gefangenschaft zurück, besuchte eine Handelsschule, diente vier Jahre bei der Volkspolizei und war zwei Jahre Kreissekretär des Kulturbundes in Zittau. Kurt David war als Schriftsteller kein „literarischer Senkrechtstarter“ (Fred Rodrian). „Er hat sich mit großem Fleiß und großer Begabung in die erste Reihe unserer Prosaschriftsteller geschrieben.“ Er begann Anfang der fünfziger Jahre seine Laufbahn als Volkskorrespondent und war als Gerichtsreporter tätig. 1953 begann David seinen autobiographischen Roman „Die Verführten“ (1956) zu schreiben, den er achtmal umarbeitete. Mit

„Der erste Schuß“ (1959) legte David sein erstes Kinderbuch vor, dem viele folgten, wie „Sechs Stare saßen auf der Mauer“, „Der singende Pfeil“, „Beenschäfer“ (für das Fernsehen verfilmt), „Der schwarze Wolf“, „Tenggeri, Sohn des schwarzen Wolfs“ bis hin zum „Antennenagust“. Letzteres zählte zur beliebten Lektüre im Literaturunterricht der 5. Klassen. 1965 schrieb David das Szenarium für den siebenteiligen Film „Aus dem Tagebuch eines Minderjährigen“ nach seinem beliebten Buch „Freitags wird gebadet“. Nach Davids biographischer Erzählung um den volksverbundenen Komponisten Franz Schubert „Der Spielmann von Himmelfortgrund“ (1964) entstand der Fernsehfilm „Leise flehen meine Lieder“ (1978). In seinem Buch „Rosamunde, aber nicht von Schubert“ (1982) vereinte er 16 autobiographische Erzählungen mit Begebenheiten und Episoden aus vier Jahrzehnten.

Kurt David erreichte im In- und Ausland Tausende Leser mit seiner biographischen Erzählung im Beethoven-Jahr „Begegnung mit der Unsterblichkeit“ (1970) und vor allem mit seiner Novelle „Die Überlebende“ (1972). Nach dieser entstanden ein Hörspiel und 1975 ein Fernsehfilm. Das

Schicksal der überlebenden Partisanin Danuta und ihre „Liebe an der Schwelle zur Zukunft“ beeindruckten die Fernsehzuschauer nachhaltig. Die Novelle wurde von der Literaturkritik als Davids reifste literarische Leistung gewürdigt. Der Autor brachte den Lesern das Leben, die Geschichte und Kultur des mongolischen Volkes nahe, wie in den beiden Dschingis-Chan-Bänden, dem Reportagenband „Im Land der Bogenschützen“ und dem Märchen „Der Khan mit den Eselsohren“. Von den über 25 Büchern Kurt Davids wurden etliche in insgesamt zwölf Sprachen übertragen. Sie fanden Leser in Finnland, Polen, Großbritannien, Österreich, Norwegen, Luxemburg, der Sowjetunion, in der damaligen BRD und der CSSR. Davids literarische Helden waren volkstümlich und spiegelten die Weisheit einfacher Menschen wider. Seine Sprache zeichnete sich durch poetische und gedankliche Tiefe aus. Der Schriftsteller apostrophierte: „Ich schreibe, was mich bewegt.“

Kurt David starb nach langer schwerer Krankheit vor über zehn Jahren am 2. Februar 1994 in Görlitz. Er arbeitete zuletzt an einem Manuskript über den Massenmörder Klaus Barbie. **Dieter Fechner**

¡Presente!

■ Der erste „rote Hunderter“, an den in diesem Monat erinnert werden soll, ist **Otto Gotsche**. Er wurde am 3. Juli 1904 als Sohn eines Schuhmachers und Bergmanns geboren. Er erlernte zunächst den Beruf des Klempners; 1918 Mitbegründer der Freien Sozialistischen Jugend im Mansfelder Land, Teilnahme an der Novemberrevolution; 1919 Eintritt in die KPD; ab 1920 Arbeiterkorrespondent; Teilnahme an der Abwehr des Kapp-Putsches; 1921 Teilnahme an den Märzkämpfen in Mitteldeutschland; 1928 erste literarische Arbeit in der „Hamburger Volkszeitung“, Mitglied des BPRS; 1932 Instrukteur der KPD-BL Wasserkante, Stadtverordneter der KPD in Hamburg-Harburg; März 1933 verhaftet (KZ Sonnenburg); ab 1934 illegale politische Arbeit. Nach 1945 beteiligt am Neuaufbau der KPD, Landrat in Eisleben; 1946 Eintritt in die SED; zahlreiche Partei- und Staatsfunktionen, 1963–71 Abgeordneter der Volkskammer; 1963 Kandidat, 1966 Mitglied des ZK der SED; 1967–71 Mitglied des Präsidiums der Volkskammer. Otto Gotsche starb am 17. Dezember 1985 in Berlin.

Einige seiner Werke: Die Fahne von Kriwoj Rog (1959); Unser kleiner Trompeter. (1961); Märzstürme (1962); Erlebt und aufgeschrieben (1981)

■ Den Namen des russischen Schriftstellers, Regisseurs und Schauspielers **Wassili Schukschin** konnte man das erste Mal 1957 in einem Filmvorspann lesen. Der damals 28jährige Student der Regiefakultät an der Moskauer Filmhochschule spielte in Marlen Chuzijews Film „Zwei Fjodors“ eine Hauptrolle.

Insgesamt hat Schukschin in mehr als 20 Filmen mitgewirkt, darunter in „Eine einfache Geschichte“ (1960), „Befreiung“ (1969), „Am See“ (1969), „Sie kämpften für die Heimat“ (1974) und „Ich bitte ums Wort“. Als Regisseur und Drehbuchverfasser verdanken wir ihm u. a. die sehenswerten und seinerzeit leidenschaftlich diskutierten Filme „Es lebt so ein Bursche“ (1964), „Euer Sohn und Bruder“ (1965), „Reisebekanntschaften“ (1972) und „Kalina Krasnaja“ (1973). Die von ihm gespielten Rollen und seine Novellen, Erzählungen und Romane wurden viel beachtet, hatten einen großen Zuschauer- bzw. Leserkreis und sind bis heute unvergessen.

In der DDR erschienen von ihm u. a. sein historischer Roman über Stepan Rasin „Ich kam, euch die Freiheit zu bringen“ (1978), zwei Bände mit Erzählungen „Gespräche bei hellem Mondschein“ (1979) und „Kalina Krasnaja. Novellen, Filmszenarien, Selbstzeugnisse“ (1981).

Schukschin wurde nur 45 Jahre alt. Der vor 75 Jahren, am 25. Juli 1929, in Srostki im Altaigebirge Geborene starb am 2. Oktober 1974 an Herzversagen. **W. M.**

Zum 100. Geburtstag des chilenischen Dichters Pablo Neruda am 12. Juli bringen wir seinen

Gesang für Stalingrad

Nachts schläft der Bauer, erwacht und senkt seine Hand ins Dunkel und fragt die Dämmerung:

Dämmerung, Morgenrot, Licht des kommenden Tags,
sag mir, ob die reinsten Hände des Menschen noch die Burg der Ehre verteidigen,
sag mir, Dämmerung, ob die Macht des Stahls an deiner Stirn bricht, ob der Mensch,
ob der Donner an seinem Platz ist,
sag mir, sagt der Bauer, ob die Erde nicht hört, wie das Blut stürzt getöteter
Helden im Unendlichen irdischer Nacht,
sag mir, ob über dem Baum der Himmel noch dämmt,
sag mir, ob Pulver noch tönt in Stalingrad.

Und der Matrose auf schrecklicher See prüft, die dunstigen Sternbilder suchend,
einen, den roten Stern der flammenden Stadt, und findet in seinem Herzen
den brennenden Stern, den Stern des Stolzes, an den seine Hände rühren wollen,
den Stern des Weinens, den seine Augen erbauen.

Stadt, roter Stern, sagen See und Mensch, Stadt, schließ deinen Glanz zu
und deine festen Tore, schließe, Stadt, deinen gerühmten blutigen Lorbeer ein,
und laß die Nacht erbeben vor dem dunklen Leuchten deiner Augen hinter einem
Planeten von Schwertern.

Und der Spanier entsinnt sich Madrids und sagt: Schwester, widerstehe,
Hauptstadt des Ruhms, widerstehe: Aus dem Boden sprudelt all das vergossene
Blut Spaniens, und für Spanien erhebt es sich wieder;
und der Spanier vor den Erschießungskommandos fragt, ob Stalingrad lebt,
und eine Kette von dunklen Augen im Zuchthaus bohrt deinen Namen in die Mauern,
und Spanien wird von deinem Blut und deinen Toten erschüttert, weil du ihm,
Stalingrad, deine Seele liehest, als es Helden trug gleich den deinen.
Spanien kennt die Einsamkeit, Stalingrad, so wie du heute die Einsamkeit kennst.
Spanien riß die Erde mit den Nägeln auf, als Paris reizender war als je zuvor.
Spanien blutete seinen riesigen Blutbaum leer, als London seine Wiesen fegte ...
und Schwanenteiche.

Heute weißt du es selbst, mächtige Jungfrau. Heute kennst du, Rußland,
selbst Kälte und Einsamkeit. Während Tausende von Granaten dein Herz zerfetzten,
da Skorpione mit Verbrechen und Gift
sich nah'n, um in deinen Geweiden zu fressen, Stalingrad,
tanzt New York, denkt London nach, und ich sage dir: Schlag zu!
Denn mein Herz kann's nicht ertragen, und unsere Herzen können es nicht,
können es nicht aushalten in einer Welt, die ihre Helden allein sterben läßt.
Laßt ihr sie allein? Sie werden auch euch holen!

Laßt ihr sie allein?

Wollt ihr, daß Leben ins Grab flieht und das Lächeln der Menschen
ausgelöscht sei von Latrinen und Leiden? Warum antwortet ihr nicht?
Wollt ihr mehr Tote an der Ostfront, bis sie euren Himmel ganz erfüllen?
Doch dann wird die Hölle nur noch für euch dasein. ...

Die Welt ist der Herbstkonferenzen müde, immer noch präsiert von einem
Regenschirm.

Stadt, Stalingrad, wir können nicht Deine Mauern erreichen, wir sind weit fort.
Wir sind die Mexikaner, wir sind die Araukaner, wir sind die Patagonier,
wir sind die Guaranis, wir sind die Uruguayer, wir sind die Chilenen,
wir sind Millionen Menschen.

Glücklicherweise haben wir noch Verwandte in der Familie,
aber wir sind noch nicht dazu gekommen, dich zu verteidigen, Mutter.
Stadt, Stadt des Feuers, widerstehe, bis eines Tages wir kommen,
schiffbrüchige Indianer, an deine Mauern zu rühren mit dem Kuß von Söhnen,
die die Heimkehr erhofften. Stalingrad, noch immer gibt es keine zweite Front,
aber du wirst nicht fallen, wenn auch Eisen und Feuer Tag und Nacht an dir nagen.

Selbst wenn du stirbst, wirst du nicht sterben!

Denn nun haben Menschen keinen Tod mehr, sondern müssen weiterkämpfen,
wo immer sie fallen, bis der Sieg in deinen Händen ist,
seien sie auch müde, geehrt und tot,
denn andere rote Hände, wenn die deinen sinken,
werden die Gebeine deiner Helden hinsäen über die Welt,
daß deine Saat die Erde erfülle.

(1942)

Leserbriefe an RotFuchs



Die Ermordung des Kommandeurs der irakischen Luftwaffe, Generalmajor Mouhusch, der sich freiwillig in Kriegsgefangenschaft begeben hatte, durch US-Militär ist eine weitere Verletzung des Genfer Abkommens vom 12. August 1949. Am 27. November 2003 veröffentlichte das US-Kommando in Bagdad eine Pressemitteilung, in der es hieß, der Generalmajor sei während der Haft „aus natürlichen Gründen“ verstorben. Der aktuelle Pentagon-Ermittlungsbericht nennt jetzt als Todesursache „Ersticken durch massiven Druck auf die Brust und Verschuß der Atemwege“. Die Mörder, zwei Angehörige der 66. Kompanie des Militärgeheimdienstes, erhielten dafür eine schriftliche Abmahnung!!! Da der General auf der Fahndungsliste der US-Militärbehörde stand, ist anzunehmen, daß seine Ermordung von der US-Führung billigend in Kauf genommen worden ist. Oder wurde sie sogar angeordnet? Wie viele ähnliche Fälle hat es bereits gegeben? Wie lange noch duldet die Welt solche Verbrechen im Namen der „Demokratie“? Wann wird Anklage gegen Bush, Rumsfeld und die Kommandierenden Generäle vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag erhoben? **Peter Oldenburg, Schwerin**

Es gibt einen aufrechten Uri Avnery, es gibt Shimon Perez, dessen Worte gegen den Völkermord am palästinensischen Volk unlängst etwa 150 000 Bürger hörten, es gibt weitere Prominente, die aufklären, und es gibt ganz andere Leute in Israel ...

Den Zynismus trieb der ehemalige Botschafter dieses Staates in der BRD, Avi Primor, auf die Spitze: „Die USA haben schon sehr oft israelische Aktionen kritisiert, aber die Führung Israels wußte immer, daß das eigentlich nicht ernst zu nehmen war. Wenn die Amerikaner wirklich etwas in Israel verhindern wollen, wissen sie genau, wie man das tut, und dann können sie es auch tun, weil wir von den USA total abhängig sind und keiner es bei uns wagen würde, sich Washington zu widersetzen – auch Ariel Scharon nicht“, sagte er im RBB-Interview am 18. Mai.

Israels Politik der gezielten Tötung von Zivilisten und der brutalen Zerstörung ihrer Häuser steht in einer gewissen Tradition. (...)

Erleben wir in der Gegenwart nicht tagtäglich, wie Truppen der USA und Israels den puren Faschismus praktizieren? **Hans Horn, Berlin**

Ich bin 26. Seit über einem Jahr beziehe ich den „RotFuchs“ und konnte mich ausgiebig von der Qualität des Inhalts überzeugen. Ich möchte das monatliche Vergnügen der Lektüre dieser äußerst gescheiterten Veröffentlichung auch künftig nicht mehr missen. Konsequenterweise bitte ich um Aufnahme in den „RotFuchs“-Förderverein, welchen ich nach Kräften unterstützen will. Ich hege die Hoffnung, daß aus dem „RotFuchs“ oder durch ihn mehr in Deutschland erwächst.

Christian Krähling, Borken

In seinem Artikel im Mai-Heft des RF behauptet Wolfgang Clausner unter dem Titel „Nüchterne Diagnose“, das Chemnitzer Parteiprogramm der PDS habe den Bruch mit dem Marxismus endgültig vollzogen. Dort ist auf S. 53 zu lesen: „Den Traditionen der Aufklärung, dem Erbe von Karl Marx und Friedrich Engels, den vielfältigen Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung kritisch verbunden ...“ (...) Es geht nicht darum, wieviel „Marx“ in einem Parteiprogramm vorgefunden wird, die Wirksamkeit im täglichen Leben ist maßgebend. Wenn sich die PDS als eine pluralistische, demokratische, sozialistische Partei und nicht als eine marxisti-

sche, leninistische Partei definiert, so heißt das längst nicht Beliebigkeit bzw. eine Absage an Karl Marx. **Willi Muhs, Schwedt/Oder**

Erhard König, ein Genosse, den ich sehr schätze und mit dem ich bereits manche ehrliche, gute Diskussion hatte, fragt in einem in Nr. 77 abgedruckten Leserbrief: „Warum geht der RotFuchs auf diese Linie?“ Er meint, unsere Linie schade dem Kampfbündnis der Linken, denn sie nehme Fehler der PDS zum Anlaß, führende Genossen zu verunglimpfen, das Parteiprogramm zu verleumdern und dgl. mehr.

Natürlich gibt es keine „Zentralstelle der wahren Marxisten-Leninisten“ und wir „RotFüchse“ maßen uns nicht an, die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben. Aber: Es gibt in der Gesellschaftswissenschaft gesicherte Erkenntnisse, die gerade in der Gegenwart immer wieder neue praktische Bestätigung erfahren. Wer diese nicht anerkennt oder nicht anerkennen will (was keinen großen Unterschied macht), wer Pseudotheorien an ihre Stelle setzt, bewirkt objektiv Irreführung. Das Kampfbündnis der Linken ist bitter nötig, es muß auf konkrete Aktionen gegen imperialistischen Krieg und Sozialraub gerichtet sein. Soweit die PDS solche Positionen vertritt, werde ich sie (z. Z. sogar immer noch als ihr Mitglied) unterstützen. Zugleich wende ich mich entschieden gegen das Chemnitzer Parteiprogramm, das den Sozialismus als Gesellschaftsordnung aufgibt und in etwas Nebulöses verwandelt. Und: Um z. B. den Kampf gegen die Pro-Kriegs-Verfassung der EU zu organisieren, müssen wir uns doch wohl dagegen wehren, daß ihr die PDS im Konvent nach ausdrücklicher Aufforderung durch den Parteivorstand zugestimmt hat; im Europaparlament enthielt sie sich der Stimme. Als Antimilitaristen verhielten sich in dieser Frage von den PDS-Kandidaten zur EU-Wahl nur Wagenknecht und Pflüger. Ist es allein ein „Fehler“, wenn sich die PDS in ihren beiden Regierungsbeteiligungen als „mit staatstragend“ bewährt? Nein, Erhard, das Kampfbündnis der Linken verlangt gerade auch Klarheit, *wofür* wir kämpfen wollen und *wogegen*!

Dr. Ernst Heinz, Berlin

Auf die Meinung, der „RotFuchs“ trage durch seine kritische Haltung gegenüber bestimmten Politikern der PDS nicht dazu bei, das Kampfbündnis der Linken zu stärken, stößt man hin und wieder. So auch im Leserbrief von Erhard König in Nr. 77. Die Frage: „Warum geht der „RotFuchs“ auf diese Linie?“ ist deshalb nicht berechtigt, weil er nie eine andere Linie verfolgt hat. Die Zeitung setzt sich seit ihrer Gründung für die Zusammenführung organisierter und nichtorganisierter Kommunisten und Sozialisten auf marxistischer Basis ein. Wer sich von dieser Basis verabschiedet hat, dürfte verständlicherweise auch Schwierigkeiten mit dem „RotFuchs“ und dessen Linie haben. Im übrigen hält sich das Blatt an überprüfbare Fakten. Verunglimpfungen oder Verleumdungen sind nicht seine Art. Daß man auch unterschiedliche Auffassungen zu einem eindeutigen Sachverhalt hat, kommt gelegentlich vor. Dem RF zu unterstellen, seine Macher würden sich einbilden, das Wahrheitsmonopol gepachtet zu haben, ist nicht fair. Ich bin der Meinung, daß Deutschland keine zwei sozialdemokratischen Parteien braucht. Und wenn bestimmte PDS-Politiker in diese Richtung drängen, muß man ihnen – gerade im Interesse der Mehrheitlich am Sozialismus festhaltenden Basis dieser Partei – entschieden widersprechen.

Jürgen Thiele, Berlin

Der Beitrag des Genossen Peter Franz zum Thema „Religion und Atheismus“ hat mich gefreut. Auch ich teile durchaus die Achtung vor denen, die um ihres Glaubens, ihrer Überzeugung willen in den Tod gingen, möchte jedoch hinzufügen, daß eine solche Einstellung nicht nur religiös bedingt sein muß, sondern von Sokrates über Galileo Galilei bis zur Selbstauf-

opferung politisch Andersdenkender aller Zeiten bekannt ist.

In meinem Artikel (RF, Januar 2004) kann ich keine „aufgemachte Gegenüberstellung von ‚fortschrittlichem Atheismus‘ und ‚menschenrechtsfeindlichem Gottesglauben‘“ finden, wie Peter es formulierte. Ich schrieb: „Die militante Opposition des Theismus – von den christlichen Kirchen über die Taleban bis zum Dalai-Lama – gegen den atheistischen Kommunismus hat sich vernichtend auf solche zivilisatorischen Errungenschaften wie den Begriff der Menschenrechte im politischen, ökonomischen und kulturellen Sinn ausgewirkt.“ Ich nahm an, daß der radikale Antikommunismus des klerikalen „Establishments“ verschiedener Glaubensbekenntnisse zur Genüge bekannt sei. Diese Opposition ist verständlich, denn eine Infragestellung von Glaubenspostulaten untergräbt seine ideologische und materielle Basis. Ein Beispiel aus der neueren Geschichte ist die Wühlarbeit der „Solidarnosc“ in Polen, deren „Sieg“ heute selbst von vielen früheren Mitgliedern bedauert wird. Vielleicht ist das Wissen darüber geringer, daß Rom seit jeher den revolutionären Klassenkampf verurteilte. Allerdings sind in den hundert Jahren, die zwischen der Enzyklika „Rerum novarum“ des Papstes Leo XIII. (1891) und der Enzyklika „Centesimus annus“ des Papstes Johannes Paul II. (1991) liegen, Ideale wie Frieden, Demokratie und „soziale Gerechtigkeit“ Utopie geblieben. Dieselbe Kritik bezieht sich auf die intensive antikommunistische Propaganda der russisch-orthodoxen Kirche, vor allem das heutige Bildungswesen betreffend. Wohl verschärfen sich die Klassenunterschiede, aber eine verzweifelte, verwirrte Menschheit wird mit moralischen Lehren abgespeist. Wie lange muß noch gewartet werden, bis fromme Wünsche Wirklichkeit werden?

Man denke auch an die enormen Investitionen der Sowjetunion in Zentralasien oder in Afghanistan, wo Schulen (für beide Geschlechter) und wissenschaftliche Institute eingerichtet wurden, die die Taleban später als kommunistisches Teufelswerk brandmarkten und zerstörten. In Tibet versuchen die Gebetsmühlen drehenden Lamas bis heute, im Namen der Menschenrechte ihre auf Versklavung der Bevölkerung gegründete Oberherrschaft und politische Autonomie durch westliche Beihilfe wiederzuerlangen.

Religiosität besteht nicht nur in der Befolgung gewisser moralischer Gesetze, sondern bedeutet auch die Identifizierung mit einem weiten Komplex von Überlieferungen und dem Glauben an ihre Wahrhaftigkeit. Daher läßt sich über solche Fragen schlecht diskutieren, denn sie sind letztlich zutiefst subjektiv und vernunftsmäßig nicht zu erfassen.

Dr. Vera Butler, Melbourne

Gegen Prof. Michael Wolffsohn von der Bundeswehrhochschule München habe ich als Shoa-Überlebender bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin Strafanzeige wegen Folterbefürwortung gestellt. Befragt durch Sandra Maischberger im TV-Sender n-tv am 12. Mai hatte der Professor die in der BRD geächtete Folter unter gegebenen Bedingungen als legitim bezeichnet. Als 85jähriger Antifaschist ging ich bei der Anzeige vom Verdacht der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten und der Anleitung zu diesen gemäß § 111 StGB, § 31 StGB, § 26 und §§ 340, 343 StGB aus. Ich beziehe mich bei meinem Vorgehen auf eigene Leiden. In den 40er Jahren wurde ich durch Höllen von Nazi-Grausamkeiten getrieben. Meine Mutter und zahlreiche andere nahe Verwandte wurden bei Deportationen per Reichsbahn tagelang der Durst- und Hungerfolter unterworfen, dann bestialisch vergast.

Wolffsohn, der zwar erst nach der Shoa geboren wurde, aber als Historiker über die Zusammenhänge bestens unterrichtet ist, redete Folterungen, die sich im allgemeinen nur gegen Gefangene richten, das Wort. Die Journalistin Maischberger baute dem Erzieher der Bundeswehrmilitärs eine Brücke aus der Sackgasse,

indem sie fragte, ob nicht Folter auch gegenüber Terroristen in keinem Fall legitim sei. Der Professor antwortete: „Ich würde sagen, ja, es ist legitim ... Wenn wir das mit Gentleman-Methoden versuchen, den Terror zu kontern, werden wir scheitern.“

Fritz Teppich, Berlin

Herzlichen Dank für die mir bisher zugeschickten „RotFuchs“-Ausgaben. Ich freue mich schon auf die nächsten Hefte. Diese Zeitschrift ist wirklich in der Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Klassengesellschaft für mich unentbehrlich geworden. Dabei müssen Kommunisten und Sozialisten, parteigebunden oder nicht, zusammenwirken. Eine schwere, aber keine unmögliche Aufgabe.

Friedrich Konrad, Altdorf

Für die mir zugesandten „Kennenlern-Hefte“ danke ich herzlich. Angeregt wurde ich durch Genossen aus einem Nachbarort, die mir ein Exemplar zum Lesen gaben und deren Namen ich im April-„RotFuchs“ auf der Leserbriefseite wiederfand. Es ist gut, Gleichgesinnte in unserer hiesigen relativen Abgeschiedenheit zu wissen. Auch aus meiner früheren Wohnumgebung Dessau entdeckte ich bekannte Namen in der Zeitschrift. (...)

Den Beitrag im Juni-Heft zur Restaurierung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow nehme ich zum Anlaß, mich zum Jahrestag der Befreiung zu äußern. Als ich am 8. Mai das ND aufschlug, glaubte ich meinen Augen nicht zu trauen: Die „Sozialistische Tageszeitung“ hat es tatsächlich fertiggebracht, dieses historische Datum mit keinem einzigen Beitrag zu würdigen. Noch am selben Tag habe ich in einem Leserbrief meine Enttäuschung darüber ausgedrückt. Er muß wohl etwas zu kritisch geraten sein, denn veröffentlicht wurde er nicht.

Werner Holz, Glowe (Rügen)

Ich halte Eure Zeitschrift für eine ausgezeichnete Sache, vor allem für die Bewahrung der richtigen Sicht auf die DDR und für die Sammlung von Genossen, denen das wichtig ist und die wissen, daß auch unsere Kinder und Enkel diese Sicht einmal brauchen werden. Gleichzeitig gewinnt der „RotFuchs“ m. E. auch zunehmende Bedeutung für die Vermittlung eines marxistischen Verständnisses der Gegenwart. Ich würde gern mitwirken.

Zur Person: Ich bin 76, seit 1945 in der Partei (KPD bei Eintritt, ausgetreten aus der PDS nach dem Chemnitzer Parteitag mit entsprechendem Brief an den Parteivorstand). Bis 1980 war ich an der Parteihochschule „Karl Marx“, danach stellvertretender Direktor der Sektion Marxismus-Leninismus an der Bauhochschule Weimar. Seitdem Rentner.

Prof. em. Dr. Heinz Wachowitz, Berlin

Mit jeder Ausgabe des RF wächst meine Hochachtung für die lebensnahen Schilderungen konkreter wie philosophischer Aspekte unseres Daseins. So auch für die in der Juni-Ausgabe. Die Warnrufe im Artikel von Dr. Rudolf Drux und in der Rezension von Bruni Steiniger weiß ich als ehemaliger Seefunker sehr wohl als lebensbedrohlich einzuschätzen. Unser SOS rief Hilfe für Schiff und Besatzung herbei, die wissenschaftlich begründeten Alarmrufe in RF zeichnen das Bild weltweiter Schrecken in Gestalt von inszenierten Kriegen und Umweltkatastrophen, denen elitäre und gewinnbringende Überlegungen zugrunde liegen.

Diese Gefahren unterschiedlich zu interpretieren mag Kaffeeklatschrunden dienlich sein, behebt aber in keiner Weise die silbernen klingenden Ursachen derartiger Geschäfte.

Hans R. Müller, Hamburg

Etwas wehmütig denke ich an die Zeiten des sowjetischen „Nein“ im UNO-Sicherheitsrat zurück. Die Delegierten der UdSSR – Malik, Zarapkin, Trojanowski und wie sie alle hießen – wurden deshalb von den Medien des Westens als „Mr. Njet“ karikiert. Aber es war beruhigend zu wissen, daß die UdSSR ihr verlässliches Veto

gegen imperialistische Schweinereien einlegte. Hinter diesem standen ein enormes politisch-moralisches, militärisches und ökonomisches Potential sowie ein sozialistisches Weltssystem. Freilich herrschten heute ganz andere Bedingungen als in der Ära des Kalten Krieges. Es gibt – zumindest vorerst – keine mit der Sowjetunion kräftemäßig auch nur annähernd vergleichbare sozialistische Großmacht, die mit entsprechender Wirkung ihr Veto einlegen könnte. Schade!

Walter Wiegand, Berlin

Wie alle bisherigen Ausgaben des RF war auch die Nr. 77 von exzellenter Qualität, in gekannter Kurzform, für jeden verständlich, außerordentlich informativ und eindeutig marxistisch. Der von Klaus Steiniger dargelegte Standpunkt zur Europäischen Linkspartei EL entspricht vollinhaltlich meiner Meinung. Er wird auch durch die Haltung der KP Böhmens und Mährens zum Ausdruck gebracht. Bündnisse von linken Parteien, die dem Marxismus nicht korrekt zuzuordnen sind, bilden immer ein Risiko im Kampf gegen das Kapital. (...)

Im hiesigen „Heimatspiegel“ der PDS spricht André Brie von 500 im Laufe der Jahre von ihm gestellten Anträgen, die angeblich von der EU angenommen worden seien. Die PDS habe im Europäischen Parlament einen „guten Namen“ erworben.

Aus meiner Sicht wäre statt dessen nur ein einziger Antrag der PDS von Nöten, der auf Austritt aus den Landesregierungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Die Logik würde jedermann sofort erkennen.

Ralf Kubitz, Bestensee

Dem Beitrag (RF, Nr. 76) von Prof. Dr. Barth „Bitterfelder Weg eines DDR-Generaldirektors“ ist im großen und ganzen zuzustimmen. Aber einige Zusammenhänge passen einfach nicht. Zunächst: Heinz Schwarz war in meinem persönlichen Erleben ein herausragender Wirtschaftspolitiker mit vielen z. T. sehr eigenwilligen und überraschenden Vorschlägen und Lösungen. Im damaligen Bezirk Halle zeugten davon die Personenschwebbahn in Thale, Städtebauvarianten in Halle, Zugverkehrslösungen in Halle/Halle-Neustadt, Neuerungen in Industrie- und Bauwesen u. v. m. Nachfolger haben nie mehr dieses Niveau erreicht.

Aber im Zusammenhang mit dem besprochenen Buch von Heinz Schwarz muß auch festgestellt werden: Für den Zustand des Chemiekombinats Bitterfeld trug ein Wirtschaftssekretär des Bezirks natürlich eine nicht geringe Mitverantwortung. Erst recht kann er nicht beim Antritt als Generaldirektor von den Zuständen überrascht gewesen sein.

Gleiches gilt für die zweifelsohne entstandenen Probleme bei der ökonomischen Integration der sozialistischen Länder und in den dafür gegründeten Organisationen Interchim, Assofoto usw. Einem erfahrenen Funktionär und gestandenen Generaldirektor konnte auf diesem Gebiet nichts unbekannt sein.

Zustimmung erhält die Feststellung, daß das Buch interessant und lesenswert ist. Nicht zu verstehen ist, daß es trotz der eingangs beschriebenen schöpferischen Fähigkeiten des Autors zu keinen Zukunftsfolgerungen kommt.

Dr. Ingo Kurtz, Dessau

Im RF vom Mai 2004 wurde das Buch von Heinz Schwarz vorgestellt. Die Aussage, es sei spannend und hochinteressant, kann ich nicht teilen. Dafür gibt es viele Gründe. Der Autor läßt Anliegen und Zielstellung nicht erkennen. Die Darstellungsweise ist durchweg zu unselbstkritisch und unsystematisch. Dadurch entsteht zwangsläufig der Eindruck einer gewollten und umfassenden Eigenprofilierung. Dem Verfasser sei die Autobiographie von Werner Eberlein empfohlen.

Dr. Rudolf Drux, Dessau

Wer heute aufmerksam die Nachrichten hört, der wird ihnen entnehmen, im Falle eines Abbruchs der „Reformen“ sei der „Aufschwung“ in Gefahr. Was könnten denn wenigstens Vorboten eines

„Aufschwungs“ sein? Geht die Arbeitslosigkeit zurück? Oder wächst gar die Produktion? Mitnichten, das, was Politiker als Aufschwung bezeichnen, ist in Wirklichkeit noch nicht einmal der Tiefpunkt der größten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik. Bis jetzt haben es die Politiker, mit Schröder an der Spitze, verstanden, dieses zu verheimlichen.

Aber wie kam es dazu? Ob wir uns in der Plan- oder Marktwirtschaft befinden – eines trifft für beide zu: Produktion und Konsumtion müssen in einem richtigen Verhältnis stehen. Es ist vollkommen gleichgültig, ob – wie in der DDR – mehr Geld als Waren vorhanden ist, oder ob – wie jetzt – mehr Waren, aber nicht genügend Geld. In beiden Fällen kann die Wirtschaft nicht florieren. Allerdings unterschieden sich die sozialen Auswirkungen gravierend. Während der Warenmangel keine Armut produziert, hat der Geldmangel der Masse der Konsumenten Beschäftigte zu Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger zu Bettlern gemacht. In dieser wirtschaftlich katastrophalen Situation den Bürgern durch sogenannte Reformen weitere Milliarden abzuknöpfen, grenzt an politischen Selbstmord. Es ist schwer für Herrn Schröder zuzugeben, daß er der deutschen Wirtschaft eigentlich den Todesstoß versetzt hat. Wie seine Vorgänger hängt er dem Irrglauben an, man müsse den Unternehmern nur genügend Gewinne lassen, damit sie investieren. Mal abgesehen davon, daß auf 10 Millionen Euro Investitionssumme bestenfalls ein Arbeitsplatz entsteht, wären die Unternehmer geradezu bescheuert, würden sie in eine Wirtschaft investieren, die bereits jetzt unter extremem Kaufmangel leidet und nicht unter Kaufzurückhaltung, wie behauptet wird.

Jochen Singer, Leipzig

Ver.di fordert vier Prozent mehr Gehalt für die Post-Mitarbeiter. Die Gewerkschaft XYZ verlangt fünf Prozent mehr Lohn für ihren Berufszweig ... Und so geht es Monat für Monat. Aber: Im Jahr 2004 gibt es eine „Rentenerhöhung“ von null Prozent, und im Jahr 2005 soll sie 0,4 Prozent betragen. **Günter Werzlau, Taucha**

Am 21. 5. fand bei uns in Neubrandenburg eine RF-Veranstaltung zu „Problemen einer Europa-Verfassung“ mit Prof. Dr. Detlef Joseph statt. Erfreulich: Sie war nicht nur gut besucht, sondern auch eine Anzahl sehr interessierter junger Leute hatte sich eingefunden. Wir erfuhren viel Wissenswertes über so grundlegende Fragen wie die Machtstrukturen in der EU, das konzipierte Abstimmungsverfahren und den Mechanismus der Mehrheitsentscheidungen, die Militär- und Rüstungspolitik sowie das Bestreben, dem Kapitalismus als Wirtschaftsordnung Verfassungsrang zu verleihen, um jeden Widerstand dagegen kriminalisieren zu können. Die Informationen stimmten die Teilnehmer nachdenklich und machten sie betroffen. (...) Mir hat sich die Frage aufgetan, warum von meiner Partei, der PDS, insbesondere ihren Mitgliedern im Europa-Parlament, nicht rechtzeitig mehr getan wurde, um diese Zusammenhänge und Hintergründe so zu vermitteln, daß Wissen darüber zum Alltagsbewußtsein der Bürger wurde. Warum übte man solche propagandistische Abstinenz? Als Regionalgruppe des RF-Fördervereins wollen wir uns künftig mehr mit dieser Problematik beschäftigen und sie in das politische Gespräch einbringen. Nochmals herzlichen Dank, Prof. Dr. Joseph.

Dr. Dr. Ernst Albrecht, Burg Stargard

Steht die Bundesregierung vor dem Bankrott? Hat sie kein Geld mehr? Kann Art. 14, Abs. 2 des Grundgesetzes hierbei nicht helfen? „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, heißt es darin. Weltweit zählt man 587 Milliardäre. Nach „Forbes“ besitzen in der BRD 53 Milliardäre ein Gesamtvermögen von 1,9 Billionen Dollar. Seit 2003 „gibt es in Deutschland zehn Superreiche mehr“, berichtete das ND am 27. 2. 2004. Ein geringer Prozentsatz der Milliardensumme genügt, um die Hungersnot in der Welt zu besei-

tigen, um Krankheiten zu lindern, zu heilen und zu verhindern, um Arbeitsplätze zu schaffen, besonders Lehrstellen für die Jugend, um Bildung, Wissenschaft, Kultur, Kunst und Massensport zu fördern. Kurz: um die Menschenrechte durchzusetzen.

Doch statt die Eigentümer mit ihren Milliarden in die Pflicht zu nehmen und die Superreichen angemessen zu versteuern, holt sich diese Regierung das Geld zur Deckung des Haushaltsdefizits von den Rentnern, Armen und Besitzlosen, um die Reichen und deren Eigentum zu schonen.

Leider wird im Grundgesetz nicht erläutert, was Eigentum ist, wie es entstand und entsteht. Es selbst kennt keine Pflicht. Man kann vergebens darauf warten, daß es sich verpflichtet; aber die Besitzer von unermeßlichen Reichtümern werden nicht in die Pflicht genommen. Das ist der springende Punkt.

Horst Rocktäschel, Erfurt

Auf Euer Blatt bin ich durch eine Anzeige im ND gestoßen. Seit Februar kenne ich nun die Exemplare und sie gefallen mir gut. Eure Sprache trifft meinen Nerv, so z. B. das Interview mit Vasco Gonçalves in Nr. 76.

Weniger gefallen haben mir Beiträge über das Wahl- oder Nichtwahlverhalten. Ich bin der Meinung, daß es in der gegenwärtigen Zeit wichtig ist, in die Parlamente linke Kräfte zu entsenden. Sieht man sich die aktuellen Meinungsumfragen an, dann wird deutlich, daß nur die PDS eine Chance hat, dieses Ziel zu erreichen. Andere linke Parteien mögen einem besser erscheinen, aber sie laufen in der Statistik nur unter „Sonstige“ (...). Fünf linke Parteien mit je 1 % bewirken nichts – eine linke Partei mit 5,1 % wird wenigstens wahrgenommen. (...) Mir gefällt auch vieles nicht an der PDS – insbesondere ihre Beteiligung an den Landesregierungen in Berlin und M-V – aber ich werde sie wählen und zwar wegen der Chance. Damit will ich nicht die DKP zur Selbstaufgabe überreden. Aber zu Wahlen könnte man ja Gegensätze beiseite schieben und sich auf gemeinsame Listen einigen oder einfach die anderen unterstützen. Die Situation ist zu ernst, um einen Grabenkampf zwischen linken Parteien zu führen.

Drei Sätze zu mir selbst: Ich bin Jahrgang 1942, Dipl.-Ing. oec., habe mein Berufsleben in der Energiewirtschaft verbracht und war 29 Jahre in der SED. In dieser Zeit war ich nicht privilegiert, aber nach der „Wende“ wurde ich dies, denn ich behielt eine Arbeit bis 2002. Ich bin notorischer Linkswähler, seit 1990 ohne Parteibuch und auch ohne derartige Ambitionen, aber Freund von Cuba si.

Klaus-Dieter Betzien, Lubmin

Nach den ersten Kurbhandlungen in Piastany hielt ich das ND vom 21. April in Händen. Darin teilte die sächsische PDS-Landtagsabgeordnete Ingrid Mattern mit, für sie falle mit der EU-Erweiterung „eine Mauer“. Deshalb solle ein Kieler Ballett als künstlerischen Höhepunkt des PDS-Auftakts zu den Europa-Wahlen mit „The Wall“ (Die Mauer) auftreten. (...)

Einige Tage später traf das ND vom 29. April ein, in dem Wolfgang Hübner unter dem Titel „Dirty Dancing“ mit dem Satz begann „Die Mauer soll am Wochenende fallen – real, wenn die EU ... um zehn Staaten größer wird, und symbolisch, wenn am Sonntag in Dresden der Titel ... „The Wall“ über die Bühne geht.“ (Wegen eines Auftrittsverbots geschah das nicht.)

Mattern und Hübner scheinen unter Erinnerungstörungen oder Halluzinationen zu leiden. Anders ist kaum zu erklären, wie sie etwas nicht Vorhandenes – die Mauer im Erzgebirge und an Oder und Neiße – „real“ und „symbolisch“ fallen sehen konnten.

Ich war einer von Tausenden DDR-Bürgern, die an „Brücken der Freundschaft“ zu Polen und zur Tschechoslowakei mitgebaut haben. Am 6. Juli 1950 erlebte ich die Besiegelung der Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze mit. Am 7. Oktober 1957 unterschrieb ich den Freundschaftsvertrag „meiner“ Hochschule mit der Universität

Brno. (...) Eine Mauer hat es zwischen uns und unseren Freunden seit 1949 nie gegeben, weder „real“ noch „symbolisch“. Das gehört zu den Verdiensten der Grotowohl und Ulbricht.

P. S. Im August 1961 war ich als Mitglied einer Kampfgruppe in Berlin. Ich wußte und weiß, warum dieser Schutzwall dem Frieden in Europa diene.

Prof. Dr. sc. Horst Schneider, Dresden

Einen kurzen herzlichen Gruß. Durch meinen Bruder lese und verbreite ich den „RotFuchs“. Heute möchte ich ein paar Bemerkungen zu zwei Fragen machen. 1. Wir sollten uns immer darüber im klaren sein: Nur in der Einheit aller wirklich linken Kräfte liegt unsere mögliche Stärke. 2. Man sollte nicht versuchen, alle Vorschläge der PDS abzutun. Ungeachtet von Querelen, die ich leider auch in ihr erlebe, gibt es aus meiner Sicht (ich bin fast 72 und 54 Jahre in der Partei) nur diese Alternative für Sozialisten und Kommunisten. Die Zersplitterung linker Kräfte schadet uns.

Heinz Lier, Leipzig

Ich habe mit großer Anteilnahme die Dichtung von Gerhard Schmidt gelesen. Mir gefällt die schlichte Sprache, die zu Herzen gehende Aussage, das Bekenntnis zum Leben und seinen Werten. Aber dann wurde ich doch sehr nachdenklich: „Das Gute, das Wahre, das Schöne – vorbei!“ Gleich im dritten Vers, und derselbe zutiefst pessimistische Grundtenor wiederholt sich im neunten Vers und bleibt ganz am Ende als Ausblick stehen. Resignation? „Vielleicht war's nur ein Traum – dann und wann.“ Ausweglosigkeit?

Es steht mir nicht zu, die Lebenssicht von Gerhard Schmidt zu kritisieren oder zu korrigieren. Es ist seine Sicht, aber ich kann mich mit ihr nicht identifizieren. Ich bin 78 Jahre alt, habe 12 Jahre Faschismus politisch bewußt erlebt. Und danach sangen wir „Das neue Leben muß anders werden als dieses Leben, als diese Zeit. Da darf's kein Hungern, kein Elend geben! Pakt alle an, dann ist es bald soweit!“ Und so handelten wir und bauten unsere Heimat auf, die DDR, die noch heute meine Heimat ist. Ja, wir haben in vielen Fragen geirrt, wir haben Fehler gemacht, aber hatte man schon ein fertiges Konzept für einen paßfähigen und allseits funktionstüchtigen Sozialismus parat? Und das alles unter den Bedingungen der härtesten Konfrontation mit dem Imperialismus. (...) Viele wollen mir heute erklären, wie unfrei ich doch gewesen sei. Selbst Spitzenfunktionäre der PDS reihen sich in diese Geschichtsklitterung ein. Ich war nie so frei, wie in 40 Jahren DDR. Da konnte ich meine Fähigkeiten entwickeln, da war ich gefragt. Heute bin ich nur noch geduldet ... Ich habe zwei Enkelinnen und zwei Urenkel. Soll ich ihnen als politisches Erbe hinterlassen: „Wer suchen will, der kommt niemals an.“?

Georg Dorn, Berlin

Kürzlich sah ich einen eindrucksvollen Film über Norwegens Fjorde – nicht zuletzt Touristenwerbung. Zum Schluß wurde erwähnt, daß sich auch der deutsche Kaiser, Wilhelm II., dem Charme eines Hotel-Prachtbaus am Ende des längsten Fjords nicht entziehen konnte. Als „bekenntender Norwegenfreund“ habe er dort mehrere Male seinen Urlaub verlebt. Und nun hieß es wörtlich: „Hier erfuhr er auch im Jahre 1914 vom Ausbruch des 1. Weltkrieges“!!! Handelte es sich dabei um eine Naturkatastrophe? Für wie dumm hält man uns eigentlich?

Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Noch eine Bemerkung zum Artikel „Der Überwachungsstaat“ im April-„RotFuchs“: Inzwischen ist es längst beschlossen und verkündet – einvernehmlich von den Fraktionen der SPD und der PDS: Dem Verfassungsschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern werden bei der sogenannten Terrorbekämpfung mehr und weitreichendere Befugnisse eingeräumt. Daraus ergeben sich zwei Fragen. 1. Hat die

PDS unter der Losung „Veränderung beginnt mit Opposition“ nicht die Auflösung des Verfassungsschutzes und aller anderen Geheimdienste gefordert? 2. Weiß die PDS aus der Geschichte nicht, daß solche Gesetze immer zuerst die Linken treffen?

Konstantin Brandt, Pinnow

Seit längerer Zeit bekomme ich den „RotFuchs“ zugesandt, wofür ich mich herzlich bedanke. Er ist interessant. Ich schätze viele Beiträge über das wirkliche Leben in der DDR und die unverfälschte Darstellung geschichtlicher Ereignisse, die ich teilweise miterlebt habe. Aus der Ferne möchte ich meine Meinung übermitteln: Formulierungen, wie die von Gerhard Schult, Berlin, „opportunistische Salonsozialisten der PDS-Spitze“ oder die im Dezember-Heft 2003 in bezug auf die PDS gebrauchte Wortwahl „opportunistischer Verfall der Partei“ sind nicht dazu angetan, die notwendige Front gegen diesen Staat und die ihn tragenden Parteien (SPD, CDU/CSU, Grüne und FDP) zu stärken. Schon gar nicht, wenn zugleich empfohlen wird, deshalb gar keine Partei zu wählen. Nicht wählen stärkt lediglich die Politik der derzeitigen Machtbesessenen. Wegen mancher Entscheidungen gewählter Funktionäre der PDS bin ich schon vor Jahren ausgetreten. Das ändert nichts an meiner Meinung, daß linke Kräfte – vor allem bei Wahlen – zusammengehören.

Herbert Flegel, Asproklisi, Griechenland

Die Bemerkungen von Herbert Thomas zu den beiden Artikeln über die Wohnungsfrage in der DDR (Leserbrief RF 76) sind zweifelsohne richtig. Als Westberliner hatte ich in der DDR einen großen Bekanntenkreis, aus dem ich von Sorgen eine eigene Wohnung suchender Bürger erfuhr.

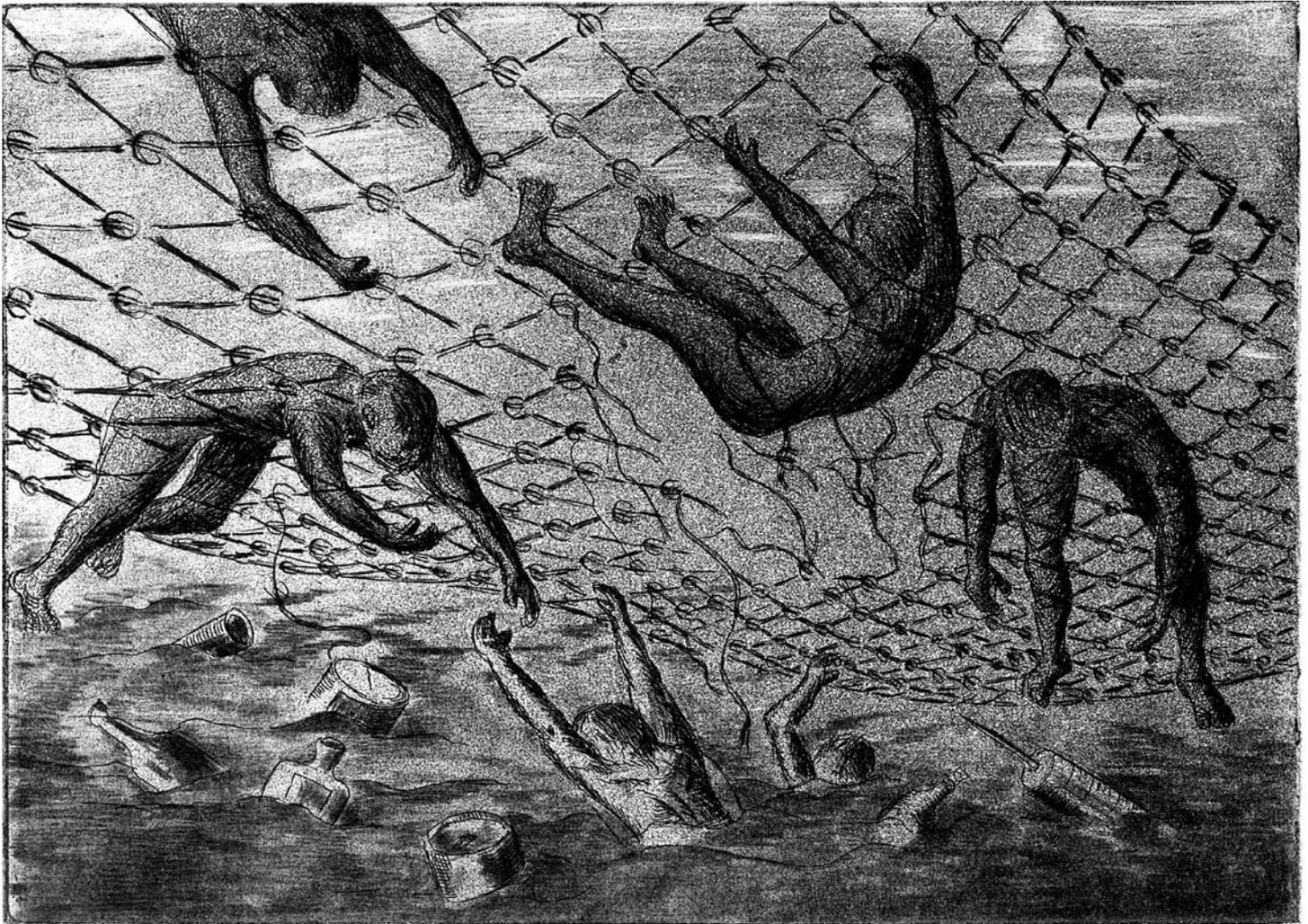
Aber zur vollen Wahrheit gehört auch, daß sich die DDR darum gekümmert hat, daß Entlassene aus der JVA sofort Wohnraum erhielten. Anfang der 80er Jahre lernte ich in Schwerin eine Familie kennen, aus deren Reihen ein junger Mann mit den Gesetzen in Konflikt gekommen war. Kurz vor seiner Haftentlassung wußte er, daß in der Goethestraße anderthalb Zimmer mit Wohnküche und Innen-WC für ihn bereitstanden. So etwas zu wissen, ist für junge Menschen wichtig, die nie die DDR erlebt haben.

Dieter Bartsch, Berlin

In der Juni-Ausgabe stellt Richard Georg Richter sehr interessante und gleichzeitig hochaktuelle Bezüge Marxscher Dialektik zur derzeitigen Situation in der BRD her. Besonders folgende Bemerkung des Autors hat mich sehr nachdenklich gestimmt: „Das Sein bestimmt das gesellschaftliche Bewußtsein. Ist das individuelle Bewußtsein so etwas wie die Summe der persönlichen Erfahrungen? Das würde zumindest teilweise den Mangel an revolutionärem Kampfgeist in der Gegenwart erklären. Die Menschen der DDR sind nach dem ‚Erfolg‘, die Verhältnisse des Sozialismus losgeworden zu sein, traumatisiert. Und in der BRD zittern Kleinbürgerlich satte Stehkragenproletarier um ihre heile Welt der Sozialpartnerschaft. Beide fallen zurück in die Vergangenheit unverhüllter Knechtung. Wie lange wird dieser Zustand noch andauern?“

Ja, wie lange? Diese Frage bewegt mich unheimlich. Sicher kann ich sie theoretisch, rein klassisch, für mich beantworten. Eine solche Antwort klingt indes banal und ist aus momentaner Sicht auch nicht optimistisch, denn, wo ist die politische Kraft, die die zweifellos massenhaft vorhandene Unzufriedenheit so zu kanalisieren in der Lage wäre, daß daraus – unter entsprechender Führung – Systemveränderung erwachsen kann? Ich sehe sie nicht; oder noch nicht? (...) Ich hoffe – und die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt – daß sie sich in unserem Land entwickelt. Von ihr müßte der Widerstand organisiert werden, der Veränderungen erzwingen könnte.

Horst Franzkowiak, Hoyerswerda



Entsorgung

Grafik: Klaus Parche

Am **23. Juli** um 16.00 Uhr trifft sich die **Regionalgruppe Berlin** samt Gästen mit dem ehemaligen Staatssekretär im DDR-Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali und späteren Abteilungsleiter im ZK der SED **Dr. Klaus Blessing** in der VS-Begegnungsstätte, Torstraße 203-205.

Er stellt sein polemisches Buch

Ist sozialistischer Kapitalismus möglich? vor.

Ein besseres Leben – nicht glauben, sondern schaffen!

Unter diesem Motto findet am **24. Juli** von 10.00 bis 18.00 Uhr ein **Symposium des Deutschen Freidenker-Verbandes** aus Anlaß des 200. Geburtstages von Ludwig Feuerbach statt.

Unter den Referenten: Klaus Hartmann, Prof. Dr. Hans Heinz Holz (San Abbondio) und Prof. Dr. Ernst Voit (Dresden)

Ort: **Nürnberg**, Bürgerzentrum Villa Leon, Philipp-Körber-Weg 1

Die **Regionalgruppe Chemnitz-Plauen-Zwickau**

führt am **10. Juli** um 10.00 Uhr eine Veranstaltung mit DDR-Botschafter a. D. **Rolf Berthold** über den **Weg der VR China** durch.

Ort: **Chemnitz**, Rosenplatz 4, Raum des Klinke-Vereins im Vorderhaus des PDS-Stadtvorstandes

Gäste sind herzlich willkommen!

IMPRESSUM

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem **1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.**

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)

Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR
Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein
rotfuchs.berlin@t-online.de
PC-Systembetreuerin:
Sylvia Feldbinder
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Bernd Koletzki